09 - Herbst 2019 - 4,00 Euro

Pólemos

Krieg den deutschen Zuständen! (Karl Marx)

Zeitschrift wider den gesunden Menschenverstand



Sterben für die Staatsräson

AfD und Israelsolidarität im Bundestag

Von Daniel Poensgen

Inhalt:

Über die Zusendung von Artikeln würden wir uns freuen.

Kontakt: redaktion.polemos@gmail.com

Wenn der deutsche Bundestag beschließt, sich mal wieder dringend über Israel austauschen zu müssen, dann ist das bei aller vorgeschobener Freundlichkeit Anlass zur Sorge. „70 Jahre Gründung des Staates Israel – In historischer Verantwortung unsere zukunftsgerichtete Freundschaft festigen" – so lautete der 5. Tagesordnungspunkt der 29. Sitzung der 19. Wahlperiode des bundesrepublikanischen Parlaments, der es Ende April 2018 einigen Volksvertretern mal wieder erlaubte, ihr Mütchen am jüdischen Staat zu kühlen. Auch wenn eigentlich schon völlig offensichtlich ist, dass es nichts Gutes für die Gegenwart heißen kann, wenn Deutsche betonen wie „zukunftsgerichtet" ihre Freundschaft zu Israel sei, brachten doch die Schlagzeilen überregionaler Medien das Ansinnen der Aussprache etwas anschaulicher auf den Punkt als die Parlamentsdokumentation: „Bundestag gratuliert und mahnt" fasste die *Tagesschau* treffsicher zusammen, während die *Welt* zu berichten wusste: „Bundestag diskutiert über Jüdischen Staat". (1) Nun ist die „Diskussion über den jüdischen Staat" gerade in Deutschland viel älter als der jüdische Staat selbst. Dass man jedoch gleich „100 Jahre Israelkritik" feierlich begeht, wäre zwar an und für sich naheliegender, aber in der Bundesrepublik eben doch nicht denkbar. Schließlich argumentiert man im Bundestag differenziert, wenn es um die Juden und ihren Staat geht, und wie zu zeigen sein wird, gehen Affirmation und Kritik der Israelsolidarität im Bundestag diesen vermeintlichen Differenzierungen völlig auf den Leim. (2)

Differenzierung und Widerspruch

Als Meister der Differenzierung kann sich insbesondere die linke Opposition feiern lassen. So ist Kathrin Göring-Eckart von den Grünen ganz fasziniert von der Widersprüchlichkeit Israels: „Wir sehen die größte Bauhaussiedlung der ganzen Welt, und wir sehen den Tempelberg. Wir sehen den Terrorismus der Dschihadisten gegen das alltägliche Leben. Wir sehen eine große Tradition liberalen Denkens genauso wie starke konservative Kräfte. Wir sehen die Hedonisten am Strand von Tel Aviv und Orthodoxe in Jerusalem. Wir sehen die Brutalität der Besatzung, und wir sehen ein Volk, das älter ist als die Bibel, das seinen Staat aber erst vor 70 Jahren gegründet hat. Herzlichen Glückwunsch, Israel!" (3) Bei Göring-Eckarts Projektionen lässt sich zwischen Lob und Ressentiment kaum unterscheiden und so muss die Frage, ob es bei ihr zwischen Beidem überhaupt einen Unterschied gibt, offen bleiben. Nun macht es freilich überhaupt keinen Sinn, Angriffe auf das Land und die wahrgenommenen außenpolitischen Verfehlungen in die Glückwunsch-Rede einzuschließen, frei nach dem Motto: „Herzlichen Glückwunsch, Israel, zum Terrorismus gegen Deine Zivilbevölkerung!" Der Zweck dieser Erwähnungen erschließt sich erst aus dem weiteren Fortgang der Rede, wenn es heißt: „Die tiefe Freundschaft zwischen Israel und Deutschland als Freundschaft auf Augenhöhe macht es selbstverständlich – das ist das Gute, das ist der Fortschritt –, dass wir auch über Schwierigkeiten und Spannungen in diesen Beziehungen aktuell und heute reden, dass wir sie aussprechen, wenn wir die unterschiedlichen Einschätzungen zum Nuklearabkommen mit dem

Iran, die Siedlungspolitik und die Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts anschauen." Mit anderen Worten: Sinn und Zweck der ‚Freundschaft' ist, dass die Deutschen nun selbstbewusst jene unterstützen können, die offen mit der Vernichtung Israels drohen – den Iran und die palästinensischen Protostaaten. „Solange die Palästinenser kein Zuhause haben, werden auch die Israelis keines haben" – diese kaum verhüllte Drohung muss Göring-Eckart dann aber doch einem Israeli in den Mund legen, auch wenn Sie keinen Zweifel an ihrer eigenen Einstellung lässt: „David Grossmann hat Recht."

Ganz im Einklang kann sich Göring-Eckart auch mit ihrem Kollegen Dietmar Bartsch von der Linkspartei sehen: Auch ihm geht es in seinem Glückwunsch an Israel vor allem um einen palästinensischen Staat und die Verfehlungen Israels. Als „deutscher Staatsbürger und linker Politiker" weiß er: „Auch von Israel [ist] das Völkerrecht zu akzeptieren. Eine Zweistaatenlösung kann und muss es auf völkerrechtlicher Grundlage geben. Alles andere wäre fatal. (...) Denn eins ist klar: Nur in einem sicheren Umfeld kann Israel sicher leben." (4) Was für Göring-Eckart noch der israelische Autor, ist für Bartsch das Völkerrecht: Legitimation für Drohungen gegen Israel. Solange es in Syrien, im Libanon, in den palästinensischen Gebieten nicht sicher ist, hat auch Israel keinen Anspruch auf Sicherheit – ohne Scham wird die wahnhaften Projektion zum Ausdruck gebracht, Israel sei verantwortlich dafür, dass die arabischen Staaten im Bürger- und Bandenkrieg versinken, wenn die dort üblicherweise herrschenden Autokratien mal an Macht verlieren.

Die AfD und die Israelsolidarität

Wenn es um Israel geht, entpuppen sich die Differenzierungen deutscher Politiker schnell als Widersprüche, die, umso weniger sie miteinander in Einklang zu bringen sind, umso mehr dem jüdischen Staat angelastet werden: Logisch zu vereinbaren ist es jedenfalls nicht, dass Israel gratuliert und seine berechtigten Sicherheitsinteressen im selben Atemzug betont wird in dem man sich zugleich mit den antisemitischen Feinden im Iran und bei der UN gemein macht. Einer israelsolidarischen Linken fällt das nichtmal mehr auf, weil die notwendigen Schlagworte – Schoa, Antisemitismus, Existenzrecht – durchweg genannt und das Eintreten gegen Antisemitismus und für Israel ja sogar argumentativ unterlegt werden. Lediglich die Redebeiträge der AfD sorgten auch in antideutschen Kreisen für einige Verwirrung und schienen es wert, sich kritisch oder affirmativ dazu zu äußern.

Schließlich hatte sich Alexander Gauland – anders als bei einer Pressekonferenz nach der Bundestagswahl wenige Monate zuvor – im Rahmen der Bundestagsdebatte vom April 2018 eindeutig zur „Existenz Israels" als „Teil unserer Staatsräson" bekannt. Entstanden sei Israel aus einem „einmaligen Zivilisationsbruch, der für immer mit dem deutschen Namen verbunden bleiben wird: der Schoa", so Gauland – während seine Fraktion in den Wochen zuvor vor allem mit „Schuldkult!"-Rufen aufgefallen war (5) und sich auch Gauland selbst nicht nehmen lassen wollte, auf die Leistungen der Wehrmachtssoldaten stolz sein und Hitler wie die Nazis – und damit stillschweigend auch deren Taten, die Ermordung von sechs Millionen Juden – als „Vogelschiss der Geschichte" bezeichnen zu dürfen (6). Hatte sich die AfD bislang zu einer irgendwie gearteten Positionierung zu Israel nicht durchringen können, betonte Gauland nun, es sei ein „wohl einmaliger Vorgang, dass die Geburt eines fremden Staates in diesem Hohen Hause durch eine Debatte erinnert und, ja, auch gefeiert wird. Schon diese Tatsache allein belegt das so singuläre wie schwierige Verhältnis zwischen unseren beiden Staaten wie Völkern." Besondere Aufmerksamkeit erlangten jedoch Gaulands Erläuterungen, Israels Existenz zum Teil deutscher Staatsräson zu machen, „war und ist moralisch richtig, enthält aber eine über das bloße Bekenntnis hinausgehende Verpflichtung (...): im Ernstfall einer existenziellen Bedrohung Israels an dessen Seite zu kämpfen und zu sterben. Ich bin mir nicht sicher, ob das Ausmaß dieser Verpflichtung überall in Deutschland erkannt und verstanden worden ist. Aber allein dadurch wäre es mehr als bloßes Lippenbekenntnis und rituelle Symbolik. Deutschland ist nach zwei Weltkriegen ein postheroisches, in gesicherten Grenzen lebendes Land. Israel aber muss jeden Tag neu um seine Existenz und Anerkennung in einer feindlichen Umwelt ringen." (7) Die Existenzsicherung Israels, so fuhr Gauland fort, beginne am Brandenburger Tor, um zu schließen, dass Antisemiten in Deutschland ihr Gastrecht verwirkt hätten. (8)

Antinationale Redewendungen: Der neue Holocaust der AfD

Wenn sich Rechte für Israel aussprechen, dann ruft das schnell die linke Israelsolidarität auf den Plan: Mit diesen möchte man sich schließlich nicht gemein machen, und so muss, komme was da wolle, nachgewiesen werden, dass die Israelsolidarität der anderen keine richtige ist. Diese in Anbetracht der Gaulandschen Rede etwas undankbare Aufgabe übernahm Gaston Valvidia in der Jungle World 19/2018. (9) Zunächst kritisiert Valdivia, Gauland bezeichne Israel als „fremden Staat": „Er setzte gezielt den im xenophoben und rassistischen Kontext zentralen Begriff des ‚Fremden' ein, um auszudrücken, dass Menschen eines anderen Staates der deutschen Volksgemeinschaft prinzipiell fremd sind." Nun ist der Begriff des Fremden sicherlich wesentlich ambivalenter, als Valvidia das wahr haben will. Gauland geht es in diesem Zusammenhang jedoch davon unbesehen darum, die besondere Bedeutung der Deutsch-Israelischen Beziehungen explizit zu würdigen, rassistische Stereotype gegenüber Israel finden sich in der gesamten Rede dagegen nicht. Doch Valvidia hat noch mehr vorzubringen: Mit der Verwendung der „Redewendung" von der „Singularität des Holocausts" schlage Gauland zwei Fliegen mit einer Klappe: „Zum einen ließ er durchklingen, dass sich rein logisch eine Einmaligkeit nicht wiederholen kann und schon deshalb von der AfD keine Gefahr ausgehen kann. Zum anderen legt er nahe, dass es sich beim Holocaust lediglich um einen kurzen Moment der deutschen Geschichte gehandelt hat, um einen ‚Ausrutscher', der historisch keinen spezifisch deutschen Vorlauf und in keinem spezifisch deutschen antisemitischen Kontext gestanden hat." Für diese Interpretation gibt es in der Rede keine Anhaltspunkte, mal abgesehen von dem Umstand, dass Gauland tatsächlich vom „einmaligen Zivilisationsbruch (...): Der Schoa" spricht und damit das Gemeinte wesentlich präziser zu fassen vermag als Valvidia in dessen Verteidigung der vermeintlich „antinationalistischen und antifaschistischen (...) Redewendung". Das Unbehagen, dass der Autor anscheinend mit der Feststellung hat, dass es sich bei der Ermordung von sechs Millionen Juden um ein singuläres Ereignis, um einen beispiellosen Zivilisationsbruch handelte, projiziert er auf die AfD, der er die Planung eines neuen Genozids unterstellt. Er ist damit freilich nicht allein in einer bundesrepublikanischen Debatte, die wahlweise die NSDAP zur bisher erfolgreichsten rechtspopulistischen Partei in Deutschland oder aber Flüchtlinge zu den Juden von heute macht. Die tatsächliche Gefahr, die von mobilisierten und sich zunehmend direkter Gewalt bedienenden Akteuren wie der AfD ausgeht, kann so

freilich nicht sinnvoll beschrieben werden. Valdivia kommt schließlich hinsichtlich der AfD zu folgendem Fazit: „Sicher ist, dass Populisten außer zur Macht, zum Geld und zum Rassismus ein rein instrumentelles Verhältnis zu allem und jedem haben, weshalb man jederzeit mit Positionswechseln rechnen muss." So wird der Antisemitismus zu etwas lediglich Abgeleitetem, dem man sich wahlweise bedient oder nicht, um ungestört rassistisch sein, Geld verdienen und Macht anhäufen zu können.

In den traurigen Untiefen antideutscher Facebook-Diskussionen bot Gaulands Rede hingegen Anlass, die AfD als „objektive Erscheinung" der „Restvernunft" und als „parlamentarischen Arm materialistischer Ideologiekritik" zu bezeichnen. Im Rahmen eines Vortrages unterließ es Thomas Maul dann jedoch, jener Beschreibung Substanz zu verleihen: Gaulands Rede wurde laut dem veröffentlichten Vortragstext gar nicht mehr diskutiert, Maul bezog sich nur noch auf einen Beitrag von Beatrix von Storch. (10) Die Behauptung, dass nun also in jener Rede des Fraktionsvorsitzenden, ja in der AfD insgesamt die Vernunft ‚objektiv erscheine' bleibt somit im besten Fall misslungene Polemik, im schlechtesten Fall Jargon, der einen Begriff von Dialektik vorgaukelt wo es doch eigentlich um die Identifikation mit jenem „parlamentarischen Arm", um das Ersetzen von Kritik durch Politik geht.

Sterben für die Staatsräson

In beiden skizzierten Positionen der Israelsolidarität ist dabei unbemerkt geblieben, dass sich das Bemerkenswerte an Gaulands Rede nicht aus ihrem Inhalt ergibt, sondern – mit einer Ausnahme – aus der Tatsache, dass sie von einem AfD-Politiker gehalten wurde. Die Singularität der Schoa, das Bekenntnis zu Israels Sicherheit als Teil der deutschen Staatsräson, die Betonung der Bedrohungslage der einzigen Demokratie im Nahen Osten, derartige Positionen sind längst zum Standardrepertoire der Israelsolidarität im Bundestag geworden, wie unglaubwürdig und widersprüchlich diese auch sein mag. Lediglich von der AfD sind derartige Floskeln kaum zu hören – während das antisemitische Ressentiment gegen die Erinnerung an die Schoa, die Unterstützung von Russland und Assad bis hin zur „Nationalsozialistischen Partei Syriens" (11) sowie das Verbreiten von antisemitischen Verschwörungstheorien im Einklang mit dem Parteiprogramm längst zu ihrem alltäglichen Handwerkszeug gehört. Umgekehrt ist selbst die Forderung, antisemitische Flüchtlinge abzuschieben, keine Position, die nicht auch von anderen Parteien im Bundestag geäußert würde: Mit Ausnahme der Linkspartei stimmten im Januar 2018 alle im Bundestag vertretenen Parteien einem Antrag zu, in dem genau das gefordert wurde. (12) Mag dies durchaus eine Reaktion auf die so wahnwitzig verschobene wie lautstarke Auseinandersetzung der AfD mit dem Antisemitismus bei Muslimen und vor allem bei Flüchtlingen gewesen sein, fiel den Parteien die Zustimmung zu diesem Punkt wohl auch deshalb so leicht, weil völlig offenkundig ist, dass sie juristisch nie eine Wirkung über das ohnehin geltende Recht hinaus entfalten wird. Engt man den Blick nun aber nicht auf das Auftreten der AfD bei jener Aussprache zu Israels 70. Gründungstag ein, relativiert sich sofort die Bedeutung der Rede selbst für die Partei und ihre innerparteilichen Debatten: Zwar ist man sich in der Partei nicht ganz einig, ob die Jahre des Nationalsozialismus nun der Vogelschiss deutscher Geschichte oder doch eher AfD-Anhänger die Juden von heute sind, die Einsicht, dass es sich bei der Schoa um einen Zivilisationsbruch handelte, der Folgen nach sich ziehen muss, war in jedem Fall wenn überhaupt vorübergehend. Mit den Feinden Israels machen Abgeordnete der Partei weiter gemeinsame Sache, auch in der Hoffnung, diese würden ein paar Flüchtlinge zurücknehmen – die existenzielle Bedrohung Israels, die von diesen Akteuren ausgeht, fällt da schonmal unter den Tisch. Nur drei Wochen nach Gaulands Rede im Bundestag ließ dieser verkünden, eine einseitige Aufkündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran würde deutsche Interessen gefährden und sei zu unterlassen. (13) AfD-Abgeordnete, die die *Protokolle der Weisen von Zion* für ein diskussionswürdiges Dokument (14) halten sind nach wie vor Fraktionsvorsitzende, scheinen also offensichtlich schnell von der „Pflicht, genau hinzuschauen wenn Kritik an diesem Staat [Israel] die historischen Reflexe der Judenfeindschaft bedient" (Gauland im Bundestag), entbunden. Auch mit der Anerkennung der Souveränität Israels kann es soweit nicht her sein, wenn man dem Staat im Einklang mit dem deutschen Außenminister und dem Großteil der EU-Staaten weder eine eigene Innen- noch Außenpolitik, ja gar kein souveränes Agieren zugesteht: So warf Gauland Trump vor, die Anerkennung Jerusalems nicht mit dem Iran, Saudi-Arabien und Russland abgestimmt zu haben. (15) Richtet sich die Kritik somit auch nicht direkt gegen Israel, so soll doch die Wahl der israelischen Hauptstadt in den Augen der AfD von der Gnade der antisemitischen Feinde des jüdischen Staates abhängig sein. Ein AfD-Abgeordneter, der in einem Antrag die Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt durch die Bundesrepublik forderte, kam mit seinem Vorhaben folgerichtig auch nicht durch die Fraktionssitzung der Partei.

Wozu sich also überhaupt mit der Rede beschäftigen? Die Äußerung, die Gaulands Rede von den Verlautbarungen anderer Parteien unterscheidet, ist sein Appell, für Israel kämpfen und sterben zu müssen, nehme man das Gerede von Israel als Teil der deutschen Staatsräson ernst. Bemerkenswert ist jedoch, dass Gauland diese Notwendigkeit zum Kampf und zum Tod gar nicht mit der Bedrohungslage Israels begründet, sondern damit, dass Israels Existenz eben ein Teil der deutschen Staatsräson sei. Es geht ihm nicht um die Millionen Israelis, deren Leben durch Raketenbeschuss, Autoattacken und Messerangriffe von antisemitischen Staaten, islamistischen Rackets und einsamen Wölfen bedroht sind. Es geht ihm nicht darum, zu erörtern, welche Rolle Bundeswehr und Außenhandel dazu beitragen könnten, dieser Bedrohung Einhalt zu gebieten. Es ist die deutsche Staatsräson, für die nach Gauland gekämpft und gestorben werden soll – ein tödlicher Kampf, der Gauland in seiner Fiktionalität fasziniert und der ihm Beleg für deutsche (Volks-)Souveränität wäre, den er jedoch wahnhaft als durch die Erinnerung an den Nationalsozialismus denunziert sieht. Als Grund, warum das Bekenntnis zu Israels Existenzrecht als Teil deutscher Staatsräson lediglich „Lippenbekenntnis und rituelle Symbolik" ist – und mit dieser Feststellung hat Gauland ja völlig Recht – nennt der Fraktionsvorsitzende der AfD in seiner Rede, ohne diese Begründung jedoch wirklich in seine Argumentation zu integrieren, lediglich einen Punkt: „Deutschland ist nach zwei Weltkriegen ein postheroisches, in gesicherten Grenzen lebendes Land." Dass die Deutschen nach der Ermordung von 6 Millionen Juden keine Helden mehr sein dürften, dass sie sich international immer nur für Frieden und Demokratie, nie aber für eigene Interessen einsetzen müssen, dass sie eigentlich nie lediglich „Außenpolitik" betreiben, sondern es immer auch um „moralische Verantwortung" geht – das ist eine Vorstellung, die man mit gutem Grund als „Deutsche Ideologie" bezeichnen könnte und die Gauland abzüglich seiner mythischen Verehrung von Kampf

und Tod dann wieder mit den anderen Parteien teilt. Nicht ohne Grund spricht er schließlich vom „Postheroismus“, einem Begriff, den der Haus- und Hofpolitikwissenschaftler der Bundesrepublik, Herfried Münkler, geprägt hat.

Gaulands vom Wunsch für die deutsche Staatsräson sterben zu dürfen geprägte Israelsolidarität verweist auf ein Motiv, dass auch die Widersprüchlichkeit der anderen Reden zu erklären im Stande ist, ohne die Unterschiede zwischen links-etatistischer Opposition, den mobilisierten Souveränisten von der AfD und den staatstragenden Regierungsparteien (zum Teil im Wartestand) zu verwischen. Denn es greift sicherlich zu kurz, wenn die Gleichzeitigkeit der Versicherung von Schutz und die Affirmation der Bedrohung ausschließlich als bloßes taktisches Manöver, als Instrumentalisierung oder Umwegkommunikation gedeutet würde. Den Juden zugleich Schutz anzubieten und ihnen recht unverhohlen mit der Vernichtung zu drohen verweist auf eine Ambivalenz, die nicht zuletzt durch die Widersprüchlichkeit staatlicher Macht und durch die Genese des modernen Antisemitismus zu erklären ist.

Macht, Schutz, Vernichtung

Eine den Reden im Bundestag ähnliche Denkfigur findet David Nierenberg (16) bei Augustinus: Weltliche Staaten sind Augustinus zufolge eigentlich erfolgreichere Räuberbanden, wie er mit einer Anekdote über Thukydides verdeutlicht: „Darum war auch die Antwort fein und wahr, die ein ertappter Seeräuber jenem großen Alexander gab: Der König fragte, wie er denn dazu käme, das Meer unsicher zu machen. Da sagte der Mann in seinem freimütigen Stolz: ‚Machst Du es mit dem Erdkreis anders? Ich freilich mit meinem winzigen Schiff werde Räuber genannt, aber dich mit der großen Flotte nennen sie den siegreichen Feldherrn.“ (17) Augustinus hält recht treffend Räuberbanden für kleine Reiche und Reiche für Räuberbanden, die straflos bleiben.

Von diesem negativen Bild des weltlichen Staates als erfolgreicher Gang unterscheidet Augustinus die *civitas dei*, den göttlichen Staat. Die Räuberbande als Reich ist irdisch, während ein ausgewählter Kreis innerhalb der Kirche zum rein innerlichen göttlichen Staat zu zählen sei – jener Kreis nämlich, der von Gott berufen wurde. (18) Doch die augustinische Abgrenzung jener zwei Staaten ist einem historischen Wandel unterworfen: Gegen Ende des 4. Jahrhunderts wird das Christentum zur Staatsreligion des römischen Reiches – und so übt Augustinus plötzlich keine Kritik mehr an den erfolgreichen Räuberbanden und Piraten als rein weltlichen Verfasstheiten: Vielmehr können plötzlich ganze Staaten christlich sein, nicht bloß ein kleiner, berufener Kreis von Personen. (19) Diese Position wird wiederum erklärungsbedürftig, als 410 Rom durch den Heiden Alarich geplündert wird – und prompt dem Christentum und dem christlichen Gott die Schuld dafür in die Schuhe geschoben wird. Augustinus reagiert mit einer Distanzierung von der Politik, die er wieder lediglich als (von jenem getrenntes) Mittel für den Gottesstaat begreift: Der Staat solle als weltlicher Arm der Kirche gedacht, ansonsten aber anerkannt werden wie er sei – weltlich und sündenhaft. Eine päpstliche Weltherrschaft erstrebte Augustinus nicht, er ging letztlich von einem unsichtbaren Staat Gottes aus, der sich den weltlichen Staat zum Diener machen kann, ohne dass dieser je wirklich christlich wird – er bleibt als potentielle Gefahr bestehen, sollten sich die Machtverhältnisse ändern. (20) Und hier wird das Verhältnis des Christen zur Herrschaft ein ambivalentes: Denn bei aller auch von Augustinus geforderten Anerkennung weltlicher Herrschaft steht ihm nun die Möglichkeit der inneren Distanz zum sündhaften Staat offen – eine Möglichkeit, die er gegenüber dem christlichen Reich nicht hatte.

Eine solch ambivalente und distanzierte Vorstellung vom Verhältnis des Christentums zum Staat bleibt nicht ohne Auswirkungen für das Verhältnis zu den Juden: Hätten diese in Augustinus früher Vorstellung zunächst noch durch Gott zum Christentum „berufen“ werden können, waren sie später für seine Idee eines tatsächlich christlichen Reiches ein wichtiges Zeugnis für die Überlegenheit der Christen. Kurt Flasch beschreibt in seiner Studie über Augustin die dahinter stehende Vorstellung wie folgt: „Die Juden wurden, obwohl sie den wahren Gott verehrten, von den Römern unterworfen, weil sie Christus ablehnten, aber Gott unterwarf sich das römische Imperium und bekehrte es, damit die Götzenbilder vernichtet würden.“ (21) Die Juden wurden für die Christen, und das zeigt nun David Nierenberg an einer Fülle von Beispielen, „die besten Garanten der Wahrheit des Gesetzes. Bereits vor langer Zeit besiegt, überdauerten sie nur aus zwei Gründen. Erstens legte ihre Existenz Zeugnis gegen all jene ab, die (…) meinten, die alten Schriften seien falsch oder verfälscht. Zweitens zeugte das Elend dieser Existenz gegenüber all jenen, die wie die Juden oder die Heiden meinten, Jesus sei nicht der Messias gewesen. Wie Fossilien für den Naturforscher sei die Anwesenheit der Juden auf Erden der Beweis für eine frühere, inzwischen überwundene Stufe in der Evolution der Erlösung.“ (22) Geht das Christentum mit Augustinus im Zuge der Krise des Reiches in innere Distanz zum weltlichen Staat, ist die Herrschaft in besonderem Maße darauf angewiesen, sich als politischer Arm eines christlichen Staates zu legitimieren: Auch wenn die Distanzierung der Christen eine innere bleiben kann, ist der Staat als Reich doch nur dann wirklich anerkennungswürdig, wenn er als Diener Gottes dessen Willen entspricht. War die Gegenüberstellung von weltlichem Staat und christlichem noch eindeutig, solange der christliche Staat entweder ohnehin nur aus einem kleinen Kreis von Gott Berufener bestand oder aber das gesamte Reich christlich genannt werden konnte, ist nun das Verhältnis zwischen christlichem und weltlichem Staat wesentlich ambivalenter und vom Urteil des Einzelnen stärker abhängig – der Druck zur Legitimation auf die Herrschaft wuchs. Und so müssen die Juden nun umso mehr im Elend gehalten werden: Der christliche Herrscher eines weltlichen, sündhaften Staates muss die Feinde Jesu bekämpfen und zugleich ihre kümmerliche Existenz bewahren, um die eigene Macht zu legitimieren und zugleich die Christen daran zu erinnern, wie es ihnen ergehen könnte, sollten sie sich von Gott und Herrschaft abwenden. Nierenberg beschreibt, wie das von Augustinus geprägte und im Mittelalter häufig bemühte Bild der Juden als „geschützte Vertriebene“ Ausdruck der Tendenzen war, „die Juden mit der Macht des Souveräns zu identifizieren und die Macht des Souveräns (speziell die fiskalische) mit dem Judentum zu assoziieren“. (23) Macht hatte jener, der über die Juden als sein Eigentum bestimmen konnte. Nicht zu trennen von dieser Macht über die „geschützten Vertriebenen“ ist in den Zeiten der staatlichen Krise die Möglichkeit des und die Bereitschaft zum Pogrom: Basiert Luthers Zwei-Reiche-und-Regimenten-Lehre unter anderem auf Augustinus Überlegungen, ist mit dem deutschen Reformator folgerichtig die Vernichtung der Juden jederzeit zu machen.

Für die Antisemiten hat auch heute, im säkularen, modernen Staat Macht, wer über die Juden verfügen kann: Einerseits, indem er sie schützt, andererseits, indem er immer wieder zeigt, dass er den Schutz

aufkündigen und die Juden vernichten kann. Die Differenzierungen in den Reden des Bundestages erweisen sich nicht nur wie gezeigt als widersprüchliche Botschaften an Juden und Israel, sie sind Ausdruck eines „Dilemmas des Herrschers" (Nierenberg) und somit mit den Legitimationsversuchen von staatlicher Macht und Souveränität verknüpft.

Kontinuität und Bruch

Dies wirft zunächst jedoch die Frage auf, inwiefern es überhaupt angemessen ist, mit antijudaistischen und theologischen wie staatstheoretischen Überlegungen aus dem 5. Jahrhundert sowie deren mittelalterlicher Popularisierung aktuellen Antisemitismus zu erklären. Niklaas Machunsky beschreibt in seiner Auseinandersetzung mit Kenneth Marcus und David Nierenberg bezüglich des Antisemitismus ein Problem der „Kontinuität und Diskontinuität": Sich verändernden historische Situationen stehen relativ gleichbleibende antisemitische Muster gegenüber – Antisemitismus sei somit mit Marcus als „repetitive pattern", wiederkehrendes Muster, zu beschreiben. (24) Damit einher geht das Problem, dass der Antisemitismus zu einem Stück weit immer aus ihm selbst heraus erklärt werden muss, ohne dass er so freilich bestimmt werden könnte: Das Bild der israelischen Kindermörder ist antisemitisch, weil kindermordende Juden ein weit verbreitetes antijüdisches Bild waren. Kontinuität und Brüche von Antisemitismus und antisemitischer/antijudaistischer Gesellschaft sind mit dem Fortdauern von Herrschaft zu erklären, wie Machunsky schreibt: „Die semantische Struktur des Bildes vom Judentum gehört nicht der Epoche einer besonderen Gesellschaftsformation an. Mit deren Wechsel verändert sich zwar der Geltungsgrund, auf den diese Struktur bezogen ist. Da die menschliche Zivilisation aber bis heute herrschaftlich verfasst ist, bildet diese Herrschaft den gemeinsamen Grund aller bisherigen Gesellschaftsformationen – und damit auch des Judenhasses." (25)

Das Bild der Juden als „geschützte Vertriebene", als verfügbare Masse der Macht, findet sich daher auch in unterschiedlichen historischen Situationen wieder und verweist auf die ständig erneuerte Assoziation von Herrschaft mit Juden. So zeigt Peter Longerich in seiner Studie „Davon haben wir nichts gewusst! Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933 – 1945" (26), dass Versuche der NSDAP und der willfährigen deutschen Presse, die Bombenangriffe als jüdisches Werk zu beschreiben, laut Stimmungsberichten des parteieigenen Sicherheitsdienstes (SD) in der Bevölkerung auf eine höchstens ambivalente Reaktion stieß: „Wenn, so die *vox populi* in den Stimmungsberichten, die Juden so mächtig seien, warum hatte man sie sich dann unbedingt zum Feind machen müssen? Der SD Halle meldete: ‚Die Judenrache, die jetzt käme, sei schrecklich und man habe dieses nur der Regierung zuzuschreiben. Hätte man deutscherseits die Juden nicht angegriffen, so wäre es bereits zum Frieden gekommen.' Aus Würzburg hieß es: ‚Die Vertreibung der Juden hätte nicht erfolgen sollen, dann würden diese heute nicht so gegen uns arbeiten.' Hätte man, so fragten andere, die Juden nicht besser als Geiseln im Reich behalten sollen anstatt sie zu vertreiben?" (27) Die Argumentation ähnelt jener von Konrad Adenauer, der in einem berühmten Fernsehinterview von Günter Gaus auf die Frage, warum er die „Versöhnung" zwischen deutschem und jüdischem Volk als wichtige „Aufgabe" erachte, antwortete: „Und was nun die Judenfrage angeht – (...) Die Macht der Juden auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen. Und daher habe ich sehr überlegt und sehr bewusst – und das war von jeher meine Meinung – meine ganze Kraft daran gesetzt, so gut es ging, eine Versöhnung herbeizuführen zwischen dem jüdischen Volk und dem deutschen Volk." (28) Die Beantwortung der „Judenfrage" ist der Schlüssel zur Macht – darin war sich der erste Kanzler der Bundesrepublik mit den Volksgenossen des 3. Reiches dann doch einig. (29) Auch in aktuellen antisemitischen Stereotypen findet sich diese für die Perspektive der Herrschaft typische Ambivalenz aus Schutz und Vernichtung der Juden: Im Mai 2016 sorgte ein Tweet von Zakia Belkhiri für Schlagzeilen. Belkhiri war zuvor berühmt geworden, weil sie kopftuchtragend ein Selfie vor einer Anti-Islam-Demonstration des Vlaams Belang machte. Bei Twitter hatte sie geschrieben: „Hitler hat nicht alle Juden getötet, er hat einige übrig gelassen. Damit wir wissen, warum er sie getötet hat." (30)

Der Souverän verfügt über den Juden

Der gemeinsame Nenner der Bundestagsreden von Bartsch, Göring-Eckart und Gauland ist der Versuch, durch die Verfügung über die Juden die eigene Macht zu demonstrieren. Die Beschreibung dieser Verfügungsgewalt ist geprägt durch die Ambivalenz aus Schutz und Vernichtung – eine Ambivalenz, die sich im Verhältnis des Souveräns zu den Staatsbürgern als eine Antinomie der Staatsbürgerschaft insgesamt entpuppt: Wie Marshall 1950 in seinem für eine Soziologie der Staatsbürgerschaft kanonischen Vortrag „Staatsbürgerrechte und soziale Klassen" (31) affirmierend festhält, sei es bei der Konstruktion von Staatsbürgerschaftsrechten immer um die Herstellung eines „formalen Status der Gleichheit" zugunsten einer Legitimation „realer sozialer Ungleichheit" gegangen (32). So ehrlich sind Soziologen selten. Doch auch der Historiker Gosewinkel kommt nicht umhin, klarzustellen, dass die Staatsbürgerschaft als rechtlicher Titel historisch vor allem dann eingefordert wurde, wenn es um die Verweigerung von individuellen Rechten ging und viel seltener um deren Gewährung. (33) In der antisemitischen Vorstellung wird die Möglichkeit der Herrschaft, zwischen Schutz und Freiheit, Einschluss und Ausschluss entscheiden zu können einerseits zum Ausweis von wahrer Souveränität. Andererseits wird sie jedoch aus dem eigenen Staatsverständnis abgespalten und auf das Verhältnis des Staates zu den jüdischen „Anti-Staatsbürgern" (34) reduziert – nicht ohne Grund betont Bartsch vor seinen Drohungen an Israel, dass er nicht bloß als Linker, sondern eben auch als deutscher Staatsbürger spreche.

Die vermeintliche Differenziertheit der Bundestagsreden über Israel, die sich bei näherem Hinsehen als bloße Widersprüchlichkeit entpuppt, ist weder Ausdruck von ausgewogenem Denken noch einer bloß kognitiven Unzulänglichkeit. Die Ambivalenz in der antisemitischen Vorstellung von Herrschaft, Juden zugleich schützen und vernichten können zu müssen, um die eigene Macht zu demonstrieren, dieser Augustinische Widerspruch ist kaum deutlicher auszudrücken als darin, dem jüdischen Staat zu islamistischen Selbstmordattentaten in Tel Aviv zu gratulieren. Als Ausdruck der eigenen Souveränität sollen Antisemiten aus Deutschland in den Nahen Osten, in Israels Nachbarstaaten abgeschoben werden – und Israel wird zugleich außenpolitisch, das heißt machtpolitisch, ermahnt, dass es nur in einem sicheren Umfeld sicher leben könne. Jede Erklärung, die Jüdinnen und Juden so etwas wie Schutz und Unterstützung verheißen könnte, wird verbunden mit einer Solidarisierung mit deren erklärten Feinden.

Auch bei der AfD und bei Gauland ist das Verhältnis zu den Juden und zu Israel von der wahnhaften Vorstellung geprägt, mit der Verfügungsgewalt über jene tatsächlich generelle Macht zu erlangen. Dass die Partei die Erinnerung an die Schoa als

„Schuldkult" abwehrt, dass sich nun Gauland einmalig zur Staatsräson Deutschlands, Israel auch mit Gewalt zu verteidigen, bekennt, dass den Juden aber zugleich die doppelte Staatsangehörigkeit nicht gewährt werden soll (35), all dies sind keine Widersprüche oder Ausdruck einer Instrumentalisierung des Antisemitismus für den vermeintlich eigentlichen Markenkern der AfD, den Rassismus. Der gemeinsame Nenner dieser Positionen ist die Idee, die Juden hätten die Macht während der legitime Souverän, das Volk, völlig machtlos sei. Will die AfD für das Volk die Macht erobern, muss sie sich, so die Vorstellung von Gauland bis zur (mittlerweile aufgelösten) *patriotischen Plattform*, in ein Verhältnis zu den Juden setzen. Die Erinnerung an Auschwitz muss so heftig als Schuldkult abgewehrt werden, weil sie im Wahn des AfD-Mobs dazu benutzt wird, die Macht des deutschen Volkes zu beschneiden. Zur Sicherheit Israels als Teil der Staatsräson kann man sich aus den gleichen Gründen aber bekennen: Denn am Kämpfen und Sterben für Israel kann das Volk, kann jeder Einzelne wiederum die eigene Souveränität beweisen. Diese Idee bedingt geradezu, dass man das Verhältnis zum Juden unter den Staaten, dem heimlichen Weltsouverän im Auge der Antisemiten, als entscheidend für die eigene Macht und Souveränität wähnt. Dass es hierbei nicht um die Sicherheit der Juden geht, zeigt sich auch daran, dass zugleich deren Recht auf eine doppelte Staatsbürgerschaft abgelehnt wird: Diese würde die Juden dem unmittelbaren Zugriff eines Staates der Antisemiten entziehen und damit die Möglichkeit der Herrschaft, Juden zugleich zu schützen und zu bedrohen, aufheben. Und so verstehen die Anhänger der Partei auch Gaulands Rede im Bundestag genau richtig: In zahlreichen Facebook-Kommentaren wird der Fraktionsvorsitzende nach der Rede nicht dafür gelobt, endlich mal die Bedrohungslage Israels betont und die Verlogenheit deutscher Außenpolitik kritisiert zu haben. Begeistert wird vielmehr aufgenommen, dass man nun nicht mehr als „rechtsextrem" bezeichnet werden könne – der Weg zur Macht in der postnazistischen Bundesrepublik ist frei!

Nun aber zu behaupten, das Verhältnis deutscher Politiker zu den Juden und zu Israel sei rein instrumentell, verfehlt in dieser Reduzierung seinen Kern: Die Instrumentalisierung von Juden und Antisemitismus ist nur dann erfolgversprechend, wenn man schon antisemitisch denkt und fühlt. Nur wer die Juden als tatsächlich mächtig wähnt, kann annehmen, er müsste sich zu ihnen in aller Ambivalenz vermeintlich gut stellen, um zur Macht gelangen beziehungsweise die eigene Macht demonstrieren zu können. Nur Antisemiten können Antisemitismus in einer antisemitischen Gesellschaft instrumentalisieren.

Mobilisierter Souverän und Israel

Was aber die Bundestagsreden und die dahinter liegende politische Haltung doch unterscheidet, ist das Verständnis von Macht, Souveränität und der eigenen Position: Selbst Grüne und Linke wissen sich als Teil einer „Parlamentsoligarichie", wie sie Johannes Agnoli in seiner lesenswerten Parlamentarismuskritik *Die Transformation der Demokratie* von 1967 bestimmt hat: Unabhängig von ihrer oppositionellen Stellung zu den Regierungsparteien ist doch bei ihnen „Information, Kompetenz und Befugnis" innerhalb des Parlaments konzentriert. (36) Sie argumentieren staatstragend, als Repräsentanten des also vermittelten Volkssouveräns. Sie reden im Duktus der Diplomatie, weil sie wissen, dass ihnen früher oder später auch Regierungsfunktionen zufallen werden und sie sich hierfür nicht disqualifizieren wollen. Jeder weiß: Der Oppositionsführer von heute ist der Außenminister von morgen. Israel wird gelobt und bedroht – aber auf Augenhöhe, wie Göring-Eckart betont.

Die AfD ist nun aber, anders als die anderen Parteien, eine rechtsextreme Bewegungspartei, sie will sich daher gar nicht zur Parlamentsoligarchie zählen. Ihr *modus operandi* ist nicht die selbstbewusste und damit immer auch etwas träge Repräsentation, sondern die permanente Mobilisierung des Volkes als Souverän. Gegen die ‚Altparteien' wird ein Volk von mobilisierten Souveränisten in Stellung, oder vielmehr: in Bewegung gebracht. Demos und Gewalt, Volk und Staat, Recht und Souverän – all das ist ihnen eins und diese Einheit müssen die wahlweise zu Nationalkonservativen oder Rechtspopulisten Verharmlosten in der täglichen Eskalation der Debatte permanent herstellen. Weil das Volk, der Staat und die Macht also ineinander aufgehen sollen, muss auch die Homogenität und Harmonie des Volkes selbst um so dringlicher bewiesen, und wo es mal knirscht, projektiv fabriziert werden: Migranten und solche, die die AfD dafür hält, sollen weg – ob es sich bei ihnen um Muslime handelt, ist längst zweitrangig. Diese Konzepte von Politik als Bewegung und Souveränität als Volk sind einerseits tatsächlich nur die rechte Zuspitzung des postnazistischen Konsenses – diese Zuspitzung beeinflusst aber den Antisemitismus der Partei und unterscheidet sie schließlich von anderen Akteuren: Die AfD kann die Erinnerung an die Schoa nicht ignorieren, weil jede noch so unkritische Auseinandersetzung mit den Verbrechen der NS-Volksgemeinschaft die eigene Mobilisierung, das Volk als Souverän delegitimieren könnte. So verlogen und verkürzt die ‚Lehren aus der Geschichte' auch sind, die die Bundesrepublik stolz vor sich her trägt, so sehr diese doch als postnazistisch zu kritisieren wären – die AfD muss trotzdem jeden Einwand beispielsweise gegen direkte Demokratie als Angriff auf die eigene Machtbasis, auf das eigene Politikkonzept, auf sich selbst sehen. Die AfD muss jede Staatsräson begrüßen, solange man für sie kämpfen und sterben kann, weil sich nur so das Volk für den Staat mobilisieren lässt. Ein mobilisiertes Volk, dass als Ethnos keine Abweichung, keine Ambivalenz, keine Doppeldeutigkeit und somit auch keine doppelte Staatsangehörigkeit zulassen darf, erst recht nicht von Juden. Denn über deren Sicherheit will die AfD im Namen des mobilisierten Volkssouveräns entscheiden dürfen. Die AfD plaudert damit aus, was der „reflexive", der „ironische" Staat, wie der Gewaltmonopolist in der modernen politischen Theorie gefasst wird, von sich selbst nicht wissen will. In diesem Sinne sichert Israel nicht nur nach Möglichkeit das Überleben der Juden angesichts kommender Pogrome. Der jüdische Souverän gewährt seinen Staatsbürgern selbst das ambivalente Verhältnis aus Schutz und Freiheit der Staatsbürgerschaft und macht den anderen Potentaten den Zugriff auf die Juden streitig. Damit schützt Israel nicht nur die von Antisemitismus Betroffenen, es stellt bereits durch seine Existenz die Vorstellung und Legitimation von Macht insgesamt in Frage.

Anmerkungen

(1) Vgl. www.tagesschau.de/inland/bundestag-israel-bundeswehr-101.html ; www.welt.de/politik/deutschland/article175863074/70-Jahre-Israel-Bundestag-debattiert-ueber-juedischen-Staat.html (19.09.2018).

(2) Folgende Zitate und Seitenzahlen beziehen sich auf das Plenarprotokoll, Drucksache 19/29, S. 2621ff. Online unter: http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19029.pdf#P.2622 (19.09.2018).

(3) Ebd.: S. 2627f.

(4) Ebd.

(5) So der Abgeordnete Thomas Seitz, der die Beschuldigung, die AfD würde über „Schuldkult", eine „Erinnerungsdiktatur" und das „Denkmal der Schande" faseln, mit dem

Zwischenruf „Richtig!“ bestätigte. Vgl. Plenarprotokoll, Drucksache 19/15, S. 1290. Online unter: http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19015.pdf (16.01.2019).
(6) Vgl. www.welt.de/politik/deutschland/article168663338/Gauland-fordert-Recht-stolz-zu-sein-auf-Leistungen-in-beiden-Weltkriegen.html ; www.welt.de/politik/deutschland/article176912600/AfD-Chef-Gauland-bezeichnet-NS-Zeit-als-Vogelschiss-in-der-Geschichte.html (16.01.2019).
(7) Plenarprotokoll, Drucksache 19/29, S. 2623 f. Online unter: http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19029.pdf#P.2622 (16.01.2019).
(8) Seit Mai 2018 haben im Bundestag zwei weitere für die hier behandelte Frage relevante Debatten stattgefunden, die das gerade skizzierte Bild bestätigen – sowohl was die Widersprüchlichkeit der Beiträge betrifft, als auch bezüglich der Rolle der AfD. So durfte im Rahmen der Aussprache zum Abstimmungsverhalten Deutschlands bei der UN ein AfD-Hinterbänkler – Anton Friesen – nochmal ähnliches sagen wie zuvor Gauland, wählte hierfür jedoch ein bemerkenswertes Bild: „In der Stunde der Bewährung braucht kein Hahn dreimal zu krähen, bis Deutschland die eigene Staatsräson verrät.“ Bemerkenswert ist dies, weil Friesen ausspricht, was Gauland denkt: Das de-facto antiisraelische Abstimmungsverhalten Deutschlands bei der UN ist kein Verrat an der UN, sondern ein Verrat an Deutschland – ein Verrat, den Friesen mit der Auslieferung Jesu an die Römer durch Judas assoziiert – sozusagen einer Urszene des christlichen Antijudaismus. (Vgl. Plenarprotokoll, Drucksache 19/86, S. 10201. Online unter http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19086.pdf?fbclid=IwAR1kwkV0EJN-eeHXB-GqQyTtGaLxWeyv66MeobxF4ecuR9puf-9AymSlhTjCQ [30.5.2019]) In einer weiteren Debatte im Mai 2019 wurde die BDS-Bewegung als antisemitisch verurteilt – nicht ohne unisono das „Menschenrecht auf Israelkritik“ zu verteidigen. Da es eine entsprechende Klausel nicht in den interfraktionellen Antrag schaffte, legten mehrere Abgeordnete nach der sachlich geführten Plenardebatte mit entsprechenden Presseerklärungen nach und wandten sich gegen die vermeintliche Einschränkung der Meinungsfreiheit im Dienste Netanjahus. Vgl. z.B. https://katja-keul.de/userspace/NS/katja_keul/Dokumente_2019/190517_eaBDS_04final.pdf (30.5.2019).
(9) Valvidia, Gaston: „Israel, Pardon, Deutschland wird am Brandenburger Tor verteidigt.“, in Jungle World 19/2018.
(10) Vgl. www.conne-island.de/nf/250/11.html#f1 (10.01.2019).
(11) Vgl. www.huffingtonpost.de/entry/die-afd-traf-sich-in-syrien-mit-nationalsozialisten_de_5b9fbf8ee4b013b0977d2118 (16.01.2019).
(12) Vgl. www.tagesschau.de/inland/bundestag-antisemitismus-beauftragter-101.html (16.01.2019).
(13) Vgl. www.afdkompakt.de/2018/05/15/atom-abkommen-mit-dem-iran-einhalten/ (28.05.2019).
(14) So der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Bernd Gögel: Es sei schwer, ein Mitglied der AfD für Diskussionswürdige Meinungen – gemeint war Gedeon – auszuschließen: „Die Meinungsäußerung (...) ob jemand diese Schriften von Zion für Fälschungen oder für echt hält, ist doch seine persönliche, seine ganz eigene Einschätzung. Da können Sie doch hier nicht eine Antisemitismusdiskussion und einen Fall aufmachen.“, Plenarprotokoll 16/56, S. 3273. Online unter www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Plp/16_0056_07032018.pdf (16.01.2019).
(15) www.afdbundestag.de/gauland-verlegung-der-us-botschaft-kommt-zur-unzeit/ (16.01.2019).
(16) Nierenberg, David: „Antijudaismus. Eine andere Geschichte des westlichen Denkens“, München 2015: S. 138ff.
(17) Aurelius Augustinus, De Civitate Dei, Bd. 1, Paderborn 1979: S. 223.
(18) Vgl. Flasch, Kurt: Augustin. Einführung in sein Denken, Stuttgart 2003: S. 378.
(19) Ebd.: S. 382.
(20) Vgl. ebd. S. 391.
(21) Ebd.: S. 382.
(22) Nierenberg 2015: S. 138.
(23) Ebd., S. 204.
(24) Machunsky, Niklaas: Der polemische Gehalt des Judentums, in Sans Phrase 8/2016: S. 63.
(25) Ebd.: S. 69.
(26) Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewusst. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945“, München 2006.
(27) Ebd.: S. 284f.
(28) Vgl.: www.rbb-online.de/zurperson/interview_archiv/adenauer_konrad.html (08.01.2019).
(29) Diese Erklärung soll gar nicht bestreiten, was Autoren wie Eike Geisel über den Antisemitismus nach Auschwitz geschrieben haben. Sie kann aber dazu beitragen, aktuelle Formen des Antisemitismus nicht lediglich als quasi-abgeleitete aus den Massenverbrechen der Nazis recht eindimensional zu fassen. Dass dies häufig getan wird, zeigen nicht nur die hilflosen Appelle nach antisemitischen Straftaten, die Täter doch in KZ-Gedenkstätten zu schicken, sondern auch schon die Begriffswahl der Antisemitismusforschung, die den Antisemitismus „nicht trotz, sondern wegen Auschwitz“ (Zvi Rex) nicht zufällig als „sekundären“ abtut. Der primäre – was immer das sein soll – bleibt ein Problem von Neonazis und Islamisten.
(30) www.mena-watch.com/damit-wir-wissen-warum-er-die-juden-getoetet-hat/ (10.01.2019).
(31) Marshall, Thomas H.: „Bürgerrechte und soziale Klassen“, Frankfurt 1992.
(32) Mackert, Jürgen: Staatsbürgerschaft. Eine Einführung, Wiesbaden 2006.
(33) Gosewinkel, Dieter: Schutz und Freiheit? Staatsbürgerschaft im 20. und 21. Jahrhundert, Frankfurt 2016: S. 16.
(34) Scheit, Gerhard: Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus. Freiburg 1999: S. 314.
(35) Vgl. www.werteinitiative.de/6-vermeidung-von-kollateralschaeden/#1494660821180-40edc0f0-2bf6 (16.01.2019).
(36) Agnoli, Johannes: Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften. Hamburg 2012: S. 66.

Impressum

Medieninhaber:
Institut für Sozialkritik Freiburg e.V.

Einzelheft:
4,00 € (inkl. Versand)
über info@ca-ira.net – Bezahlung gegen Rechnung

Mitglieder des Instituts für Sozialkritik Freiburg erhalten die Pólemos kostenlos, siehe www.isf-freiburg.org

Bankverbindung:
Sparkasse Freiburg,
BLZ: 680 501 01, Kto.: 122 201 77
IBAN: DE 9368 0501 0100 1222 0177
BIC: FRSP DE66

Adresse der Redaktion:
Redaktion Pólemos
c/o Institut für Sozialkritik
Günterstalstr. 37
79102 Freiburg

Kontakt zur Redaktion:
redaktion.polemos@googlemail.com

Internetadresse:
www.kritischetheorie.wordpress.com

Verlag und Auslieferung:
ça ira-Verlag
79002 Freiburg, Postfach 273
info@ca-ira.net
www.ca-ira.net

ISBN 978-3-86259-804-5

Substantialisierung des Staates

Über die politische Rechte

Von Leo Elser

Seit mittlerweile vier Jahren kreist die öffentliche Diskussion in Deutschland immer wieder um die sogenannte „Grenzöffnung“ von 2015; bei jedem von einem Asylbewerber begangenen schweren Verbrechen wiederholt sich dabei stets nahezu dieselbe Diskussion, die von den Vertretern der schreibenden Zunft weitgehend als ein „Kulturkampf“ gedeutet wird. Dabei haben zumindest die mehr oder weniger intellektuellen Wortführer der Rechten weit eher als ihre linken oder liberalen Kritiker begriffen, dass es um weit mehr geht, als um „Haltungsfragen“ gegenüber Flüchtlingen oder dem Islam: als mittlerweile nämlich durchaus gesellschaftlich relevanter politischer Bewegung, ist es der Rechten in den vergangenen Jahren gelungen, das, was ich im Folgenden die Frage nach der Substanz des Staates nennen möchte, zur politischen Partei zu formen. Doch der Reihe nach:

Bereit die „Grenzöffnung“ ist mehr ein gesinnungsethischer Mythos als politische Realität. Die Entscheidung, die grundsätzlich im Schengenraum geöffneten Außengrenzen Deutschlands nicht etwa durch die Bundespolizei schließen zu lassen, wird dabei gemeinhin bis heute von den Befürwortern als alternativloser humanistischer Akt, von den Gegnern, die bis in die Regierung reichen, als, „Herrschaft des Unrechts“ (Seehofer), als Angriff auf Staatsräson und Souveränität gedeutet. Mittlerweile wiederholt sich bei jedem von einem Asylbewerber begangenen schweren Verbrechen eine neue Runde im „Kulturkampf“. Als gehörte zur Flüchtlingspolitik Merkels nicht auch der Deal mit der Türkei, die mehrfache drastische Verschärfung des deutschen Asylrechts, die forcierte Schließung der Balkanroute und vor allem der EU-Außengrenzen, von der Merkel in ihrer Flüchtlingspolitik niemals, auch im September 2015 nicht, abgerückt ist. Die seit drei Jahren in Endlosschleife repetierte öffentliche Diskussion um Merkels Flüchtlingspolitik ist daher eben keine Diskussion zwischen etwa einer universalistischen Moral einerseits und der Erhaltung staatlicher Ordnung andererseits und schon gar nicht über die Frage, ob generell Grenzen zu schützen seien oder nicht: Dass die EU-Außengrenzen möglichst abgeschottet werden müssen, stellt, wenn überhaupt, nur eine kleine, linke Minderheit in Frage. Und wo immer die „flüchtlingsfreundlichen“ Parteien Linkspartei und Grüne mitregieren, finden selbstverständlich auch Abschiebungen statt. Katja Kipping bringt den Zynismus der „flüchtlingsfreundlichen“ Realpolitik auf den Punkt, wenn sie von der *taz* auf die Forderung „offene Grenzen für alle“ angesprochen, erklärt, es gehe „beim Thema Bewegungsfreiheit um eine Haltungsfrage und nicht um eine unmittelbare Umsetzungsperspektive“ (Kipping 2017).

Was die realpolitische „Umsetzungsperspektive“ anbelangt ist also gar nicht umstritten, *dass*, sondern nur, *welche* Grenzen in welchem Ausmaß zu schließen sind. Anders gesagt: ob das Schengener Abkommen durch binneneuropäische Grenzkontrollen *de facto* außer Kraft gesetzt werden soll, oder nicht.

Weder aus primär humanitären, noch gar aus „islamophilen“ Gründen, sondern um die Geltung des Schengener Abkommens nicht zu gefährden, nannte Merkel 2015 die Aufnahme von Flüchtlingen alternativlos. Befremdlich an der Diskussion um nationalen Grenzschutz ist vor allem, dass die erwartbaren Folgen dauerhafter und intensiver nationaler Grenzkontrollen praktisch keine Rolle spielen. Denn während es alles andere als ausgemacht ist, ob es durch intensive Grenzkontrollen oder gar eine Schließung der Grenzübergänge seit 2015 signifikant weniger Flüchtlinge gegeben hätte (1), ist das Schengener Abkommen ja nicht dazu eingeführt worden, dass deutsche Touristen leichter nach Italien reisen können. Kontrollen, die möglichst viele Flüchtlinge beim Grenzübertritt ausfindig machen sollen (unabhängig von der Frage, was dann mit ihnen passiert), setzen eine weit über Stichproben hinausgehende Kontrolle aller Verkehrsmittel voraus, mit denen Waren (und in Grenzregionen auch Arbeitskräfte) die Grenzen überqueren. Es ist ein leichtes, sich die Folgen unerwarteter, intensiver Grenzkontrollen an allen binneneuropäischen Grenzübergängen, von denen viele täglich von tausenden LKWs passiert werden, für die komplexen Lieferketten der Warenproduktion zu vergegenwärtigen, um sich zu verdeutlichen, dass allein aufgrund der steigenden Transportdauer enorme ökonomische Folgen unausweichlich gewesen und durch die wechselseitigen Abhängigkeiten in der Produktion eine gesamteuropäische Wirtschaftskrise keineswegs eine völlig unrealistische Folge gewesen wäre (2). Ziemlich sicher wären bei einer Zurückweisung von Flüchtlingen an den nationalen Grenzen zuerst Griechenland politisch und ökonomisch zusammengebrochen, vermutlich recht bald gefolgt von Italien, Bulgarien und Mazedonien. Eine europäische Wirtschaftskrise, Staatskrisen in Süd- und Südosteuropa, wahrscheinlich gefolgt von zahlreichen Austritten aus dem Dublin-Abkommen, aus dem Euro und der EU – man versteht leicht, warum Putin ein Interesse an der Unterstützung jener Parteien hat, welche die angebliche Grenzöffnung und nicht etwa dauerhafte intensive Grenzkontrollen an allen europäischen Binnengrenzen, für eine Gefährdung der Stabilität in Europa halten. Warum allerdings auch das CSU-geführte Bundesinnenministerium recht offen Sympathien mit einer solchen Katastrophenpolitik sympathisierte, ist eine andere Frage.

Was wollen die Rechten

Für unseren Gegenstand, die politische Rechte, bedeutet der Verzicht auf die Schließung der deutschen Außengrenzen weit grundsätzlicheres als die ungewünschte Einwanderung von Flüchtlingen, nämlich die Aufgabe, mehr noch: die Zerstörung nationaler Souveränität. Obgleich auch die Entscheidung, die nationalen Grenzen nicht zu schließen, formell als eine souveräne Entscheidung gelten könnte, von einem Souveränitätsverzicht also keine Rede sein kann, scheint der rechten Propaganda in der Öffentlichkeit doch einige Plausibilität zuzukommen. Obwohl niemand, auch die Merkel-Regierung oder die linke Opposition nicht, tatsächlich gewollt hat, dass eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kommen, behandeln die Rechten die sogenannte Flüchtlingskrise nicht als die Folge einer politischen Entscheidung, welche die binneneuropäischen Lieferketten nicht ge-

fährden will, sondern selbst als politischen Willen der Regierung, die Grundlagen des Staates anzugreifen. Daraus allerdings, sich als bloße Verteidiger der bestehenden und vermeintlich bedrohten Ordnung gerieren zu können, beziehen die Rechten ihre Anschlussfähigkeit an die öffentliche Diskussion und den gesellschaftlichen Mainstream, die ihnen in den vergangenen Jahrzehnten fehlte. Enthalten ist darin stets nicht nur die Annahme, dass die nun fundamental bedrohte Ordnung schon länger faul gewesen sein müsse, sondern auch die Frage nach dem substantiellen Zusammenhang dieser Ordnung. Doch sucht diese Frage keine Erkenntnis, sondern pseudo-substantielle Stiftung des gesellschaftlichen Zusammenhangs als Bewegung.

„Populismus" beschreibt Alexander Gauland seine eigene Bewegung in einer Rede beim völkischen *Institut für Staatspolitik (IfS)* selbst, sei „die letzte Verteidigungslinie unserer Art zu leben. Wenn die Globalisten sich durchsetzen, werden viele Dinge verschwinden und niemals wiederkommen, die unser Land und unseren Erdteil lebenswert machen" (Gauland 2019) (3). Gauland führt in diesem Vortrag bei der Winterakademie von Götz Kubitscheks *thinkthank* zum Teil wortgleich aus, was er im Oktober 2018 in einem Gastbeitrag für die FAZ umreißen durfte. So dominiere eine „globalistische Klasse" , deren „Bindung [...] an ihr jeweiliges Heimatland schwach" sei, Politik, Medien, Kultur, NGOs und Universitäten; er beschreibt diese Klasse als „anywheres", als „Nomaden", im Unterschied zu den „Sesshaften", den „somewheres". Früher galt: „Auch die Eliten waren sesshaft. Heute sind sie es nicht mehr. Und das ist der große Unterschied". Gegen diese nomadische „Allianz aus globalistischer Linker und globalem Kapital" erhofft sich Gauland eine „Allianz der nationalen Arbeiterschaft und des nationalen Bürgertums" (Gauland 2019).

In einem Punkt hat Gauland allerdings zweifelsohne Recht, wenn er konstatiert, es gebe „viele sogenannte einfache Menschen, deren Jobs oft miserabel bezahlt werden oder nicht mehr existieren, die ein Leben lang den Buckel krumm gemacht haben und heute von einer schäbigen Rente leben müssen" (Gauland 2019 und FAZ vom 06.10.2018). Angesichts sinkender Reallöhne in Deutschland seit den 1980er Jahren sind miserabel bezahlte Jobs und Altersarmut so verwunderlich wie ein Schnupfen im Winter. Da die Reallöhne im gleichen Zeitraum (die letzten Jahre ausgenommen) in den westlichen Industrienationen mit Ausnahme Deutschlands allerdings gestiegen sind, handelt es sich nicht einfach um eine Strategie des „globalen Kapitals". Verantwortlich dafür ist vielmehr, was Gauland als Gegenmittel empfiehlt, nämlich die spezifisch deutsche „Allianz der nationalen Arbeiterschaft und des nationalen Bürgertums", die als Standortvorteil gegen die internationale Konkurrenz auch als Sozialpartnerschaft sich hierzulande überall großer Beliebtheit erfreut (4). Schon lange vor der Agenda 2010 waren die deutschen Gewerkschaften bereit, jahrzehntelang sinkende Reallöhne hinzunehmen, um deutsche Arbeitsplätze nicht zu gefährden (anstatt etwa – warum eigentlich nicht? – auch im eigenen Interesse Lohnforderungen in Billig-Lohn-Ländern zu unterstützen).

Entstanden ist die AFD aus der Agitation empörter mittelständischer Steuerzahler gegen die Griechenlandrettungspakete. Dass sowohl die deutsche Niedrig-Lohn-Politik erheblich zur Krise in den südeuropäischen Staaten beigetragen hat, als auch die deutsche Staatskasse durch die steigende Attraktivität deutscher Staatsanleihen infolge der Griechenlandkrise sogar von ihr profitierte (5), spielte dabei erwartungsgemäß keine Rolle. Auffällig ist allerdings, dass die Vorwürfe der Gründer der „Wahlalternative 2013" (namentlich Lucke, Adam, Gauland und Robanus) gegen die Griechenland-Rettungspakete im Kern genauso lauteten, wie die Vorwürfe der AfD seit 2015 gegen die Flüchtlingspolitik: Es handle sich um einen Rechtsbruch der Bundesregierung, um die Aufgabe nationaler Interessen sowie nationaler Souveränität und der Volkswille werde von den etablierten Parteien ignoriert. „Wir sind unfähig, nationale Interessen zu formulieren", ließ sich Gauland damals in der *Welt* zitieren und sein Compagnon Gerd Robanus warnte vor einer „Finanzdiktatur in Europa"(6).

Bei seiner bereits zitierten Rede in Schnellroda erinnerte Gauland abermals an den Merkelschen Ausdruck „alternativlos". So habe sich die „Macht" der Globalisten vor allem während der Finanzkrise gezeigt, die „zu Lasten der Steuerzahler bekämpft, aber die Verursacher mit wenigen Ausnahmen verschont" worden seien. „Die nationalen Regierungen bestätigten damit, dass es eine internationale, illoyale, über dem Gesetzt stehende Wirtschaftselite gibt. Damals begann die Karriere des Begriffs ‚alternativlos'" (Gauland 2019).

Die Frage, was für eine „Alternative für Deutschland" die AFD eigentlich bieten will, führt also recht schnell über das Dauerthema Flüchtlinge und Einwanderung hinaus. Es geht vielmehr recht grundsätzlich um das Verhältnis von Nationalstaat und Globalisierung, oder genauer: von Souveränität und Weltmarkt. Dass die rechten Analysen und Beschreibungen dieses Verhältnis derzeit auf recht fruchtbaren Boden fallen, verdanken sie auch der Dominanz einer globalisierungskritischen und antiamerikanischen Linken, deren Ressentiments die Rechten im Wesentlichen teilen, daraus allerdings ihre eigenen Konsequenzen für das Verständnis von Souveränität zu ziehen wissen.

„Ökonomisierung"

Naturgemäß will die politische Rechte nichts von der politischen *Ökonomie* des Staates wissen, das heißt nichts von der ökonomischen Form, in der allein Staatlichkeit und Souveränität existieren. Während sie gegen die kommunistische Abschaffung des Privateigentums radikale Partei des Privateigentums ist, fürchtet sie zugleich, dass die gesellschaftliche Form, in der sich das kapitalistische Privateigentum allein rentabel verwertet (Weltmarkt, Vertragsform, usw.), alle menschlichen Verhältnisse in nichts als Vertrags-, und Konkurrenzverhältnisse auflöst. Tatsächlich setzt das durch nichts begründbare Privateigentum unter Bedingungen kapitalistischer Verwertung, das heißt relativer Mehrwertproduktion, gleichermaßen staatliche Gewaltbereitschaft (zum Schutz des Eigentums und der Verträge) *und* Verrechtlichung (zur Rechtssicherheit der Vertragsparteien), Autorität (des Staates, aber auch des Arbeitgebers und des Erziehers) *und* Vertragsfreiheit, Befehl und Gehorsam (freilich graduell nach Art der Tätigkeit, die auch entsprechend in der Familie gelernt werden muss) *und* Mündigkeit voraus.

Während der linke Antikapitalismus von der Form des Staates nichts wissen will, indem er Gewalt und Autorität nicht seiner Form, sondern allein denen zurechnet, die sie in den Händen halten, so motiviert den rechten Antikapitalismus gerade die Sorge, die mit der relativen Mehrwertproduktion einhergehende Dynamik (sprich: Liberalisierung, Verrechtlichung, Abbau gesellschaftlicher Ungleichheit etwa zwischen den Geschlechtern) untergrabe die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Staates (und damit natürlich auch des Privateigentums): Familie, Autorität, Loyalität. Gauland hat den rechten wie linken Antikapitalismus durchaus treffend umschrieben: „Die Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse ist eben weder rechts noch links, sie zerstört die heiligen Güter der Rechten wie Nation, Staat und Familie genauso gründlich wie das linke Mantra der sozialen Gerechtigkeit." (Gauland 2011).

Trotzdem ist das natürlich Unsinn: Gaulands heilige Güter sind gesellschaftliche Formen, die in ihrer Entstehung gleichursprünglich mit der Universalisierung der Warenform sind. Erst in dem Maße, in dem der noch monarchische Souverän in die ökonomische Abhängigkeit geriet – nach Außen vom Weltmarkt und nach innen von einer „Nation" von Steuerzahlern und Soldaten, die zwar loyaler als stehende Heere, aber auch ungleich teurer als etwa die unverlässlichen Söldnerheere des 30-jährigen Krieges sind – beginnt der Begriff der Nation eine politische Gemeinschaft zu bezeichnen. Diese „Gemeinschaft" hätte es ohne „Ökonomisierung" also gar nicht als solche gegeben. Erst in diesem Zuge entsteht auch der moderne Staat, mit seinem Beamten- und Verwaltungsapparat, seiner institutionellen Binnendifferenzierung und Justiz; es ist leicht einzusehen, dass für ein auf agrarischer Selbstversorgung basierendes Gemeinwesen ein solcher Apparat nicht nur vollkommen unnütz und überflüssig, sondern geradezu schädlich wäre. Erst durch die „Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse", nämlich durch die Universalisierung der Mehrwertproduktion für den Tausch, lässt sich das Personal für Gaulands heiligen Staat finanzieren und erst durch die Zunahme wechselseitiger Tauschbeziehungen und umfassender Steuererhebungen gibt es einen gesellschaftlichen Bedarf für dieses Personal. Und ebenso entsteht erst mit der allmählichen Auflösung der ländlichen großfamiliären Produktionsgemeinschaften, sowie der tendenziellen Ablösung ständischer und religiöser Privilegien durch das Tauschprinzip, die bürgerliche Familie als Keimform des Staates und als generationenübergreifender Besitzer des Privateigentums. Und natürlich verdanken nicht nur Gaulands heilige Kühe, sondern auch das linke Ideal der sozialen Gerechtigkeit als universellem Ideal ihre Entstehung der Durchsetzung der abstrakten Arbeit als universellem Wertmaßstab.

Es ist das Paradox einer in sich statischen Eigentumsordnung, die sich zugleich nur unter äußerst dynamischen Verwertungsbedingungen erhalten kann, das sich innerhalb des Bürgertums als politischer Gegensatz von Konservativismus und Liberalismus ausdrückt. Weil die Statik der Eigentumsverhältnisse so wenig einer vernünftigen Begründung zugänglich sind, wie die selbstbezügliche Dynamik der Selbstverwertung des Werts, erscheint der Konservativismus nach dem Ende religiöser Herrschaft so inhaltslos, wie auf der anderen Seite das Wörtchen „progressiv". Doch was sich derzeit überall in den westlichen Gesellschaften beobachten lässt, ist etwas anderes als das bloße Auseinanderfallen in Konservative und Liberale, die jüngst noch in bürgerlichen Volksparteien geeint waren. Die Rechten sind vielmehr selbst zu einer Bewegung geworden, die sich nicht zufällig „Souveränisten" nennt.

Nationales Interesse und nationales Kapital

Die Annahme, die Bundesregierung betreibe absichtsvoll eine Politik gegen die „nationalen Interessen" der Bundesrepublik ist natürlich absurd. Und schon gar nicht hat die Eurokrise ihren Grund in einer vermeintlichen Selbstaufgabe nationaler Interessen. Richtig ist eher das Gegenteil, dass nämlich eine zuweilen rücksichtslos *im nationalen Interesse* betriebene deutsche Exportwirtschaft (die durch Reallohnkürzungen erkauft und gerade auch von den Gewerkschaften zur Arbeitsplatzerhaltung mitgetragen wurde) erheblich zur Schwächung der europäischen Konkurrenz und damit zur Krise der südeuropäischen Staaten beigetragen hat (7).

Staaten sind Monster; sie sind etablierte und institutionalisierte Räuberbanden, aber sie sind für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Gewalt nach innen und außen vor allem auf eines angewiesen, über das sie seit der Entstehung eines die Staatenwelt übergreifenden kapitalistischen Weltmarktes keineswegs souverän, nach freiem Willen verfügen können (wie es die mittelalterlichen Fürsten noch mit einigem Recht glaubten, zu können): nämlich diese Gewalt auch finanzieren zu können. Ganz unmittelbar und selbstverständlich bemisst sich nicht zuletzt auch das Gewicht nationaler politischer Macht, das aller internationalen Diplomatie zugrunde liegt, an der Frage, auf welche ökonomischen Kapazitäten, industrielle Strukturen und technologische Mittel der Kriegsführung die Staaten im Ernstfall zurückgreifen könnten. Sie können die zur Aufrechterhaltung ihres Gewaltpotentials notwendigen Geldmittel nur (mittels Steuern) aus der gesellschaftlich produzierten Mehrwertmasse abschöpfen; und in der politischen Konkurrenz der Staaten, die immer auch zumindest potentiell eine der militärischen Kapazitäten ist, ist es ein gravierender ökonomischer Nachteil, wenn dafür nur der auf dem nationalen Markt realisierte Mehrwert zur Verfügung steht.

Anders gesagt: die (außen-)politische Macht eines Staates hängt nicht zuletzt davon ab, wie hoch die (tatsächliche, aber auch potentiell) besteuerbare Mehrwertmasse ausfällt, die seine „heimischen" Unternehmen auf dem Weltmarkt erzielen können. Zumindest solange der auf den Weltmärkten erzielte nationale Reichtum nicht in Frage steht, solange stellen daher Weltmarktorientierung *und* Nationalismus, Globalisierung *und* Nationalstaat, weder einen notwendigen polit-ökonomischen Interessengegensatz noch einen Widerspruch dar, sondern bedingen sich vielmehr gegenseitig (8).

Souveränität

Zum Begriff der Souveränität gehört die Vorstellung, die gesellschaftlich-politischen Verhältnisse, auf einem bestimmten Territorium, nach politischem Willen (sei es der eines Monarchen, sei es der eines „Volkes") zumindest grundsätzlich bestimmen und das jeweilige Territorium zumindest grundsätzlich kontrollieren zu können. Diese Vorstellung war allerdings schon immer ein Schein; kein noch so „absolutistischer" Herrscher, der sich zum Staat erklärte, hatte jemals die vollständige Kontrolle sei es auch nur über die aristokratische Elite, geschweige denn über die Bevölkerung. Spätestens in einer partizipativen Gesellschaft handelt es sich jedoch um einen notwendigen Schein.

Zu den Voraussetzungen, dass der Souverän überhaupt nach politischem Willen handeln kann, gehört aber, dass er die notwendigen institutionellen, polizeilichen und militärischen Mittel zur Durchsetzung seines politischen Willens auch finanzieren kann. Paradoxerweise setzt das unter voll entwickelten kapitalistischen Bedingungen (von der Krise zunächst einmal abgesehen), das heißt unter Bedingungen, in denen die relative Mehrwertproduktion sich gegenüber der absoluten als ökonomisch überlegen erweist, freier Tausch freier Warenbesitzer gegenüber den vorkapitalistischen Formen von Sklaverei und Leibeigenschaft, Welthandel gegenüber Raub usw., voraus, dass der Souverän sich selbst *rechtlich* einschränkt: Wo der freie Vertrag freier Warenbesitzer, die freie Verfügung über Eigentum usw. gelten, kann nicht auch zugleich der politische Wille des Souveräns als Befehl gelten. Wo dem konkreten Souverän als Person der Wille fehlte, sich selbst einzuschränken, geriet er zunächst und Geldnot und verlor in der Regel danach seinen Kopf. Den Revolutionen in England 1649, wie Frankreich 1789 ging ein chronisch verschuldeter Souverän voraus, der gar nicht mehr anders konnte, als zur Finanzierung seiner militärischen Macht auf Geldmittel der

besitzenden Eliten zurückzugreifen, ohne diese Eliten entsprechend in die souveräne Willensbildung einbeziehen zu wollen.

Darin liegt logisch ein zentraler Widerspruch im Begriff der Souveränität: Dass der Souverän unter Bedingungen des kapitalistischen Weltmarkts nur Souverän bleiben kann, wenn er seine Souveränität – und das heißt sowohl seinen souveränen „Willen", als auch die Gewaltmittel zur Durchsetzung seines souveränen Willens rechtlich einschränkt und außerdem seine Finanziers – seit dem Ersten Weltkrieg auch seine Soldaten und erst zuletzt auch die weibliche, industrielle Heimatfront – politisch an der Willensbildung des Souveräns beteiligt.

Darin – und nicht allein, wie es die bürgerlich-idealistische Geschichtsschreibung will: im politischen Willen – liegt der historische wie logische Geltungsgrund der Selbstbeschränkung staatlicher Gewalt und der Gewährung von Grund- und Bürgerrechten, sowie der Verwandlung des Souveräns von einer konkreten Person mit *einem* Willen (Monarchie), in eine abstrakte Person („das Volk", „der Steuerzahler", „der Wähler") mit vielen einzelnen Willen (Demokratie) (9).

Damit erweist sich der Begriff der Souveränität als doppelt gesetzt: Erstens als Kapitalsouveränität, welche die krisenhafte Verwertung des Werts sowohl im Inland stets aufs Neue garantieren, als auch in der internationalen Konkurrenz sich Zugriff auf einen möglichst großen Anteil an der auf den Weltmärkten realisierten Mehrwertmasse sichern muss. Sie erscheint nicht zuletzt als die Herrschaft sogenannter Sachzwänge, für die Angela Merkel das Wörtchen alternativlos einführte. Zweitens allerdings als Volkssouveränität, die sowohl formal als freier politischer Wille über den Sachzwängen zu stehen scheint, als auch als Gemeinschaft der fiktiven und realen Finanziers des Staates („der Steuerzahler") (10), die tendenziell stets sparsame Verwendung der staatlichen Finanzmittel überwacht. Nicht zuletzt scheint in der Volkssouveränität das Staatsvolk zum Zweck des Staates selbst geworden zu sein, der Staat seinerseits bloßes Mittel, das dem Volke zu dienen hat.

Die Völkischen haben durchaus recht, wenn sie sich darauf berufen, dass nicht sie die Kategorie „Volk" erfunden haben. „Alle Gewalt geht vom Volke aus", heißt es im Grundgesetz und alle Urteile des öffentlichen Rechts ergehen in dessen Namen. Ihr Staatsverständnis richtet sich dabei keineswegs grundsätzlich gegen die Kapitalsouveränität, von der sie freilich keinen Begriff, aber gleichwohl eine Ahnung haben, wenn sie von den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands sprechen. Sich mit diesen wirtschaftlichen Interessen ganz selbstverständlich zu identifizieren, unterscheidet sie von den linken Globalisierungsgegnern und das macht sie zumindest potentiell zu Bündnispartnern der deutschen Wirtschaft. Ihr Staatsverständnis zielt vielmehr darauf, Volkssouveränität und Kapitalsouveränität widerspruchsfrei zur Deckung zu bringen und das heißt, im Zweifelsfall die durch den Weltmarkt erzwungene Selbstbeschränkung staatlicher Gewalt aufzuheben.

Das meint Höcke, wenn er sagt, „das Prinzip der Volkssouveränität kann, [...] grundsätzlich nur in wirtschaftssouveränen Staaten verwirklicht werden" (Höcke 2018, S. 277). Und nichts anderes ist gemeint, wenn es in der Präambel des *Grundsatzprogramms der AFD* heißt: „Wir kamen zusammen in der festen Überzeugung, dass die Bürger ein Recht auf eine echte politische Alternative haben, eine Alternative zu dem, was die politische Klasse glaubt, uns als ‚alternativlos' zumuten zu können." Und weiter: „Unsere Ziele werden Wirklichkeit, indem wir den Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürger stellen". Was das bedeutet, wird im Grundsatzprogramm im ersten Kapitel über „Demokratie und Grundwerte" präzisiert: „Spätestens mit den Verträgen von Schengen (1985), Maastricht (1992) und Lissabon (2007) hat sich die unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion herausgestellt" (AFD Grundsatzprogramm, S. 14).

Obwohl diese Verträge zweifelsohne ökonomische Vorteile für Deutschland mit sich gebracht haben, erscheinen sie der AFD als Angriff auf das „Fundament des Staates". Weil aber im Staatsverständnis der Rechten Volks- und Kapitalsouveränität als Identität postuliert werden, scheint ihnen hinter diesen Verträgen eine Clique zu stehen, die bewusst gegen die nationalen Interessen handelt: „Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat" (AFD: Grundsatzprogramm, S. 15). Es ist zwar alles andere als kohärent, dass ein politisches Kartell, das angeblich nichts als die Mehrung seiner eigenen Macht und Wohlstands im Schilde führt, diese Macht an eine andere Instanz, nämlich die EU abgeben sollte. Und doch fällt dieser offensichtliche Widerspruch nicht auf, weil die Antinomie im Souveränitätsbegriff eben nicht als solche bewusst werden soll. Während aber der Bürger im Normalzustand je nach tagespolitischer Interessenlage beständig in der Antinomie hin- und herspringt, gestern die Liberalisierung des Außenhandels und morgen die Einführung von Schutzzöllen fordert, verlangt das *Grundsatzprogramm* der *AFD* die Auflösung der Antinomie in die ‚Volkssouveränität'. So schließt der Abschnitt mit den Worten: „Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden" (ebd.).

Das *Grundsatzprogramm* lässt jedenfalls keinen Zweifel, dass es der AFD um mehr und anderes geht, als um die bis zum Erbrechen bemühten „Sorgen und Ängste" von Bürgern, um Abschiebequoten oder Ausländerkriminalität. Was oberflächlich als „Verrat" an den „nationalen Interessen" erscheint, muss sich bei näherer Betrachtung als Zersetzung des „Fundament unseres Staates", der „Volkssouveränität" erweisen. Wer so denkt und spricht, wetzt schon die Messer zur Befreiung des Staates von seinen Okkupanten.

Weil aber auch die Kritiker der AFD von deren Staatsauffassung lieber nichts Genaues wissen wollen – es könnte wohl zu sehr an die eigene erinnern – wird zwar der Volksbegriff der AFD allenthalben dafür kritisiert, er ziele auf eine ethnische Homogenisierung. Völlig ausgeblendet wird allerdings, dass das Staatsverständnis der AFD auf eine Bewegung zur Homogenisierung von Staat und Volk zielt.

„Volksverräter"

Nun könnte man annehmen, es sei für einen Rechten, der so denkt, doch zumindest aus strategischen Gründen von großer Relevanz, sich darüber zu verständigen, wer diese Okkupanten eigentlich genau sind. Dass es sie geben muss, steht ihnen außer Zweifel. So spricht das *Grundsatzpapier* der AFD sehr interpretationsbedürftig von einer „kleinen, machtvollen politischen Führungsgruppe innerhalb der Parteien" die als „heimlicher Souverän" sowohl die „Schalthebel" als auch die „politischen Informationen" kontrolliere. Björn Höcke hat hier eine „geschlossene transatlantische

Politelite" ausgemacht, die „ein hartes politisches Programm" zur „Entnationalisierung der europäischen Völker und die Umwandlung der bisherigen Nationalstaaten in multi-ethnische Gebilde" betreibe. Das harte Programm dieser „transatlantischen Politelite" zur Abschaffung des deutschen Volkes sei deshalb so erfolgreich, weil sich hierzulande „der alte europäische Universalismus und Kosmopolitismus mit einem tiefsitzenden Schuldkomplex verbunden und zu einer Ideologie der Selbstaufgabe extremisiert" habe (Höcke 2018, S. 200 f.). Bei Gauland sind es die nomadischen Globalisten, die sich dadurch auszeichnen, dass ihre „Bindung [...] an ihr jeweiliges Heimatland schwach" sei und die „von der *one world* und der Weltrepublik" träume. Diese „neue urbane Elite" sitze „in den international agierenden Unternehmen, in Organisationen wie der UN, in den Medien, Start-ups, Universitäten, NGOs, Stiftungen, in den Parteien und ihren Apparaten" (Gauland 2019). Prägnanter und doch dieselbe Logik und dieselben Ressentiments bedienend, hieß es bei ihm noch vor kurzem: „Der Feind [...] sitzt in den Vorstandsetagen jener multinationalen Banken und Konzerne, denen die Nation wie die soziale Gerechtigkeit Hekuba sind" (Gauland 2011). Karl Albrecht Schachtschneider, der bereits zu den Hauptzeichnern der „Wahlalternative 2013" gehörte und ins Kuratorium der AFD-Stiftung „Desiderius Erasmus" berufen wurde, sieht sich nicht nur mit einer Okkupantenclique im deutschen Staat oder der EU konfrontiert, sondern gleich mit den „Herrschern der Welt". Bei ihnen handle es sich um eine diffuse Melange aus „international agierenden Unternehmen und noch mehr der internationaler Finanzoligarchie" auf der einen, der „sozialistischen Internationale" auf der anderen Seite. Während der Kapitalismus „mittels Kredit und Zins" die Herrschaft anstrebe und sich „die Finanzoligarchie [...] durch souveräne Völker in ihrem Bereicherungsinteresse behindert" sähe, betreibe der „Sozialismus" seinen Griff nach der Herrschaft „mittels totalitären Moralismus" (nämlich „Diskriminierungsverbot") mit „kraftvoller Unterstützung der Europäischen Union". Die europäische Integration sei dabei „nur regionaler Teil dieser Politik", die darauf ziele, dass „die Herrscher der Welt [...] das Schicksal der Menschheit in ihrer Hand haben" (Schachtschneider 2015, S. 372 f.).

Es ist außerordentlich bemerkenswert, dass bei allen Autoren und Varianten zwar fast immer das Finanzkapital eine zentrale Rolle spielt, eine andere Branche, die zweifelsohne global agiert, zu den Wirtschaftseliten gehört, großen Einfluss auf die deutsche Politik hat und nicht unwesentlich in den letzten Jahrzehnten Teile ihrer Produktion ins Ausland verlagert hat, als „Volksverräter" allerdings nicht in Frage kommt: die deutsche Autoindustrie, die sich angesichts des Diesel-Betrugs und der recht offensichtlichen Protegierung von Seiten der deutschen Politik eigentlich geradezu aufgedrängt hätte, um als Beispiel herzuhalten für eine, wie Gauland über die Bänker meinte, „internationale, illoyale, über dem Gesetzt stehende Wirtschaftselite" (Gauland 2019). Doch hier lesen sich schon die Titel der Stellungnahmen der AFD-Bundestagsfraktion als stammten sie von einer Werbeagentur der Autoindustrie: „Bremst den Kampf gegen den Diesel – rettet die deutsche Automobilindustrie" sowie „Die SPD hat die Arbeitnehmer in der Automobilindustrie verraten"; bei den Abgasgrenzwerten der EU handle es sich um nicht weniger als einen „Vernichtungsfeldzug gegen unsere Automobilindustrie" (11). Und während sich die AFD als parlamentarischer Arm der Autoindustrie bewirbt, hat ihr Umfeld im vergangenen Jahr fleißig Werbung für die mit vor kurzem anständig gewordenen Neonazis besetzte Pseudogewerkschaft „Zentrum Automobil" gemacht, die bei Daimler in Untertürkheim dreizehn Prozent bei den Betriebsratswahlen einsammeln konnte. Das gegenwärtige Lieblingsthema dieser illustren Runde (12) ist natürlich ebenfalls die „Diesel-Debatte": die drehe sich „nicht um faktische Schadstoffwerte, sondern soll die Automobilindustrie und damit das Zugpferd unseres Volkswirtschaft [sic!] schädigen". Es handle sich bei den Grenzwerten um die „neueste Waffe im Wirtschaftskrieg gegen unser Land". Genaueres wird zwar nicht erklärt, dafür aber: „Das Problem heisst [sic!] Globalisierung. Manager und Regierungen wollen gegen den Willen Völker [sic!] auf der Erde alles gleichschalten und zwanghaft vereinheitlichen" (Zentrum Automobil 2018). Die deutsche Autoindustrie, die von der Globalisierung lebt, zum Opfer der Globalisierung zu erklären, ist freilich Wahnsinn mit Methode.

Auch Höckes Projektionen auf Donald Trump lassen eine ähnliche Aufspaltung der Kapitalfraktionen erkennen: „In den USA erleben wir die Verbündung des ‚Königs' mit dem Volk gegen den Adel – die Geldmacht. Er ist als Milliardär zwar auch diesem Milieu entwachsen, aber als Immobilienunternehmer viel bodenständiger und konservativer als die internationalen Finanzhaie, die dem modernen Kasino-Kapitalismus verfallen sind" (Höcke 2018, S. 208 f.)(13).

Diese willkürlich anmutende Aufspaltung in ein sesshaftes (vgl. Gauland, s.o.) beziehungsweise „bodenständiges" (Höcke) Kapital auf der einen, das nomadische Kasino-Kapital der Finanzhaie und Globalisten auf der anderen Seite lässt sich historisch unschwer als Wiedergänger der antisemitischen Spaltung in raffendes und schaffendes Kapital erkennen. Nicht nur in Sprache und Metaphorik, sondern auch in ihrer integrativen Funktion in die beabsichtigte Volksgemeinschaft der „Allianz der nationalen Arbeiterschaft und des nationalen Bürgertums" (Gauland 2019). Während der Widerspruch von Kapital- und Volkssouveränität im Souveränitätsbegriff durch den Kampf gegen die „Volksverräter" sowie die Schaffung eines „wirtschaftssouveränen" Staates aufgelöst werden soll, so auch die widersprüchlichen Klasseninteressen (und sei es nur in der Lohnfrage) durch eben diese Allianz, die sich allein der Arbeitsplatzerhaltung verschreibt (und eben nicht der Lohnhöhe oder der Arbeitszeit, die in sämtlichen AFD-Positionspapieren so gut wie keine Rolle spielen). Dem entspricht aus innerer Notwendigkeit ein Kapitalbegriff, der als wesentliche Unterscheidung nur die zwischen den guten, bodenständigen Kapitalfraktionen, deren Interessen letztlich mit dem „Volkswillen" deckungsgleich gedacht werden und den volks- und heimatlosen ‚globalistischen' Kapitalfraktionen kennt.

Diese Ideologien zur Auflösung der inneren Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft sind zugleich nur ein anderer Ausdruck des inneren Widerspruchs des Bürgers als egoistischem Wirtschaftssubjekt und allgemeinem Staatsbürger. Seine Auflösung findet dieser Widerspruch nach der Staatstheorie Hegels in der „Aufopferung für die Individualität des Staates", die damit „das substantielle Verhältnis aller" ist; dem wiederum ein eigener Stand, der „Stand der Tapferkeit" gewidmet ist (Hegel 1970, § 325); Joachim Bruhn hat das staatskritisch gewendet: „Der Soldat versöhnt, in äußerster Negativität, den konkreten Egoismus mit dem abstrakten Altruismus des in der Form des Subjekts konstituierten Individuums" (Bruhn 2009). Die Tötungs- und Opferbereitschaft des Soldaten spielt insofern auch keineswegs zufällig im Staatsdenken der politischen Rechten eine geradezu konstitutive Rolle. Dem werden wir uns im

Folgenden etwas ausführlicher zuwenden müssen.

Opferbereitschaft als Substanz des Staates

Keineswegs leicht von der Hand zu weisen, ist die Berechtigung der Frage Carl Schmitts, „aus welchem Grunde die Menschen neben religiösen, kulturellen, ökonomischen und anderen Assoziationen auch noch eine politische Assoziation [...] bilden" (Schmitt 1963, S. 44). Darauf kann freilich, wer will, mit Hobbes antworten, dass nur die politische Assoziation und die Unterwerfung unter einen Souverän den Krieg aller gegen alle beenden und so zumindest im inneren des Staates Leib und Leben der Bürger schützen könne: Staatliche Autorität als objektive Gestalt gewordener Selbsterhaltungstrieb. Es wäre zwar schon rein theoretisch die Frage für Hobbes unangenehm gewesen, wie es sich denn rechtfertigen lässt, dass der Souverän wenigstens von Teilen seiner Bürger die Bereitschaft verlangen muss, als Soldaten für den Staat zu sterben. Auch ist keineswegs a priori einzusehen, warum nicht auch eine andere als eine politische bzw. staatliche Assoziation von Menschen denkbar sein soll, die in der Lage ist, Leib und Leben vor Gewalt zu schützen. Doch hier kommt es auf etwas anderes an: Carl Schmitt, *der* Staatsdenker der politischen Rechten bis heute, ist ein Autor der Zwischenkriegszeit. Mit dem Massensterben auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs, ist die Hobbessche Lehre objektiv absurd geworden (14). Mittels Befehlsverweigerung und Streik lieber den Bürgerkrieg gegen den Souverän, die Eliten und Befehlshaber des Reiches zu riskieren, war im November 1918 die späte, aber einzig vernünftige Reaktion zahlreicher Soldaten (und Arbeiter), deren Selbsterhaltungstrieb stärker als die Parolen fürs Vaterland waren (15). Staat und Souverän waren zweifelsohne zur Bedrohung von Leib und Leben geworden.

Bis in ihre Grundbegriffe hinein ist das Denken der politischen Rechten (und keineswegs nur der) in Deutschland aus der Weimarer Zeit davon geprägt, dass nicht das Massenschlachten, sondern die Trias aus Kriegsniederlage, Versailler-Friedensvertrag und November 1918 die Katastrophe darstellen (16). Da hier der pure Selbsterhaltungstrieb zur Gefahr für den Fortbestand des Staates geworden war, hat Schmitt gerade die Bereitschaft zur Negation der Selbsterhaltung, die Todes- und Tötungsbereitschaft zur höheren Weihe erklärt. Nicht obwohl, sondern *gerade weil* sie Todes- und Tötungsbereitschaft verlangt, stehe die politische Assoziation über jeder anderen Form menschlicher Zusammenschlüsse: „Durch diese Macht über das physische Leben erhebt sich die politische Gemeinschaft über jede andere Art von Gemeinschaft und Gesellschaft" (Schmitt 1963: S. 48). Sein Antiliberalismus basiert wesentlich auf dem Gedanken, dass der Liberalismus dem Staat die Grundlage entziehe, auf der er von Menschen Tötungs- und Opferbereitschaft verlangen kann: „In einer ökonomisch bestimmten Gesellschaft, deren Ordnung, d.h. berechenbares Funktionieren im Bereich wirtschaftlicher Kategorien vor sich geht, kann unter keinem denkbaren Gesichtspunkt verlangt werden, daß irgendein Mitglied der Gesellschaft im Interesse des ungestörten Funktionierens sein Leben opfere" (Schmitt 1963: S. 48 f.).

Wahr ist, dass sowohl der richtig verstandene Materialismus, dem Schmitt den Liberalismus zurechnet, als auch der konsequente kantische Kritizismus (17) es als Lüge ausweisen, die eigene Subjektivität in ein höheres Allgemeines zu verschieben, für das es sich selbst zu opfern lohne. In den liberalen Staaten herrscht sicher seit jeher an vielem Mangel; niemals jedoch mangelte es an Menschen, die bereit waren und sind für Staat zu sterben. Daher liegt der Verdacht nahe, dass Schmitts Polemik gegen den Liberalismus gar nicht primär von der Sorge zehrt, dass sich tatsächlich einmal zu wenig Menschen für den „Stand der Tapferkeit" fänden, als vielmehr darauf aus ist, diesen Stand auf das Ganze der Gesellschaft auszuweiten; die dann auch keine Gesellschaft mehr wäre, sondern eine opfer- und tötungsbereite Gemeinschaft von Soldaten. Auch hierin erweist sich Schmitt als Schüler des Ersten Weltkriegs – und seine postnazistischen Schüler, von denen noch die Rede sein wird, insbesondere als Erben des nationalsozialistischen Soldatentums der Arbeit.

Die irre Angst davor, die Ökonomisierung aller Lebensbereiche im Kapitalismus zerstöre ausgerechnet die Grundlage, auf der Menschen bereit sind, andere zu töten und sich selbst (für den Staat) zu opfern, steht im Zentrum von Schmitts *Begriff des Politischen*. Darauf zielt auch der nur scheinbar humane Satz Schmitts: „Es gibt keinen rationalen Zweck, keine noch so richtige Norm, kein noch so vorbildliches Programm, kein noch so schönes soziales Ideal, keine Legitimität oder Legalität, die es rechtfertigen könnte, daß Menschen sich gegenseitig dafür töten" (Schmitt 1963: S. 49 f.). Übrig bleibt als Rechtfertigung des Tötens seine nur vorgeblich nicht-normative Ontologie des Volkes: nämlich „die seinsmäßige Behauptung der eigenen Existenzform gegenüber einer ebenso seinsmäßigen Verneinung dieser Form" (Schmitt 1963: S. 50). Diese „seinsmäßige Existenzform", bei der es sich um eine „wenigstens eventuell, d.h. der realen Möglichkeit nach kämpfende Gesamtheit von Menschen [handelt], die einer ebensolchen Gesamtheit gegenübersteht"(Schmitt 1963: S. 29), wird von Schmitt einerseits ontologisch vorausgesetzt (man könnte diese Bestimmung gewissermaßen als ‚Volk an sich' lesen, das erst durch die Freund-Feindunterscheidung zum ‚Volk an und für sich' werden kann), andererseits (tautologisch) dadurch gerechtfertigt, „daß die Völker sich immer noch wirklich nach Freund und Feind gruppieren" (Schmitt 1963: S. 28). Allerdings erhalte der Begriff des Volkes überhaupt erst durch das „Merkmal des Politischen", durch die Freund-Feind-Unterscheidung, seinen „Sinn". Logisch betrachtet ist Schmitts Definition des Feindes eine willkürliche Setzung (18), die wiederum tautologisch das Volk als „seinsmäßige Existenzform" voraussetzt, andererseits aber erst durch das Kriterium des Politischen, dass nämlich *wirklich* zwischen Freund und Feind unterschieden wird, das Volk (an sich) zum (einigen) Volk (an und für sich) werden lässt.

Erst vor dem Hintergrund des Novembers 1918 erhalten diese willkürlichen Setzungen überhaupt so etwas wie Bedeutung: Dass nämlich allein schon die Weigerung das sinnlose Massenschlachten fortzusetzen, und sei sie rein aus individuellem Selbsterhaltungstrieb erfolgt, die politische Einheit und damit potentiell den Staat überhaupt zerstört (19). Aus der Perspektive eines Staatsdenkers war nach 1918 mit einer auf die individuelle Selbsterhaltung Bezug nehmenden Rechtfertigung des Staates, wie noch bei Hobbes, kein Staat mehr zu machen. War die Hobbessche Anthropologie stets schon Verklärung der Konkurrenz der Warenbesitzer (und im englischen Bürgerkrieg, den er ja vor Augen hatte, vor allem auch der steuerzahlenden Staatsbürger um die Macht im Staate), tritt bei Schmitt an ihre Stelle die völkische Ontologie als Verklärung des Staates zur nicht mehr durch Zwecke (wie die Selbsterhaltung des Einzelnen) und normative Ideale verunreinigten seinsmäßigen Existenzform des Volkes. Doch zum eigentlichen Volk wird es erst, wenn die „seinsmäßige Existenz", das Volk an sich, wirklich zur Unterscheidung von Freund und Feind bereit ist – Feind heißt bei Schmitt erstens „daß er in einem besonders intensiven Sinne existenziell [lies:

völkisch; L.E.] etwas anderes und Fremdes ist" (Schmitt 1963: S. 27) und zweitens, dass die „Begriffe Freund und Feind [...] ihren realen Sinn dadurch [erhalten], daß sie insbesondere auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug haben und behalten" (Schmitt 1963: S. 33). Schmitt hat es offen ausgeplaudert: „Volk" ist nichts anderes als organisiertes Mordkollektiv. Doch die negative Wahrheit über den Staat ist eben auch: Ohne Mord- und Opferbereitschaft lässt sich kein Staat machen. Weil diese sich aber weder aus der bloßen Vertragsform, noch der bloßen ökonomischen Funktion des Staates herleiten lässt, muss ihm noch eine Substanz angedichtet werden, die sich von den Staatsbürgern bis zur Bereitschaft zur Selbstvernichtung libidinös besetzen lässt. Dabei handelt es sich freilich um eine Pseudo-Ontologie: Zur unhintergehbaren Substanz („seinsmäßige Existenz" einer potentiell „kämpfenden Gesamtheit von Menschen") wird verklärt, was sich schon bei Schmitt als reine Funktion durchschauen lässt: die Todes- und Tötungsbereitschaft als Voraussetzung aller staatlichen Ordnung zu retten (20).

Von der Polemik gegen die „Politische Theologie" des Judentums...

Schmitts völkische Ontologie, die einen Grund abgeben soll, der es erlaubt, dass von Menschen das Opfer ihres Lebens verlangt werden kann, grenzt sich, wie zitiert, ausdrücklich davon ab, politische Kategorien wie Freund und Feind, Krieg, und auch Staat, Souveränität usw. einen normativen Sinn zu geben (21). Werden Kriege nicht mehr nur durch „das Politische" – also nach Schmitt: durch völkische Feindschaft – sondern moralisch begründet, dann handle es sich, behauptet Schmitt, um „notwendigerweise besonders intensive und unmenschliche Kriege, weil sie, *über das Politische hinausgehend*, den Feind gleichzeitig in moralischen und anderen Kategorien herabsetzen und zum unmenschlichen Scheusal machen müssen, das nicht nur abgewehrt, sondern definitiv *vernichtet* werden muß" (22).

Der wohl zu Recht als Vordenker der französischen *Neuen Rechten* (Nouvelle Droite) geltende Alan de Benoist hat in seiner im *Junge Freiheit Verlag* erschienenen Essaysammlung *Carl Schmitt und der Krieg* vor allem diese Argumentation Schmitts aufgegriffen: „Der Krieg im Namen der Moral ist damit sogar der unmenschlichste aller Kriegstypen. Der abstrakte Universalismus macht Gegner zu absoluten Feinden und ‚humanitäre' zu Vernichtungskriegen" (Benoist 2007: S. 23). Mit Vernichtungskrieg ist hier keineswegs der der Deutschen gemeint: „Daß Carl Schmitts Kritik des neuzeitlichen ‚gerechten Krieges' in erster Linie die USA trifft, steht außer Zweifel" (23). Dass der *War on Terror*, auf den Benoist vor allem abzielt, ganz sicher kein Vernichtungskrieg gegen die afghanische oder irakische Bevölkerung war, stört ihn in seiner Argumentation dabei freilich nicht; was beweist schon die Realität gegen Schmitts Logik? Doch Benoist wäre ja kein Intellektueller, würde er sich mit der einfachen Übung begnügen, die Lehre Schmitts auf einen zeitgemäßen Antiamerikanismus zu bringen. Unmittelbar nachdem er aus seiner Schmitt-Lektüre bewiesen hat, dass die USA Vernichtungskriege führen, zitiert er zunächst einen Evergreen, der in keiner Schmitt-Zitate-Sammlung fehlen darf – „Alle prägnanten Begriffe der modernen Staatslehre sind säkularisierte theologische Begriffe" (Schmitt 2015: S. 43; Benoist 2007: S. 29) – und im direkten Anschluss Hermann Melville: „Wir Amerikaner sind das auserwählte Volk, das Israel unserer Zeit" (Benoist 2007: S. 29). In der politischen Theologie der USA seien, fährt Benoist fort, „Imperialismus und göttliche Auserwähltheit" miteinander verschmolzen: „Diese Weltsicht, die auf die Pilgerväter und den Mythos von der ‚City on the Hill', dem neuen Jerusalem, zurückging, durchdringt bis heute das Denken amerikanischer Politiker" (ebd.). Nur schwer lässt sich übersehen, dass, was explizit gegen Puritanismus und Calvinismus formuliert ist, vor allem deren Referenz auf das Judentum meint. So hatte er bereits zuvor konstatiert: „Im Gegensatz zum gehegten kennt der totale Krieg keinerlei Beschränkung. Der biblische Monotheismus veredelt einen solchen Krieg gegen die Feinde Gottes zur ‚heiligen Pflicht' (*milhelmit mitzva*)" (Benoist 2007: S. 17). Um schließlich über die Kriege der USA zu schreiben: „Mehr als an die Kriege des Mittelalters erinnert diese stark ideologisch und moralisch unterfütterte Kriegsform an die Vernichtungskriege, die in der Bibel geschildert werden" (Benoist 2007: S. 40). Die ‚Politische Theologie', die Benoist hinter den amerikanischen ‚Vernichtungskriegen' ausgemacht haben will, ist die des Alten Testaments.

Wenig überraschend kommt Benoist in einem zweiten Essay desselben Bandes, in dem er sich einer Kritik des „Terrorismus"-Begriffs zuwendet, auf den Staat Israel zu sprechen. „Die Grenze zwischen ‚Widerstand' und ‚Terrorismus' erscheint umso durchlässiger, als einige Staaten ihre Entstehung oder ihre Unabhängigkeit auch der Anwendung terroristischer Gewalt verdanken. [...] Menachem Begin und Yitzhak Schamir, die sich vor der Gründung des Staates Israel durch Anschläge auf arabische Zivilisten hervortaten, stiegen später in höchste Staatsämter auf" (Benoist 2007: S. 51). Obwohl die meisten Staaten ihre Entstehung nicht dem zwanglosen Zwang des besseren Arguments, sondern Kriegen verdanken, kommt auch Benoist zwanghaft auf das „Beispiel" Israel zu sprechen. Zwar kritisiert Benoist sicher nicht zu Unrecht, dass der ‚Terrorismus'-Begriff davon absieht, dass die Terroristen politische Ziele verfolgen. Nur führt diese Kritik bei ihm gerade nicht dazu, zwischen den politischen Zielen etwa der zionistischen Bombenanschläge vor der Staatsgründung Israels und dem von der Hamas angestrebten Ziel der Vernichtung der Juden des Nahen Ostens zu unterscheiden. Nicht etwa weil man sich in Israel durchaus der politischen Agenda der Hamas bewusst ist, verweigere Israel Verhandlungen, im Gegenteil behauptet Benoist: „Entsprechend hat in Israel die Weigerung der Obrigkeit, die politische Spezifik des Terrorismus anzuerkennen (und davon ausgehend, ihre Verweigerung jeglicher Verhandlung), ihre Ursprünge in der Verleugnung der Wahrheit des Raubes an den Palästinensern" (Benoist: 2007: S. 58 f.). Als Schmitt-Schüler dürfte sich Benoist wohl kaum an der Gewalt stören, die diese wie fast jede andere Staatsgründung begleitete. Doch während für einen Schmittianer die wahre (und unhintergehbare) Gewalt der politischen Einheit aus der existentiellen Feindbestimmung einer „seinsmäßigen Existenz" resultieren muss, stünden hinter der Gründung des jüdischen Staates schnöde materialistische Motive: der Raub an den Palästinensern.

...zum „metaphysischen Kern des Abendlands"

Dieselbe Figur – da auch Israel durch Terror entstanden sei, sollten sich die Juden mal nicht so haben und mit denen, die sie vernichten wollen, Frieden schließen – bemühte auch Alexander Gauland 2001 in einem Gastkommentar zum elften September für das sozialdemokratische Magazin *Berliner Republik*: „Schließlich liegt es nur etwas über 50 Jahre zurück, dass in Jerusalem das King-David-Hotel mit britischen Offizieren in die Luft flog – ein terroristischer Anschlag, genau wie diejenigen, die die israelische Armee heute bekämpft. Die Erinnerung an die Haganah sollte es auch den Israelis möglich machen, mit der Hamas Frieden zu schließen"

(Gauland 2001). Auch Gauland bemüht, diesmal bezogen auf Israel, das Alte Testament zur Erklärung gegenwärtiger Politik: Es sei „der Traum von Judäa und Samaria, dem Land der Bibel, [der] die israelische Politik dominiert" (ebd.).

Zwar ist es alles andere als zufällig, dass Gauland wie Benoist auf Israel zu sprechen kommt – in seinen Worten: auf den „Fremdkörper des Staates Israel" – doch der Anlass seines Artikels sind die Anschläge vom 11. September 2001, durch die er sich zu einer Polemik gegen den westlichen Universalismus und die „Amerikanisierung" provoziert fühlt. Auch wenn er bei dieser Gelegenheit fordert: „wenn wir also den Terror austrocknen und unsere Freiheit nicht aufgeben wollen, müssen wir den Eigenwert der islamischen Welt respektieren" – geht es ihm im Kern keineswegs um den Islam, wenn er fragt: „Ist der Hass wirklich so unverständlich? Ist es wirklich so unverständlich, dass verletzter Stolz Hass hervorbringt und Terror gebiert? Die Amerikanisierung unserer Welt hat auch den metaphysischen Kern unserer abendländischen Zivilisation marginalisiert" (ebd.). Den Nachfahren der „abendländischen Zivilisation" soll es also verständlich sein, aus verletztem Stolz dreitausend Menschen in New York und Washington umzubringen, weil die „Amerikanisierung" schließlich auch unseren metaphysischen Kern marginalisiert habe.

Als Andeutung, worin dieser metaphysische Kern nun bestehen mag, ruft Gauland einen Zeugen auf: „Im Jahre 1993 schrieb Botho Strauß: ‚Dass jemand in Tadschikistan es als politischen Auftrag begreift, seine Sprache zu erhalten, wie wir unsere Gewässer, das verstehen wir nicht mehr. Dass ein Volk sein Sittengesetz gegen andere behaupten will und dafür bereit ist, Blutopfer zu bringen, das verstehen wir nicht mehr und halten es in unserer liberal-libertären Selbstbezogenheit für falsch und verwerflich'"(ebd.) (24).

Es ist derselbe Seich, dem wir schon bei Schmitt begegnet waren: „Die politische Einheit muss gegebenenfalls das Opfer des Lebens verlangen. Für den Individualismus des liberalen Denkens ist dieser Anspruch auf keine Weise zu erreichen und zu begründen" (Schmitt: 1963: S. 70). Und natürlich stimmt auch Benoist (ebenfalls vor dem Hintergrund von 9/11) mit ein: „Ein ungeheurer Graben trennt Menschen, für die viele Dinge schlimmer sind als der Tod von einer ‚entzauberten' westlichen Welt, der das rein immanente Leben des einzelnen als höchstes aller Güter gilt. Letzte Einstellung ist historisch eher die Ausnahme als die Regel gewesen [...] Die Rationalität der säkularisierten westlichen Welt macht es unmöglich, Beweggründe zu verstehen, die einer Logik entspringen, wie sie dem Westen selber freilich in der Vergangenheit keineswegs fremd war: daß es nämlich Zwecke gibt, gute und schlechte wohlverstanden, für die es sich lohnt, sein Leben zu geben" (Benoist 2007: S. 63).

Es sind die islamistischen Selbstmordattentate, welche die Vordenker und Vertreter der gegenwärtigen Rechten an die Bereitschaft zum Selbstopfer als der eigentlichen Substanz des Staates erinnert haben, welcher mittlerweile durch Rationalität, Liberalismus und Amerikanisierung formalisiert und entsubstanzialisiert worden sei. Diese Logik ist für das Staatsverständnis der gegenwärtigen Rechten so fundamental, dass sie sich bei allen ihren mehr oder weniger intellektuellen Vertretern finden lässt: von Sloterdijks kruder Theorie von der „thymotischen Unterversorgung", für die er in Homers *Ilias* einen „glücklichen Bellizismus" phantasiert, um die Tugenden antiken Soldatentums gegen angeblich von ökonomischer Rationalität und Eros geprägte Gegenwart in Stellung zu bringen, bis hin in die Sparta- und Thermopylen-Projektionen der *Identitären Bewegung*. Dass nationale Souveränität und Todesbereitschaft eigentlich dasselbe sind, bringt deren deutscher Chefpropagandist Martin Lichtmesz auf den Punkt: „Die Moslems sind nicht schuld, daß Deutschland keine nationale Souveränität mehr besitzt, zum Zahlsklaven der Finanzmärkte geworden ist", meint Lichtmesz; das Grundproblem sei vielmehr, dass Deutschland vergessen habe, „daß ein ‚Grundgesetz' allein kein fester Boden ist, daß niemand für rein funktional ausgelegte, abstrakte ‚Werte' (‚Freiheit', ‚Toleranz', ‚Demokratie') kämpft und stirbt" (Lichtmesz 2012). Und auch ihm kommen dabei sofort Judenfiguren in den Sinn: Nichts anderes nämlich sei „von jenen gewünscht, die heute die Regierungen der Welt kontrollieren und vor sich hertreiben" – wobei der letzte Teil des Satzes mit einem YouTube-Video verlinkt ist, dessen Titel lautet: „Goldman-Sachs rules the world".

Zum Schluss

Die Souveränität, die überhaupt erst herzustellen die *Neue Rechte* antritt, meint den Versuch, die inneren Widersprüche der Souveränität im Staat des Kapitals in die Verwirklichung des Volkswillens aufzulösen und den inneren Widerspruch des Bürgers, zwischen Partikular- und Allgemeininteresse hin und herzuspringen, in die Todes- und Tötungsbereitschaft des allgemeinen Soldaten zu überführen. Während die Antinomien in Wirklichkeit im Innersten von Souveränität und Bürger hausen, gelten ihre politischen Erscheinungsformen den Rechten als reiner Ausdruck des Willens von Globalisten, Nomaden und Volksverrätern. Mögen sie auch neuerdings die Juden zu ihren Freunden erklären, und wie der persönliche Berater Gaulands, Michael Klonovsky, von den Israelis „als patriotische, quicklebendige, in ihrem Beharren auf Grenzen, Staatlichkeit und ethnischen Zusammenhalt geradezu völkische Israelis" schwärmen (Klonovsky 2017) – ihr Staatsverständnis ist im Kern antisemitisch.

Kämen sie an die Macht, würden sie schon jemanden finden, den sie verfolgen können, wobei es wenig Anlass zur Beruhigung bietet, dass bislang noch nicht sicher ausgemacht ist, ob es ausnahmsweise mal nicht die Juden trifft.

Wie realistisch eine solche Option werden könnte, lässt sich dabei nicht allein aus gegenwärtigem Zuspruch und Ablehnung ermessen. Denn die rechte Mobilisierung zur Auflösung der Widersprüche ist nichts anderes als ein Programm zur Krisenbewältigung – und genau das macht das Phänomen der erstarkten Rechten eigentlich so unheimlich: dass es ihnen gelungen ist, ein Krisenbewältigungsprogramm auf die Tagesordnung gesetzt zu haben, ohne dass es derzeit eine manifeste ökonomische Krise gäbe, die wie einst die von 1929 den Fortbestand der Gesellschaftsordnung unmittelbar in Frage stellte.

Literatur:

Adorno, Theodor W. 1970: Jargon der Eigentlichkeit. In: Ders. Gesammelte Schriften Band 6, hrsg. v. R. Tiedemann, Frankfurt am Main S. 413–526.

Bruhn, Joachim 2009: Subjektform ist die Uniform. Online unter www.ca-ira.net/verein/positionen-und-texte/bruhn-subjektform-uniform (zuletzt abgerufen am 10.02.2019).

De Benoist, Alan 2007: Carl Schmitt und der Krieg. Berlin.

Gauland, Alexander 2001: „Der Moslem mag es anders sehen". In: Berliner Republik 6/2001, online unter www.b-republik.de/archiv/der-moslem-mag-es-anders-sehen (zuletzt abgerufen am 27.12.2018).

Gauland, Alexander 2011: „Der Feind sitzt in den Zentralen". In: Berliner Republik 4/2011, online unter: www.b-republik.de/archiv/der-feind-sitzt-in-den-zentralen (zuletzt abgerufen am 27.12.2018).

Gauland, Alexander 2014: „Rede von Alexander Gauland zur Krise in der Ukraine auf dem Bundesparteitag der AfD in Erfurt“. Online unter: www.compact-online.de/rede-von-alexander-gauland-zur-krise-der-ukraine-auf-dem-bundesparteitag-der-afd-erfurt (zuletzt abgerufen am 30.12.2018).

Gauland, Alexander 2019: „Populismus und Demokratie – Dr. Alexander Gauland beim IfS“ gehalten am 19.01.2019. Online unter www.youtube.com/watch?v=zMsR4grTlsQ &feature=youtu.be (zuletzt abgerufen am 24.01.2019).

Hegel, Georg W.F. 1970: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Frankfurt am Main.

Heidegger, Martin 1993: Sein und Zeit. Tübingen.

Höcke, Björn 2018: Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning. Mit einem Vorwort von Frank Böckelmann. Lüdinghausen und Berlin.

Huke, Rainer 2010: Zukunft der Sozialpartnerschaft in Deutschland – Essay. Online unter www.bpb.de/apuz/32844/zukunft-der-sozialpartnerschaft-in-deutschland-essay?p=all (zuletzt abgerufen am 24.01.2019)

Klonovsky, Michael 2017: „25. Dezember 2017“; Eintrag in seinem Online-Tagebuch, abrufbar unter: www.michael-klonovsky.de/acta-diurna/item/728-25-dezember-2017 (zuletzt abgerufen am 03.03.2019).

Lichtmesz, Martin 2012: „Weißmann, Stürzenberger und das Elend der Islamkritik“. In *Sezession*, online unter: www.sezession.de/34132/weismann-sturzenberger-und-das-elend-der-islamkritik/2 (zuletzt abgerufen am 30.12.2018).

Kipping, Katja 2017: „Reinigendes Gewitter“. In: taz 18.10.2017. Online unter www.taz.de/!5453835 (zuletzt abgerufen am 20.01.2019).

Schachtschneider, Karl Albrecht 2015: Souveränität. Grundlegung einer freiheitlichen Souveränitätslehre. Berlin.

Schmitt, Carl 1963: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. Berlin.

Schmitt, Carl 2015: Politische Theologie. Vier Kapitel zu Lehre von der Souveränität. Berlin.

Sommerfeld, Carolin 2018: „Bin ich völkisch? Drei Volksbegriffe“. Online unter: www.sezession.de/59430/bin-ich-voelkisch-drei-volksbegriffe (zuletzt abgerufen am 31.03.2019).

Sommerfeld, Carolin 2019: Wer gehört zu uns? In: Sezession 88, S. 33-37.

Weber, Max 1972: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen.

Zentrum Automobil 2018: „Globalisierung – Neue Krisen, gleiches Problem“. Online unter: www.zentrum-auto.de/2018/06/02/globalisierung-neue-krisen-gleiches-problem (zuletzt abgerufen am 24.02.2019).

Anmerkungen:

(1) Angenommen die deutsche Bundespolizei wäre ab September 2015 systematisch zur Kontrolle der Außengrenze eingesetzt worden, hätten sie gegenüber ankommenden Flüchtlingen entweder eine Prüfung der Asylanträge vornehmen können – was darauf hinausgelaufen wäre, die Flüchtlinge für die Dauer der Verfahrensprüfung in Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen, was angesichts der hohen Zahlen und mangelnden Einrichtungen in Grenznähe wohl im Ergebnis auf dasselbe hinausgelaufen wäre, was 2015 passiert ist. Oder aber sie hätten ohne Prüfung mit Verweis auf die Dublin-Vereinbarungen dem größten Teil der Flüchtlinge die Einreise verweigern können, hätten die Flüchtlinge dann aber entweder an ausländische Behörden überstellen müssen, die zur vorübergehenden Aufnahme bereit sein hätten müssen, oder aber darauf hoffen, dass Menschen die 3000 km unterwegs waren nach Deutschland, nach der Abweisung einfach freiwillig umkehren. Gerade wenn der deutsche Grenzschutz effektiv gewesen wäre (und nicht etwa ein fürchterliches Chaos im Grenzgebiet angerichtet hätte), wären selbstverständlich die anderen europäischen Staaten innerhalb weniger Tagen nachgezogen. Tatsächlich hat Deutschland als erster Schengenstaat bereits am 13. September 2015 wieder stichprobenartige Grenzkontrollen eingeführt, Dänemark, Schweden, Österreich und Norwegen haben unmittelbar nachgezogen. Allerdings hat die Bundesregierung nach EU-Recht davon abgesehen, aus sicheren Drittstaaten (von denen Deutschland umgeben ist) einreisende Flüchtlinge generell abzuweisen. Nach EU-Recht müsste bei jedem Asylsuchenden an der Grenze wenigstens geprüft werden, welcher EU-Staat zuständig ist. Ist eine Abschiebung dorthin nicht möglich, muss das Verfahren in Deutschland durchgeführt werden. Da wohl in den meisten Fällen Griechenland (oder Italien) zuständig gewesen wären, für Griechenland das Dublin-Abkommen jedoch bereits seit 2011 ausgesetzt ist, wären also Abschiebungen nach EU-Recht nicht möglich gewesen. Die Alternative: nationale Grenzkontrollen und Zurückweisung, hätte allerdings eine Kettenreaktion ausgelöst, so dass bei effektivem nationalem Grenzschutz de facto die meisten Flüchtlinge in Griechenland und Italien hängen geblieben wären. Mit der wahrscheinlichen Folge eines politischen und ökonomischen Zusammenbruchs dieser beiden Länder.

(2) Man vergegenwärtige sich erstens allein die schiere Menge an Fahrzeugen (LKWs, Güterzüge, PKWs) die kontrolliert werden müssten. Nehmen wir an, ein durchschnittlicher Autobahngrenzübergang wird täglich von 4800 Fahrzeugen überquert (die Zahl ist eher niedrig angesetzt und zur einfachen Rechnung genommen). Wird nur jedes fünfte Fahrzeug kontrolliert, sind das immer noch 40 pro Stunde. Es ist wohl nicht zu hoch gegriffen, anzunehmen, dass sich die Wartezeit an jedem Übergang auf 5-8 Stunden verlängern würde. Dazu kommt, dass die Wartezeit im Stau für LKW-Fahrer, die täglich maximal 9h fahren dürfen, keine Pause darstellt. So braucht ein LKW-Fahrer, der einmal quer durch Europa fährt, leicht zehn statt sechs Tage. Da auch die Wochenlenkzeiten bzw. die Lenkzeiten zweier Wochen nacheinander begrenzt sind, verlängert sich die gesamte Transportdauer sehr leicht auf das Doppelte und mehr. Hinzu kommt, dass beispielsweise für einen LKW, der diese Woche die Ware A transportieren soll, bereits für die nächste Woche der Transport der Ware B vorgesehen ist. Benötigt er für den Transport der Ware A allerdings zwei Wochen (statt einer), kann die Spedition nicht in wenigen Tagen ihre LKW-Flotte verdoppeln. Das heißt, die Ware B kommt nicht erst am Ende der zweiten Woche, sondern erst am Ende der Vierten Woche an. Für die Wochen drei und vier sind aber ebenfalls bereits Transporte vorgesehen. Die Transportdauer nimmt also exponentiell zu. Dazu kann man sich nun zweitens einen Betrieb vorstellen, von denen ja die meisten sowohl von Zulieferern abhängig, als auch selbst als Zulieferer tätig sind. Da Lagerkosten grundsätzlich unproduktiv sind, sind die Lager schnell leer, stehen die Maschinen schnell still, dürfen die Arbeiter schnell zu Hause bleiben, können die bestellten Teile womöglich erst Wochen später produziert werden, sind also Vertragsstrafen und exorbitant steigende Lohnstückkosten die Folge. Für tausende kleinere Betriebe bedeutet ein solcher Zustand über mehrere Wochen hinweg sehr schnell die Insolvenz, aber auch für größere Unternehmen und Industrien, die ja von zahlreichen Zulieferern abhängen, wären die Folgen gravierend. Ein Auto besteht aus etwa 10.000 Einzelteilen; wenn nur ein wichtiges Teil davon nicht mehr im Lager vorrätig ist, laufen auch bei Audi keine Autos mehr vom Band. Produktionsausfälle und Insolvenzen in Folge exponentiell steigender Transportdauer (und -kosten) bleiben drittens natürlich auch für Banken nicht ohne Folgen. Zahlreiche Kredite könnten gleichzeitig nicht mehr bedient werden, Unternehmensanteile würden panisch verkauft werden, usw. Kurz: Eine gesamteuropäische Wirtschaftskrise wäre jedenfalls keine völlig an den Haaren herbeigezogene Konsequenz.

(3) Gauland schließt daran eine recht willkürlich anmutende Aufzählung der „lebenswert“ machenden Dinge an, die durch die „Globalisten“ bedroht seien: „der innere Frieden, der Rechtsstaat, das Bargeld, die Gleich-

berechtigung der Frau, die Meinungs- und Religionsfreiheit, das Recht darauf von Staat und Gesellschaft in Ruhe gelassen zu werden" (Gauland 2019). Ob der Einzelne von Staat und Gesellschaft in Ruhe gelassen wird, sollten Gauland und seine Freunde vom IfS selbst einmal über Staat und Gesellschaft bestimmen, deutete Caroline Sommerfeld auf derselben Tagung unter der Frage: „Wer gehört zu uns?" schonmal an. In einer früheren Fassung ihres Vortrags, der online bei der Sezession nachgelesen werden kann (2018), erklärt sie, dass „Abstammungsdeutsche und ihnen zugezählte Paßdeutsche", die im Zweifelsfall nicht für Deutschland einstünden, „in einem wesentlichen Sinne keine Deutschen [sind, sie] haben ihre Volkszugehörigkeit verwirkt".
(4) Beispielhaft Rainer Huke, der das deutsche Erfolgsmodell für *die Bundeszentrale für politische Bildung* erklären darf: „Die Sozialpartnerschaft spielt eine herausragende Rolle. Insbesondere die Tarifpartnerschaft trug maßgeblich zum Erfolg der deutschen Wirtschaft und zum sozialen Frieden bei. [...] Arbeitgeber beziehungsweise Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sind wie niemand sonst in der Lage, die wirtschaftliche Situation ihrer Branche oder ihres Unternehmens einzuschätzen und für beide Seiten tragbare Regelungen zu treffen. Die staatsferne Gestaltung verhindert, dass es zum Wegfall von Arbeitsplätzen kommt, weil Unternehmen bestimmte Arbeitsbedingungen nicht verkraften können. Gleichzeitig ist die angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg gewährleistet. [...] Die Tarifpartnerschaft hat zugleich zu einem hohen Maß an sozialem Frieden beigetragen. So sind in Deutschland in der Vergangenheit vergleichsweise wenige Arbeitsstunden durch Streiks ausgefallen. In der europäischen Nachbarschaft hat es nur in der Schweiz noch weniger Arbeitskämpfe gegeben. In Großbritannien fielen dagegen sechs Mal so viele Arbeitsstunden durch Streiks aus, in Frankreich zwanzig und in Spanien gar 35 Mal mehr" (Huke 2010). Wenig verwunderlich, lag die Reallohnentwicklung in den letzten Jahrzehnten in Großbritannien, Frankreich und Spanien deutlich über der deutschen.
(5) So berichtet die *Zeit* im August 2015 von einer Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung (IWH): „Dem IWH zufolge konnte der deutsche Fiskus in den letzten viereinhalb Jahren allein aus diesem Grund mehr als 100 Milliarden Euro einsparen. Dies sei mehr als die rund 90 Milliarden Euro, die Griechenland Deutschland direkt und indirekt zum Beispiel über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) schulde. ‚Diese Einsparungen übertreffen die Kosten der Krise – selbst dann, wenn Griechenland seine Schulden komplett nicht bedienen würde', heißt es in einer Mitteilung des IWH. Deutschland habe also in jedem Fall von der Griechenland-Krise profitiert. Zu einem ähnlichen Ergebnis war im Februar bereits eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft gekommen." (https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-08/griechenland-deutschland-spart-milliarden-studie).
(6) https://www.welt.de/politik/deutschland/article109606449/Enttaeuschte-CDU-Politiker-gruenden-Wahlalternative.html
(7) Exportüberschuss ist dabei so wenig eine rein ökonomische Kategorie, wie „nationales Interesse" eine rein politische. Zwar ist es den Agenten der Wertverwertung rein ökonomisch betrachtet gleichgültig, ob ihr Firmensitz in Wolfsburg oder Thessaloniki liegt, ob ihre Arbeiter und Angestellten deutsch oder griechisch sprechen und ob ihre Steuern in die deutsche oder griechische Staatskasse wandern. Doch auch jenseits der hierfür relevanten ökonomischen Umstände, wie Lohn- und Steuerhöhe, Fachkräfte, Infrastruktur und Rechtssicherheit, spielt es durchaus eine Rolle, welcher Souverän im Verhandlungs-, Streit- oder gar Krisenfall bereit ist, auch seine (außen-)politische Macht in den Dienst des dadurch eben auch „national" bleibenden Unternehmens zu stellen und zwar gerade dann, wenn das Unternehmen „global" agiert: das heißt im Rahmen internationaler Abkommen, die letztlich von Staaten geschlossen werden. Insofern kann keine Rede davon sein, dass sich auf dem Weltmarkt ausschließlich trans- oder anationale Konzerne begegnen würden, welche die Nationalstaaten zunehmend überflüssig machen und ausschließlich auf die Rolle beschränkt sehen wollen, die Einhaltung der Verträge und den Schutz des Privateigentums zu überwachen. Im Gegensatz zur weit verbreiteten Annahme, Großkonzerne würden am liebsten alles deregulieren und dem Markt überlassen, können staatliche oder suprastaatliche Regulierungen (wie z.B. Umwelt-, Verbraucher- oder Arbeitsschutz) durchaus im ökonomischen Interesse von Unternehmen, Konzernen, Kartellen oder ganzer Branchen liegen, sofern sie sich davon einen Vorteil (zum Beispiel wegen der eigenen technologischen Möglichkeiten) gegenüber der nationalen oder internationalen Konkurrenz versprechen.
(8) Im Blick auf die Unternehmen gilt das freilich nicht für alle Branchen und Industriezweige. Während es für einige globale Unternehmen mit tendenzieller Monopolstellung (etwa Facebook) nur geringen Bedarf geben dürfte, überhaupt von einem Staat international protegiert zu werden, gilt auf der anderen Seite, etwa für kleinere und mittlere Landwirtschaftsbetriebe in Mitteleuropa, die es bei einem tatsächlich „freien globalen Markt" gar nicht mehr gäbe, dass sie naturgemäß nur wenig Interesse an einem freien Agrarmarkt haben und daher eine agrarprotektionistische Positionen einnehmen. Bei den meisten großen Unternehmen dürfte es sich allerdings um Mischformen handeln, die je nach Marktstellung und Reichweite ihrer Exporte eben zum Teil auf möglichst unreglementierten Freihandel (etwa um bestimmte Teile möglichst günstig beziehen zu können, oder zum Export), zum Teil wiederum auf staatliche Regulation (etwa bei gesetzlichen Regelungen zu Qualitätssicherung, Schadstoffen, usw. bei denen Konkurrenten möglicherweise billiger, aber mit niedrigerer Qualität produzieren können), Subventionen und Protektion ihrer Absatzmärkte angewiesen sind.
(9) Etwas anders mit den Grund- und Bürgerrechten sieht es in Ländern aus, deren nationaler Reichtum nicht auf relativer Mehrwertproduktion, sondern vielmehr auf dem Export von Bodenschätzen beruht, etwa Saudi-Arabien, das seine Bevölkerung durch die Verteilung der Gewinne aus dem Erdölexport integriert ohne sie an der souveränen Willensbildung partizipieren lassen zu müssen. Ein weiterer bemerkenswerter Sonderfall ist China, das zumindest in der Vergangenheit vor allem westliche Technologie importierte und mit staatlich erzwungener Niedriglohn-Arbeitskraft, also absoluter Mehrwertproduktion, auf dem Weltmarkt konkurrierte, zugleich aber versucht, relative Mehrwertproduktion durch staatlichen Zwang zu implementieren.
(10) Ökonomisch betrachtet handelt es sich bei den meisten „Steuerzahlern" nur um fiktive Finanziers: Der Finanzbedarf des Staates muss aus der Mehrwertmasse finanziert werden; ökonomisch macht es für keinen der Beteiligten einen Unterschied, ob sich der Staat die benötigten Finanzmittel direkt von den produktiven Unternehmen holt, oder ob diese Unternehmen einen Teil der Steuermittel vermittelt über Preise und Löhne an Dritte weitergeben, die sie ihrerseits an den Staat abführen oder wiederum weitergeben. Politisch macht es allerdings einen wesentlichen Unterschied, weil für diese Dritten dadurch die integrative Fiktion entsteht, sie würden den Staat bezahlen. Obwohl ökonomisch kein Lohnabhängiger jemals auch nur einen für seinen Konsum bestimmten Cent, sondern nur Geld, das ihm zum Zweck der Steuerabführung auf den Lohn geschlagen wurde, in die Staatskasse gezahlt hat, identifiziert er sich mit jeder Million Euro, die der Staat an Sozialhilfeempfänger, Flüchtlinge, Griechenland oder krisenhafte Banken zahlt. Er glaubt dann sogar ernsthaft, das Geld fehle ihm persönlich im Geldbeutel.
(11) Es gehört natürlich ziemlicher Wahnsinn dazu, zu glauben, die deutsche oder die EU-Politik führe einen „Vernichtungsfeldzug" ausgerechnet gegen die deutsche Autoindustrie. Allerdings dürfte solcher Wahnsinn in den

kommenden Jahren zunehmend an politischer Relevanz gewinnen. Die zukunftsträchtigen Märkte für das (existenzielle!) Wachstum der Autobranche liegen in den neuen Millionenstädten Ostasiens und die deutsche Autoindustrie hielt es offenbar für eine gute Idee, mit Verbrennungsmotoren, deren Abgaswerte zurechtgemogelt wurden, gegen die technologisch derzeit uneinholbare chinesische und amerikanische Elektroautoindustrie zu konkurrieren. Die gegenwärtige Lage der deutschen Autobranche ist wie ein Witz über das Verhältnis von Staat und Kapital: Während die bereits vor Jahren beschlossenen EU-Abgasgrenzwerte als Versuch gelten dürfen, die europäische Autoindustrie dazu zu zwingen, sich technologisch auf die zukünftigen Märkte einzustellen, hat nicht zuletzt die Protegierung der deutschen Autoindustrie durch die Bundesregierung dazu geführt, dass sie versucht hat, sich mittels Betrug dieser Modernisierung zu entziehen (und vielleicht hätte das sogar eine Weile funktionieren können, wäre der Betrug nicht in den USA aufgefallen). Wie praktisch, dass noch ehe die Entwicklung des Weltmarkts krisenhaften Folgen für die deutsche Leitindustrie zeitigt, eine Partei bereitsteht, die die Schuldigen der nicht unwahrscheinlichen künftigen Misere schon kennt. Nicht etwa, weil die deutschen Autobauer den wesentlichen Modernisierungsschub ihrer Branche dieses Jahrzehnts in der Weltmarkkonkurrenz verpasst haben, sondern wegen „wirtschafts-sadistischen Öko-Ideologen" (Jörg Meuthen auf AFD-Kompakt am 22.1.2019) sei das Wachstum in Deutschland gefährdet.

(12) Vorsitzender von *Zentrum Automobil* ist Oliver Hillburger, über 20 Jahre Gitarrist der Neonazi-Band *Noie Werte*; von seinem Vorgänger Andreas Brandmeier wurde bekannt, dass er noch vor kurzem E-Mails mit „Der deutsche Gruß heißt Heil-Hitler" und Hakenkreuz im Anhang verschickt hat; Thomas Scharfy, ein weiterer *Zentrums*-Betriebsrat und Vorstandsmitglied, betreute in den 1990ern die Mailbox „Empire BBS" des neonazistischen „*Thule-Netzes*"; Sascha Woll, Beisitzer des Vorstands und mit einer ehemaligen NPD-Funktionärin verheiratet, soll in den 1990ern den rechtsradikalen „Kreuzrittern für Deutschland" angehört haben; Rico Heise, der ebenfalls als Betriebsrat kandidierte, wurde wie Hillburger und die Ehefrau von Woll als Mitglied der Neonazi-Musikszene vor einen der NSU-Untersuchungsausschüsse geladen. (Den m.E. wichtigen Hinweis auf die Probleme der deutschen Autoindustrie, sowie auf das illustre Personal der rechten Pseudo-gewerkschaft verdanke ich einer Reihe lesenswerter Blogeinträge des Großen Thiers zur „Autokrise").

(13) Trumps bodenständiges Immobiliengeschäft besteht vor allem aus dem weltweiten Handel mit Luxusimmobilien, außerdem betreibt er weltweit Luxushotels und Golfplätze. Dass er in den 1990ern einige Spielcasinos betrieb, verleiht dem Zitat von Höcke noch zusätzlich unfreiwillige Ironie.

(14) Man stelle sich für einen Augenblick die Absurdität vor, wie einem Studenten der Staatsphilosophie dargelegt wird, der Zweck des Staates sei der Schutz des einzelnen Bürgers vor Gewalt, der als Schüler das Gemetzel für Volk und Vaterland im Schlamm von Langemarck überleben durfte, weil er das „Glück" hatte, dass ihm rechtzeitig ein Bein weggeschossen wurde, während seine Mitschüler stundenlang von Granaten und Maschinengewehren zerfetzt wurden. Weil in der Tat der deutsche Vernichtungskrieg im Zweiten Weltkrieg die Gräuel des Ersten Weltkriegs noch in den Schatten gestellt hat, wird die epochale Ungeheuerlichkeit des Ersten Weltkriegs oft vergessen. Dabei war noch das Symbol des Ersten Weltkriegs, der Schützengraben, eine erst spät eingeführte militärstrategische Erfindung. In den ersten Kriegsmonaten mussten Hunderttausende von jungen Soldaten im Granatenhagel durch das Sperrfeuer von Maschinengewehren anrennen, während um sie herum die Leiber ihrer Mitschüler, Kommilitonen, Kollegen usw. zerfetzt wurden. Das Bewusstsein solchen Wahnsinns muss die Lektüre jeder in der Zwischenkriegszeit geschriebenen Zeile begleiten: Dann wird unmittelbar die ganze Abscheulichkeit der deutschen Intelligenz sichtbar, die in so unterschiedlichen Autoren wie Scheler, Jünger oder Heidegger, mit expliziter oder impliziter Bezugnahme auf die Kriegserfahrung, den Gedanken an den eigenen Tod als Heilmittel gegen die Verflachung des bürgerlichen Lebens empfahlen. Das ist der präzise Sinn des Bescheids, „den Horkheimer einer Ergriffenen erteilte, die sagte, Heidegger habe doch wenigstens die Menschen wieder vor den Tod gestellt: Ludendorff habe das viel besser besorgt" (Adorno 1970, S. 505).

(15) Es gehört zu den wesentlichen gesellschaftlichen Voraussetzungen des Nationalsozialismus, dass die „Schmach von Versailles" und die Angst vor einer Wiederholung des November 1918 bei nahezu allen Weimarer Parteien und Politikern, von Scheidemann bis Hindenburg, von Ebert bis Hitler, größer war, als das Erschrecken über die Grausamkeit des Krieges.

(16) Das ist der unmittelbar politische Sinn von Heideggers perfider Umdeutung der kierkegaardschen Unterscheidung von (eigentlicher) Angst und (uneigentlicher) Furcht; 1927, nicht mal ein Jahrzehnt nachdem einer ganzen Generation auf den Schlachtfeldern von Verdun die schreckliche Furcht vor dem sinnlosen zerfetzt werden gelehrt wurde, behauptet Heidegger, diese Furcht vor Schmerz, um Leib und Leben sei in Wahrheit nur „Feigheit vor der Angst", eine Verkehrung der „Angst in feige Furcht" und predigt den Deutschen die „leidenschaftliche, von den Illusionen des Man gelöste, faktische, ihrer selbst gewisse und sich ängstigende Freiheit zum Tode" (Heidegger 1993, § 53, herv. i.O.).

(17) Wenn das ‚Ich denke' alle Vorstellungen begleiten können muss, kann mein ‚Ich' nach dessen Tod auch in keinem Allgemeinbegriff ‚weiterleben' oder ‚aufgehoben' sein. Dass Kant selbst zuweilen hinter seine eigene kritische Einsicht zurückfällt, namentlich bei der Behandlung des „Erhabenen" in der Urteilskraft und in einer merkwürdigen Fußnote der Religionsschrift, ausgerechnet über die Grausamkeit, keineswegs zufällig Stellen, wo er auf den Soldaten zu sprechen kommt, wäre tatsächlich eine eigene Betrachtung wert.

(18) „Feind ist nur eine wenigstens eventuell, d.h. der realen Möglichkeit nach kämpfende Gesamtheit von Menschen, die einer ebensolchen Gesamtheit gegenübersteht. Feind ist nur der öffentliche Feind, weil alles, was auf eine solche Gesamtheit von Menschen, insbesondere auf ein ganzes Volk Bezug hat, dadurch öffentlich wird" (Schmitt 1963: S. 29).

(19) „Zum Staat als einer wesentlich politischen Einheit gehört [...] die reale Möglichkeit, im gegebenen Fall kraft eigener Entscheidung den Feind zu bestimmen und zu bekämpfen. Mit welchen technischen Mitteln der Kampf geführt wird [...] ist hier gleichgültig, solange das politisch einige Volk bereit ist, für seine Existenz und Unabhängigkeit zu kämpfen, wobei es kraft eigener Entscheidung bestimmt, worin seine Unabhängigkeit und Freiheit besteht" (Schmitt 1963: S. 45 f.). In anderen Worten: Wollen relevante Teile des ‚Volkes' nicht mehr auf den Schlachtfeldern sterben, ist es mit dem politisch einigen Volk, folglich mit der politischen Einheit, folglich auch mit dem *Staat überhaupt* dahin.

(20) Funktional auf die Opferbereitschaft ausgerichtet erweisen sich auch die Überlegungen Carolin Sommerfelds zum Volksbegriff. Sie unterscheidet drei Weisen des Deutschseins: Abstammungsdeutsche, Paßdeutsche und Volksdeutsche. Zur Bestimmung der ersten Gruppe zieht sie Max Weber heran und zitiert: „Wir wollen solche Menschengruppen, welche auf Grund von Ähnlichkeiten des äußeren Habitus oder der Sitten oder beider oder von Erinnerungen an Kolonisation und Wanderung einen subjektiven Glauben an eine Abstammungsgemeinschaft hegen, (...) ‚ethnische' Gruppen nennen, ganz einerlei ob eine Blutsgemeinschaft objektiv vorliegt oder nicht" (Auslassungen i. O.!). Sommerfeld folgert: „Der aus physischer Vererbung und im weberschen Sinne ethnisch Gemeinsamem hervorgehende Phänotyp des Deutschen ist

augenscheinlich" (Sommerfeld 2018). Bemerkenswert ist der Nebensatz Webers, den sie ausgelassen hat, nämlich dass der Glaube an die Abstammungsgemeinschaft derart sei: „daß dieser für die Propagierung von Vergemeinschaftungen wichtig wird". Im Anschluss fährt Weber fort: „Von der ‚Sippengemeinschaft' scheidet sich die ‚ethnische' Gemeinsamkeit dadurch, daß sie eben an sich nur (geglaubte) ‚Gemeinsamkeit', nicht aber ‚Gemeinschaft' ist, wie die Sippe [...]. Die ethnische Gemeinsamkeit (im hier gemeinten Sinn) ist demgegenüber nicht selbst Gemeinschaft, sondern nur ein die Vergemeinschaftung erleichterndes Moment" (Weber 1972, S. 237). Sommerfeld behauptet sich auf Webers Bestimmung beziehen zu können, lässt aber gerade dessen funktionale Pointe weg, um von der „ethnischen Substanz" bzw. „physischen Substanz" (Sommerfeld 2018) von Volk und Staat sprechen zu können. In der zweiten Fassung desselben Textes ergänzt sie dann, wozu diese pseudosubstantielle Vergemeinschaftung dienen soll: „Dieses Fehlen geistiger Identität ist am Ende die größte Schwäche unter der wir momentan leiden, und es wirkt überdies auf die physische Substanz zurück. Die ‚Selbstabdankung ihres einstigen geistigen Prinzips' (Oswald Spengler) wirkt auch auf die Fruchtbarkeit und Wehrkraft". (Sommerfeld 2019, S. 36).

(21) „Die Begriffe Freund und Feind sind in ihrem konkreten, existenziellen Sinn zu nehmen [...]. Sie sind keine normativen [...] Gegensätze." Und weiter: „Hier handelt es sich nicht um Fiktionen und Normativitäten, sondern um die seinsmäßige Wirklichkeit und die reale Möglichkeit dieser Unterscheidung [von Freund-Feind]" (Schmitt: 1963, S. 28 f.); „Auch mit ethischen und juristischen Normen kann man keinen Krieg begründen. [...] Ein Krieg hat seinen Sinn nicht darin, daß er für Ideale oder Rechtsnormen, sondern darin, daß er gegen einen wirklichen Feind geführt wird" (ebd., S. 50 f.).

(22) Schmitt: 1963: S. 37. Insbesondere der Berufung auf die Menschheit wirft Schmitt gleichermaßen vor, dass „dadurch der Krieg zur äußersten Unmenschlichkeit getrieben werden soll" und dass sie eine „universale [...] Idealkonstruktion" ist: „In dieser universalen Gesellschaft wird es dann keine Völker als politische Einheiten, aber auch keine kämpfenden Klassen und keine feindlichen Gruppen mehr geben" (ebd. S. 56). Es versteht sich von selbst, dass er nichts mehr hasst, als eine solche universale Staaten- und klassenlose Weltgesellschaft.

(23) Benoist: 2007: S. 29. Man wird Benoist insofern zustimmen dürfen, dass auch Schmitt selbst stets vor allem Liberalismus, Pazifismus und Anarchismus vorgehalten hat, ihre Begriffe würden zur Barbarisierung des Krieges führen; und nicht etwa seine Idee vom existenziellen Volkskrieg. Von dem Vernichtungskrieg den seine Kameraden tatsächlich geführt haben, wollte daher weder Schmitt noch sein Schüler Benoist etwas wissen.

(24) Dasselbe Motiv zog Gauland 2014 in einer Rede zur russischen Krim-Annexion heran, deren Völkerrechtswidrigkeit Gauland zwar zugesteht, doch für einen Konservativen auf bemerkenswerte Weise relativiert, (worauf Volker Weiß zurecht hingewiesen hat): „ein Rechtsbruch hat immer auch eine Geschichte und die Legitimität eines Handelns kann anders beurteilt werden als seine Legalität" (Gauland 2014; vgl. Weiß 2017: S. 207). Die Legitimität speist sich für Gauland allerdings aus nationalen Mythen: „Der russische Präsident hat sich [...] auf eine alte russische, zaristische Tradition besonnen: das Einsammeln russischer Erde. [...] Kiew, die Kernzelle des russischen Reiches, kann Russland nie egal sein und eben auch nicht Sewastopol, wo zweimal Russen verblutet sind: [...]. Es mag ja sein, dass wir das in unserer postheroischen Welt nicht mehr verstehen, für Russland ist noch immer gelebte Realität". Dass „wir", des „metaphysischen Kerns des Abendlandes" durch „Amerikanisierung" beraubt, in unserer „liberallibertären Selbstbezogenheit" es nicht mehr verstehen, auch für die deutsche „Erde" zu verbluten, neidet Gauland den Russen und Islamisten – und neuerdings, in ziemlich irrer Weise auch den Israelis (vgl. den Artikel von Daniel Poensgen in diesem Heft).

Die Mitglieder der Redaktion Pólemos trauern um

JOACHIM BRUHN

30.01.1955 - 28.02.2019

Adolf Hitler, der unmittelbar allgemeine Deutsche

Über die negative Dialektik der Souveränität

Ein Vortrag von Joachim Bruhn

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um das Transkript eines Vortrages, den Joachim Bruhn am 30 Januar 2013 im Jour Fixe der Initiative Sozialistisches Forum in Freiburg gehalten hat. Joachim hat sich die Transkription und den Abdruck gewünscht, war allerdings zu einer Überarbeitung selbst nicht mehr in der Lage. Daher hält sich der hier abgedruckte Text soweit wie möglich an das gesprochene Wort und enthält minimale Änderungen nur sofern sie der Redaktion für die Textform unentbehrlich schienen. Joachim Bruhn ist am 28. Februar 2019 gestorben.

Auch in antifaschistisch orientierten Kreisen hat man sich längst angewöhnt, zwar über Volksgemeinschaft zu sprechen, um zu zeigen wie die bürgerliche Gesellschaft der Weimarer Republik in eine solche transformiert worden ist. Aber bei all diesen Betrachtungen gerade auch von linker, von marxistischer und von philosophischer Seite ist doch die Person des Führers auf eine merkwürdige, seltsame Weise ausgespart worden. In dem Sinne der marxistisch-leninistischen Theorie, wie sie zum Beispiel in Dimitroffs berühmter Rede von 1935 (1) formuliert wurde, sagt man etwa: ‚Hitler war eine Marionette des Großkapitals', ein ‚beauftragter Agent der Konterrevolution', ein ‚bezahlter Manipulator', eben einer, der vollen Bewusstseins dieses ganze deutschnationale Grauen inszeniert hat. Also jemand, der von so genialen Geisteskräften war, dass er ganz bewusst die Gesetze der Massenpsychologie anwenden konnte, für seine Propaganda. Diese Deutung ist auch ein Teil des Verdrängungs- und Abspaltungszusammenhangs, der das wirkliche Grauen des Nationalsozialismus abwehrt und versucht, nicht wirklich zur Kenntnis kommen zu lassen, dass das vollkommene Verrücktwerden, das Barbarischwerden der deutschen Souveränität eben nicht nur zusammenhängt mit dem Charakter kapitalistischer Staatlichkeit. Vielmehr konnte sich diese kapitalistische Staatlichkeit, die nach 1929 in diese fatale Krise gerät, sich nur in einem auch subjektiv verrückten Individuum vergegenständlichen. Somit bedarf es also dieser rationalistischen Deutung von Hitler als einem genialen Propagandisten nicht nur nicht, das ganze Grauen der Angelegenheit wird sogar erst dann deutlich, wenn man Adolf Hitler versteht als einen nicht diagnostizierten Schizophrenen, der in seiner Ausagierungsbewegung genau das subjektiv verkörpert, was seitens der kapitalistischen Krisenlösungsstrategie nach 1933 objektiv geboten ist.

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 seine Ernennung zum Reichskanzler seinen Volksgenossen bekannt gibt, teilt er ihnen das völlig korrekt gendernd mit: „Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen!". Er schließt seine Rede: „An Euch, meine Parteigenossen, richte ich nur eine große Bitte: Gebt mir Euer Vertrauen und Eure Anhänglichkeit in diesem neuen und großen Ringen genauso wie in der Vergangenheit. Dann wird uns auch der Allmächtige seinen Segen zur Wiederaufrichtung eines deutschen Reiches der Ehre, der Freiheit und des sozialen Friedens nicht versagen". (2) Das ist die erste Kundgebung der Nazis an der Macht: Hitler kam gerade von Hindenburg, er war ernannt, das Grauen nahm seinen Lauf. Und in dieser ersten Erklärung beruft er sich auf den „Allmächtigen", auf ein Supersubjekt, das ihm seinen Segen gibt, das ihn leitet, das ihn führt – die „Vorsehung", von der er auch in seinen Schriften immer wieder schreibt und spricht. Das gilt es nun zu analysieren und nicht nur als einen Spaltungs- und Projektionsmechanismus, so wie er objektiv aus der Ideologie des Antisemitismus erwächst, zu betrachten, sondern zu erkennen, wie jener Mechanismus, wie jene Ideologie von dem konkreten Individuum Hitler subjektiv in dessen Schizophrenie völlig verkörpert und ausagiert wird – zwischen der objektiven Ideologie des Faschismus und der subjektiven Konstitution des faschistischen Führers besteht somit nicht nur kein Unterschied, sondern herrscht völlige Identität. Diese These habe ich bei der Lektüre von Wolfgang Trehers Buch *Hitler, Steiner, Schreber – Gäste aus einer anderen Welt* (3) gewonnen. Hier liest ein Psychiater Hitlers *Mein Kampf.* Er liest es nicht als Ideologiekritiker, er liest es als Psychiater, als die Objektivation und das Ausagieren einer tiefgehenden psychischen Krankheit und Störung. Er liest *Mein Kampf* so, wie ein Psychiater die Objektivationen seines Patienten versucht irgendwie zu rekonstruieren, zu verstehen, therapierbar zu machen. Aber er zeigt in dieser Bewegung genau auf, dass all diese Spaltungen, welche die objektive Ideologie des Nazifaschismus im Hass auf die Juden schon vorgibt, von Hitler als subjektiv zwanghaft ausagiert werden müssen. Treher entwickelt seine These zunächst – und das macht dieses Buch auch so interessant – an den „Denkwürdigkeiten" des Geheimrats Dr. Schreber. Daniel Paul Schreber war einer der ersten selbstbeobachtenden Schizophrenen, einer der Ersten, der in der Lage war, seine Krankheit nicht nur auszuagieren, sondern sie auch in Worte zu fassen. Aus diesen *Denkwürdigkeiten eines Nervenkranken* (4) entwickelt Treher zunächst das Bild, die Diagnose. Er

onfrontiert diese dann mit Rudolf Steiner nd zeigt, dass der Gründer der Anthropoophie, der Gründer der Waldorfschulen, in ll seinem Gerede vom „Astralleib“ ebenfalls ichts anderes ausagiert als eine Spaltung einer eigenen Persönlichkeit. Treher zeigt n einem sehr guten Bildteil, etwa an der rchitektur des Goetheanum in Dornach, ass es gebauter Architektur ist. Das Vokaular, in dem sich ausagiert wird, ist hingeen zufällig. Es kann Anthroposophie sein, s kann Antisemitismus sein: die Worte tun ichts zur Sache der Krankheit, aber der ranke versucht eben ein Vokabular aufugreifen, das irgendwie im Zuge der Zeit egt, das von der historischen Situation als Deutungsmöglichkeit angeboten wird.

Was im Folgenden in einigen Thesen entvickelt werden soll: Eine materialistische ritik des Antisemitismus und eine mateialistische Geschichte des Nazifaschismus ann ohne diese Diagnose der Person des ührers überhaupt nicht auskommen, weil amit eine Lücke in der theoretischen Reonstruktion geschlossen wird und man ndlich mit dem Rationalisieren auch in iesem Punkt aufhören kann. So dass man icht mehr von Hitler sprechen muss als inem genialen Manipulator, wie etwa Joahim Fest in seiner Hitler-Biografie (5). Historiker wie Fest unterstellen stillschweiend, Hitler habe im Bewusstsein etwa von chriften wie von Sigmund Freud über *Massenpsychologie und Ich-Analyse* (6) agiert einer Schrift, in der Freud an der Kritik on Gustave Le Bon zeigt, wie Massenidenifikation und Führerfiguren funktionieren. Mit diesem Rationalismus, mit der Vorstelung, Hitler sei ein genialer Manipulator ewesen, bricht nun aber Wolfgang Treher nd zeigt somit, dass das Rationalisieren an er Person selbst ein Teil der durchschlaenden Verschmelzung der Individuen mit hrem Souverän ist.

Treher schreibt: „Was aussieht, wie Hiters skrupulöser Machiavellismus, ist psyhotische Ich-Oszillation. Die Seele ist espalten und enukleirt, das heißt ihres Kerns des Ichs beraubt. Auf der Suche ach seiner Heimat (...) beginnt das Ich, nit dem rätselhaft widersetzlichen Gegenber zu ringen, das es der ‚Zertrümmerung er Persönlichkeit‘ (Hitler) beschuldigt. In em Bemühen, seiner habhaft zu werden nd es ‚auszurotten‘, zerschlägt das Ich bzw. ie von ihm repräsentierte aggressive Seenhälfte die in seiner Reichweite liegende Welt, ohne die (ja innerseelische) Realität es Gegenübers und seiner zerstörenden Wirkung jemals mindern oder zum Verchwinden bringen zu können.“ (7) Jeder, der über den Faschismus etwas weiß, weiß immerhin so viel, dass wenn der Führer 1938/39 das Zeitliche hätte segnen müssen: Er wäre uns als ein genialer Erbe Bismarcks erhalten geblieben, aufgrund seiner großen außenpolitischen Erfolge gegen diesen unsäglichen „Schmachvertrag von Versailles“. Man billigt ihm also Fähigkeiten des Machiavellismus zu. Nach der Definition Machiavellis ist der Souverän jemand, der ein Löwe ist und sich als Schaf zu tarnen in der Lage ist; der zwischen den verschiedenen Rollen, die sich rein logisch betrachtet ausschließen, so hin und her changiert, dass man gegen ihn keinen logischen Widerspruch geltend machen kann. Aus diesem Verständnis von Machiavellismus kommt die Hochachtung noch der Kritiker und Gegner des Nazifaschismus vor der Person des Führers. Dass diese Hochachtung noch in der Kritik und in der Abwehr ganz und gar unbegründet ist, das zeigt das Buch von Wolfgang Treher, über das es hinaus eben noch zu zeigen gilt, dass in diesem Changieren grundlegende Konstituenten der bürgerlichen Gesellschaft ausagiert werden. Dass also gewissermaßen zu der Diagnose der Schizophrenie des Individuums Hitler nichts anderes gehört als eine Diagnose der grundlegenden Schizophrenie der bürgerlichen Gesellschaft an sich selbst. Diese Schizophrenie der Gesellschaft ist der Grund, warum überhaupt in der Gestalt des Souveräns eine solche Person auftreten kann.

Um dieses Verhältnis in materialistischen Kategorien etwas verständlich machen zu können, möchte ich einen Begriff aufgreifen aus der hegelschen Philosophie des Staatsrechtes. Hegel spricht über den Monarchen als die sichtbare Inkarnation der Einheitlichkeit des politischen Willens. Und wenn Hegel über den Monarchen spricht, gebraucht er die merkwürdige Wendung „allgemeiner Mensch“. Also ein Mensch, der in seiner Individualität als diskrete, besondere Person zugleich die Allgemeinheit seiner Gesellschaft repräsentiert. Die Frage, die sich hier aufdrängt, lautet: Ist die Wendung vom Monarchen als „allgemeinen Menschen“, jetzt nur eine gelungene Metapher, ist das jetzt nur ein gut gefundenes Wort? Was steckt hinter dieser Definition des Souveräns an Erkenntnis über den Charakter kapitalistischer Staatlichkeit? Nun ist klar: „Den Souverän“ im strikten Sinne des Monarchen gibt es in der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr. Und auch dort, wo gegenwärtig wie in England oder in Schweden, noch pro forma Monarchien existieren, ist es ein Aushängeschild einer gewaltenteilig betriebenen Staatlichkeit. Wie ist also das Verhältnis des Begriffs von Souveränität, der nirgends mehr in diesem strikt monarchischen diktatorialen Sinn verkörpert wird, zu der modernen Rechtsstaatlichkeit, die gewaltenteilig verfasst ist?

Souveränität ist als solche, als in letzter Instanz nicht zu bestreitende Entscheidung über Leben und Tod, also als die Ermächtigung zum Mord und zum Totschlag, die letzte Substanz der Staatlichkeit als solcher. Und damit ist sie die politische Seite dessen, was ökonomisch als Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beschrieben wird. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kann nicht sein ohne die gleichzeitige, gleichursprüngliche Herrschaft des Menschen über den Menschen, die in dem Recht auf die Verfügung über Leben und Tod, das in letzter Substanz den Souverän ausmacht, beschlossen liegt. Die Souveränität als solche, das reine Herr-Knecht-Verhältnis, das ist die Substanz einer jeden Staatlichkeit auch da und insbesondere dort, wo sie in der Gestalt der Gewaltenteilung auftritt, dort, wo sich der Souverän nicht zeigt, sondern sich in der Konkurrenz von Exekutive, Legislative, Judikative bewegt. Dass die Gewalten teilbar sind in der modernen parlamentarischen Rechtsstaatlichkeit hat seinen Grund darin, dass die Souveränität in dieser Form zeitgeschichtlich ökonomisch zu erscheinen gezwungen ist. Daraus ergibt sich nun eine Perspektive auf die tiefgreifendste Systemkrise kapitalistischer Vergesellschaftung, so wie sie in Deutschland nach 1929 eintritt und wie sie im Totalzusammenbruch der bürgerlichen, auf Konkurrenz basierenden Produktionsweise resultiert. Das ist die Situation, in der der Souverän als Bedingung der Möglichkeit von Staatlichkeit in ihrer Gewaltenteilung schlechthin hinter den konkurrierenden Staatsapparaten hervortritt, um sich in der Gestalt Hitlers als der allgemeine Mensch, als Diktator, der in letzter Instanz über Leben und Tod entscheidet, kristallisiert. Das ist gewissermaßen die Erweiterung, vielleicht auch Radikalisierung, jedenfalls hoffentlich Vertiefung, die ich an diesem psychiatrisch erhobenen Befund von Wolfgang Treher über die Person Hitlers vornehmen möchte. Und ich möchte dazu einige Bemerkungen machen, die den Begriff des „allgemeinen Menschen“ zum Begriff des „unmittelbar allgemeinen Menschen“ radikalisieren.

Eines der großen Paradoxa der marxschen Analyse der Form des Wertes oder das, was eben dem auf Theorie fixierten Verstand an ihr so unerklärbar erscheint, ist, dass der

Wert in der Form der „unmittelbaren Allgemeinheit" erscheint. Wie kann es sein, dass der Wert, also das ökonomische Verhältnis der Ausbeutung, im Geld, in der auf der flachen Hand liegenden Münze, eine unmittelbare Allgemeinheit erreicht? Offenkundig ist es nicht so, dass die Allgemeinheit hier verstanden wird als Ergebnis einer ontologischen Setzung von Natur, die einfach zu akzeptieren wäre; noch wird die Allgemeinheit verstanden im Sinne einer nominalistischen Verallgemeinerung von konkreten Einzelnen. Sondern die unmittelbare Allgemeinheit als eine nur rein gesellschaftlich inszenierte gewinnt im Geld eine dinglich auf der Hand liegende Materialität. Und das sind die Passagen bei Marx, die der normalen theoriesüchtigen Lektüre immer Anathema sind, genauso wie alle bei Marx, wenn es brenzlig wird, irgendwie in religiöse Metaphorik abdriftenden Definitionen. Marx stellt diese unmittelbar Allgemeinheit des Geldes mit folgenden Worten dar: „Es ist, als ob neben und außer Löwen, Tigern, Hasen und allen andern wirklichen Tieren, die gruppiert die verschiedenen Geschlechter, Arten, Unterarten, Familien [...] des Tierreichs bilden, auch noch das Tier existierte, die individuelle Inkarnation des ganzen Tierreichs. Ein solches Einzelnes, das in sich selbst alle wirklich vorhandenen Arten derselben Sache einbegreift, ist ein Allgemeines". (8) Es ist der allgemeine „Wertleib" und die „allgemeine Materiatur", sagt Marx, des Wertes. (9)

Bei diesem Wort „allgemeiner Wertleib" springt die politische, souveränitätsbezogene Konsequenz förmlich ins Auge. So wie das Geld der allgemeine Wertleib ist, die Verdinglichung reiner Sozialität, so erscheint in der physisch-praktisch gewordenen Gestalt des Souveräns der allgemeine Leib der Herrschaft in einer Person – als unmittelbar allgemeiner Mensch in der Gestalt Hitlers, die im Zusammenbruch des Kapitals mit den Mitteln der politischen Gewalt versucht, dieses unmöglich gewordene Verhältnis aufs neue aufzurichten. Man müsste also diesen eben zitierten Satz von Marx für unsere Zwecke wie folgt formulieren: „Es ist, als ob neben und außer den Müllers, Maiers, Angela Merkels und allen anderen wirklichen Deutschen, die gruppiert die verschiedenen Genderarten, Unterarten, Familien des deutschen Reiches bilden, auch noch der Deutsche an und für sich existierte, die individuelle Inkarnation des gesamten Deutschtums." Hitler als individuelle Inkarnation des gesamten Deutschtums: das wäre eine sowohl souveränitäts- und staatskritische Perspektive, wie eine Perspektive, die dieses merkwürdige Changieren in der öffentlichen Beurteilung Hitlers zwischen verrückt und Genie zurückzieht und zeigt, dass diese individuelle Inkarnation, dass dieser Hitler gewissermaßen seiner psycho-physischen Statur nach wie geschaffen dafür war, das Problem der unmittelbaren Allgemeinheit der Souveränität im Augenblick der großen Krise zu repräsentieren. Das ist eigentlich der Erkenntnisgewinn, den man aus der Lektüre von Wolfgang Treher ziehen muss: All die Müllers, Maiers und Merkels schaffen aus sich heraus den unmittelbar allgemeinen Deutschen. Sie reflektieren sich in dieser Gestalt, und ihre Reflexion in dieser Gestalt ist zugleich Bedingung der Möglichkeit ihrer totalen Verschmelzung. Diese totale Verschmelzung zur bedingungslosen Einheit ist das politische Ziel, das Interesse und die Intention des Nazifaschismus nicht nur in der unbändigen Aggression gegen Juden, gegen Sinti und Roma und gegen psychisch Kranke, sondern auch das Heilsversprechen, das in dieser Propaganda den Deutschen selbst angeboten wird. Denn es ist ja nicht so, dass die Volksgemeinschaft einfach nur eine äußere Aggression ausübt. Diese Aggression ist ja vielmehr nur möglich, indem die Gesellschaft selbst sich in ein Verhältnis absoluter Homogenität transformiert. Hitler hat dieses Versprechen gleich von Anfang an gemacht in seiner Rede etwa zum 1. Mai 1933. Und Jahr für Jahr wird am 1. Mai der Kadaver des deutschen Proletariats abermals öffentlich aufgebahrt, wenn noch so einige Traditionslinke von der Arbeiterklasse und ähnlichem fabulieren und damit natürlich auch die Wirklichkeit des Faschismus abgespalten wird, die eben darauf beruht, dass Hitler der deutschen Arbeiterklasse erfolgreich das Versprechen gemacht hat, sie samt und sonders in „Soldaten der Arbeit" zu transformieren. Sie also Lohnarbeiter sein zu lassen, aber sie als Lohnarbeiter von der Konkurrenz unter den Lohnarbeitern zu befreien und sie dadurch zum homogenen Block zu formieren. Dieser Begriff der „Soldaten der Arbeit" ist auch wieder ein Verschmelzungsprodukt von Unvereinbarem. Das führt darauf zurück, dass das, was nachher in Hitlers Agitation als subjektiv ausagierte Schizophrenie erscheint, gewissermaßen das Bewusstwerden ist von grundlegenden Antinomien, die in der Vergesellschaftung durch das Kapital existenziell und substanziell enthalten sind.

Was das bedeutet, sieht man bei einem Blick in den Wirtschaftsteil. Denn es ist ja nicht so, dass die bürgerliche Volkswirtschaftslehre, die an unseren Universitäten gelehrt wird, jemals auch nur im Ansatz in der Lage war, eine einheitliche, konsensual erfolgte Definition dessen zu geben, was Geld ist. Sondern der Geldbegriff zerfällt immer in zwei einander widersprechende Definitionen, die dann die verschiedenen Schulen der VWL-Lehre geben, wo die Individuen je nach Krisenlage willkürlich hin und her wechseln, bei völliger Unfähigkeit zur Synthese oder auch nur zur Definition. Die einen sagen: Geld ist in letzter Instanz Gold, also ontologisch naturhaft gesetzte Wertverkörperung. Dann ist klar: Geld ist ein Naturgegenstand, objektiver Wertbehälter. Und die andere Fraktion sagt eben: Geld ist doch einfach nur Kredit und damit eine psychologische Erscheinung, dass jemand dem anderen vertraut. Geld ist nichts als Psychologie. Zwei einander völlig unvereinbare Definitionen aus denen in letzter Instanz aber all das besteht, was die Nationalökonomie über das Geld zu sagen hat. Das kann man nun, wenn man freundlich ist – und Marx war da eben auch im Kapital sehr freundlich - eine „Antinomie" nennen, also die gleichzeitige Gültigkeit zweier einander frontal und hundertprozentig ausschließender Bestimmungen. Was ist aber nun das Synthetische dieser antinomischen Position? Wolfgang Treher würde sagen, es ist das schizoide Hin-und-her-Oszillieren zwischen miteinander unvereinbaren Standpunkten. So gesehen ist der ideologische Prozess der bürgerlichen Gesellschaft objektiv schizophren, indem die Leute, die auf Logik erpicht sind, zwischen einander ausschließenden Positionen hin und her schwanken. Wo ist nun die synthetische Instanz? Offenkundig ist die synthetische Instanz das Undenkbare, das das Kapital – auch wieder so ein metaphorisches Wort – als automatisches Subjekt in seinem reinen Prozess der Gleichheit von Identität und Nichtidentität stiftet. Es heißt also, der Bürger muss sich um die Antinomie seines Denkens keine Sorgen machen; er kann glücklicher Schizophrener sein, solange der Kapitalprozess funktioniert. Das Funktionieren tritt an die Stelle jedes nur möglichen Arguments. Wenn nun, wie 1929, dieser kapitalistische Zusammenhang in eine Krise tritt und an sich selber kollabiert, so dass also Kapitalismus nach Maßgabe der freien Konkurrenz unmöglich ist und der Staat nun, der Souverän, der hinter den Staatsapparaten hervortritt, mit Gewalt versucht, diesen zusammengebrochenen Mechanismus aufs Neue zu installieren: Dann kann er das nur, indem er die große andere Antinomie der bürgerlichen Gesellschaft synthetisiert. Und die große andere Antinomie der bürgerlichen Gesell-

schaft ist, dass das Individuum unter zwei einander ausschließende Bestimmungen gesetzt ist. Es tritt einerseits als Bourgeois auf, also als egoistischer Einzelner, der in der Konkurrenz unbedingt Zweck und Mittel kalkuliert und der in dieser Konkurrenzposition rational agiert. Der aber gezwungen ist, um überhaupt als Bourgeois agieren zu können, eine diametral entgegengesetzte Position der Negation seiner selbst einzunehmen, nämlich die des Citoyens. Das Individuum tritt also andererseits als Staatsbürger auf, um sich plötzlich um das zu kümmern, was seinem Egoismus strukturell verschlossen ist, nämlich um die allgemeinen Bedingungen der Möglichkeit der freien Konkurrenz auch nur überhaupt. Es muss als Staatsbürger, als Rechtssubjekt von der freien Konkurrenz abstrahieren im Interesse eben dieser freien Konkurrenz. Das ist eine weitere schizoide oder antinomische Position, die wir alltäglich, ohne darüber nachzudenken, wie selbstverständlich absolvieren, weil ja die Synthesis durch die Normallage der Akkumulation gewissermaßen garantiert ist. Wenn diese Antinomie von Akkumulation und Souveränität nun aber auseinander tritt, und der Souverän als unmittelbar allgemeiner Deutscher in Gestalt des Diktators erscheint, dann wird der Souverän diese politische Antinomie, diese objektive Schizophrenie zwischen Citoyen und Bourgeois in der Gestalt des Soldaten synthetisieren. Die Rede also von Hitler zum 1. Mai, alle müssten Soldaten der Arbeit werden, ist eine synthetische Position, die einen Versuch darstellt, eine objektive Schizophrenie gewissermaßen zu heilen und in der Gestalt des Soldaten als objektive Verheißung das Versprechen endlos gelingender, wieder zu errichtender Akkumulation ohne allgemeine Konkurrenz in der Volksgemeinschaft aufs Neue zu installieren. Und in der Verinnerlichung des Soldaten, der nun nicht mehr einfach nur ein Berufsstand, nicht mehr einfach nur der sowohl Wahlberechtigte wie auch Wehrpflichtige ist, in dieser Verwandlung der gesamten Gesellschaft in die Volksgemeinschaft der Soldaten, in dieser Verinnerlichung als einer synthetischen Position, in dieser Rassifizierung des Soldaten zum Volksgenossen findet nun die Hitlersche Oszillation zwischen den Spaltungsprodukten ihren wesentlichen Einsatz.

Das ist nun aber nichts speziell Faschistisches, sondern gehört ebenso zum Grundbestand einer jeden halbwegs artikulierten Lehre vom bürgerlichen Staat. So schreibt Carl Schmitt 1934 eine Schrift mit dem Titel *Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches. Der Sieg des Bürgers über den Soldaten.* (10) Weimar, so Schmitt, sei daran zugrunde gegangen, dass alle nur noch Zivilisten waren und sich keiner mehr um das wirklich Soldatisch-Existenzielle kümmern konnte. Im Nazifaschismus werde dieser Sieg des Bürgers über den Soldaten aber wieder rückgängig gemacht. Und bei diesem Rückgängigmachen, bei dieser allgemeinen Militarisierung aller zu „Soldaten der Arbeit" gehe es auch um den „Widerstreit wesensverschiedener Menschentypen", um „bis in die physische Sonderart hinein, (...) die Gestalt des Deutschen selbst". (11) Schmitt schreibt über den Widerstreit zwischen Bürger und Soldat: „Durch die Entwicklung zum liberalen Staatsbürger war der Gegensatz der Menschentypen, der Gegensatz von Bildung und Besitz gegen Blut und Boden, sichtbar geworden. Der nachrückende deutsche Arbeiter verschärfte die Problematik. Obwohl er alle soldatischen Eigenschaften des Deutschen besaß, unterstellte er sich fremder Führung. Er wurde dadurch zum Werkzeug der eigentlichen Nutznießer des liberalen Konstitutionalismus, nämlich der internationalen marxistischen Politik und deren Kampf gegen Bismarcks preußisch-deutsches Reich." (12) Hier ist der klassische Mechanismus der pathischen Projektionsspaltung präsent: Die allgemeine, die gesellschaftliche Verinnerlichung und Totalisierung des Soldaten, der qua Leib für seine Sozialfunktion im Auftrag des Staates straflos morden zu dürfen existiert – diese Verinnerlichung setzt gewissermaßen einen Prozess der Selbstrassifizierung in Gang, der nur sein kann, indem er sich ausagiert an etwas, was als Antirasse und Gegenvolk dargestellt wird; also eben in dem Antagonismus, den diese Soldatenmasse unter Obhut ihres unmittelbar allgemeinen Deutschen an den Juden ausagiert. Die Juden, die nicht zufällig bei Hitler niemals „die Juden", sondern immer nur „der Jude" heißen, sind gewissermaßen das aus dieser falschen Versöhnung der Antinomie erwachsende Gegensubjekt, in dessen Bekämpfung die eigene Identität zwanghaft versucht wird zu stabilisieren, zu erkämpfen und zu erreichen. Dass das im Kern ein an Lächerlichkeit, intellektuell gesehen, nicht zu überbietender Schwachsinn ist, der nur zu Tautologien führen kann, das zeigt sich bei jedem Nationalisten, der jemals versucht hat, auf die Frage, was deutsch ist, eine halbwegs logisch einwandfreie Antwort zu geben. In der Lächerlichkeit dieser falschen Versöhnung liegt aber auch ihre tödliche Drohung. Darstellbar ist das anhand einer klassischen Schrift des Nazifaschismus, an Paul de Lagardes Buch *Bekenntnis zu Deutschland* von 1880. In der Auflage vom Mai 1933 heißt es: „Deutschland ist kein geografischer, aber auch kein im gewöhnlichen Sinne des Wortes politischer Begriff. Ein Vaterland gehört in die Zahl der ethischen Mächte. Und darum können seine Angelegenheiten nicht vom Regierungstische aus, sondern nur durch das ethische Pathos aller seine Kinder besorgt werden. Deutschland ist die Gesamtheit aller deutsch empfindenden, deutsch denkenden, deutsch wollenden Deutschen." Diese Gesamtheit der „deutsch wollenden Deutschen" bedeute, dass „jeder Einzelne von uns ein Landesverräter [ist], wenn er nicht in dieser Einsicht sich für die Existenz, das Glück, die Zukunft des Vaterlandes in jedem Augenblicke seines Lebens persönlich verantwortlich erachtet, jeder Einzelne ein Held und Befreier, wenn er es tut." (13) Ein deutsch denkender, ein deutsch fühlender Deutscher: Dieser offenkundige Schwachsinn von Leuten, die deutsch fühlen aber nicht können, ist in seiner Lächerlichkeit zugleich die Verheißung äußerster Homogenisierung der Soldaten in ihrer erlogenen putativen Notwehr gegen das Antisubjekt der in den Juden ausgemachten Gegenrasse, die eben deswegen nicht „die Juden" heißen, sondern wie Wolfgang Treher in einer psychiatrisch ganz genauen Lektüre von *Mein Kampf* weiß, mit gutem Grund immer als „der Jude", in diesem Kollektivsingular, auftauchen. Und es ist klar, dass dieses eben von Anfang an nur bedeuten kann, was hier Lagarde weiter definiert: „Deutschland muss voll deutscher Menschen und deutscher Art werden, so voll von sich wie ein Ei. Dann ist für Palästina kein Raum [mehr] in ihm." (14) Mit diesem Palästina ist, wie man vielleicht in Erinnerung rufen muss, nicht die PLO gemeint und nicht der ‚gerechte Befreiungskampf' von Hamas und anderen Islamfaschisten, sondern hier ist eben die zeitgenössische Chiffre für das Judentum gesetzt und angedeutet. Also in allen Definitionen dessen, was deutsch ist, agiert dieses bürgerliche Subjekt, das schizoid gespalten ist zwischen Citoyen und Bourgeois, das sich selber synthetisieren will, agiert es sich aus in der totalen Feindbestimmung und der Verinnerlichung des Soldaten als unmittelbare Verallgemeinerung des Deutschtums.

Darin kommt etwas zum Tragen, was die grundlegende Konstitution des Individuums in der kapitalistischen Gesellschaft betrifft. Denn in dieser ist ja jeder Einzelne nicht unmittelbar gültig als Individuum in seiner konkreten Leiblichkeit, sondern gültig ist er nur in seiner Gestalt des juristischen Subjekts. Man kann nun zeigen, dass mit der Gestalt des juristischen Sub-

jekts den Individuen als den Subjekten der Verträge zwar ein Identitätsversprechen gemacht wird, aber ein Identitätsversprechen, das diese Form unmöglich auch einlösen und erfüllen kann; dass diese Form des Subjekts (das sei hier nur angedeutet) aus sich selbst zum Ausagieren trachtet im Sinne einer existenziellen Spaltung der Gattung in Unmenschen und Übermenschen. Nur wenn das bürgerliche juristische Subjekt im permanenten Kampf gegen Unmenschen und Übermenschen begriffen ist, kann es sich selber die Hoffnung einschwindeln, sich als identisches zu stabilisieren. (15) Und nun sehen wir, wie dieses Subjekt auf der Suche nach seiner eigenen Synthese in diesen Feindbestimmungen tödlich herum deliriert und tödlich agiert.

Es ist klar: Die Übermenschen, das ist das, was Carl Schmitt als abstrakte überstaatliche Mächte bezeichnet. Und es ist auch klar: Der Angriff auf den Unmenschen und Untermenschen entspringt der Angst vor dem Verschwinden des bürgerlichen Subjekts in nichts als der reinen Triebnatur. Insofern ist der Antisemit immer zugleich auch Rassist – das kann man bei Hitler gerade in den Passagen von *Mein Kampf*, wo er über die „Rheinlandbastarde" schreibt, gut nachlesen, also über jene wenige tausend Kinder, die von schwarzafrikanischen französischen Soldaten der Besatzungsarmee im Rheinland gezeugt worden sind und die unter den Nazis als „Mischlinge", als Verkörperung ungezügelter Negernatur, schlimmste Verfolgung zu erleiden hatten. Der Antisemit und Rassist ist aber auch drittens aggressiv gegen diejenigen, deren physische Gestalt objektiv nicht in der Lage ist, überhaupt zum Träger der juristischen Subjektfunktion zu werden. Und da ist den Nazis und den Nazipsychiatern dieses wunderbar furchtbare Wort eingefallen von der „Ballastexistenz", die man eben der Euthanasie überantworten musste: Menschen, die weder körperlich noch psycho-physisch in der Lage schienen, diese Repräsentation des juristischen Subjekts im Individuum zu leisten. Ohne dies alles nun im Einzelnen an den Schriften von Hitler ideologiekritisch nachzuweisen, bleibt zu sagen: Es ist eine der großen Mängel der marxistischen Beschäftigung mit dem Staat, nicht Hitlers Buch als Offenbarung deutscher Staatsphilosophie zu lesen. Dieses Buch fristet keine Existenz im offiziellen Kanon von Juristen. Es ist aber gewissermaßen der Geheimtext aller nur möglichen deutschen Staatslehre insbesondere dort, wo die Projektion des Antivolkes nicht nur einfach so, was schon schlimm genug ist, die Juden als Diasporagesellschaft meint, sondern überall dort, wo der Staatlichkeitsversuch der Juden in Israel als Antistaat des Antivolkes denunziert wird. Die beschriebene Selbstidentifikation der Soldaten der Arbeit in der Volksgemeinschaft und damit die fugenlose Geschlossenheit des politischen Mordzusammenhangs als die Eigentlichkeit guter deutscher Staatlichkeit kann gar nicht sein ohne die Denunziation jüdischer Staatlichkeit als „Staatsgebilde", als „Unstaat", als „überstaatliche Macht". Die Juden, so die Überzeugung jener Soldaten der Arbeit in der Volksgemeinschaft, seien ja aufgrund ihrer nomadenhaften Existenz gar nicht befugt zur Staatlichkeit.

Wenn Hitler nun davon spricht, dass vom Agieren der Juden – in Hitlers Worten: „die internationale Weltbegaunerei" (16) – nicht mal diese selbst etwas hätten, sondern es ein einziger Selbstmordzusammenhang sei, spricht hieraus der Wahncharakter als schizoider Spaltungsmechanismus. Bei Hitler heißt es in diesem Sinne: „Das Ende einer Judenherrschaft ist stets der Verfall jeglicher Kultur und endlich der Wahnsinn des Juden selbst, denn er ist Völkerparasit, und sein Sieg bedeutet ebenso sehr den Tod seines Opfers als sein eigenes Ende." (17) Von der ihnen unterstellen „internationalen Weltbegaunerei", die der Nazi und der deutsche Bürger in sie projiziert, indem er zwischen raffendem und schaffendem Kapital unterscheidet, haben sie noch nicht einmal selbst etwas. Sie sind vielmehr das absolute Gegensubjekt, die reine Todesmacht – eine Verschiebung des souveränen Rechts auf Leben und Tod. Gegen diese Todesmacht als Gegensubjekt hat die Gegenwehr der deutsch Organisierten stattzufinden und in dieser putativen Notwehr gegen einen Gegner, der noch nicht einmal selber etwas davon haben wird, da entfaltet sich nun die schizophrene Projektion in restloser Konsequenz. Wolfgang Treher hat das psychoanalytisch und psychiatrisch gezeigt, beispielsweise am Begriff des „gesunden Volkskörpers", der gegen die „Zersetzung", gegen eine „syphilitische Macht", die das Judentum ausübe – es ist hier immer von „Gift" die Rede – geschützt werden müsse. Treher schreibt in seinem Buch: „Nun wissen wir, daß auch Hitler, obwohl die längste Zeit seines Lebens gesund, sich oft, ja meist als krank erlebt hat. Da er Bouillon ‚Leichtentee' nannte, darf man annehmen, dass er auch ‚Leichengift' wahrnahm und darauf sein überstrenger Vegetarismus zurückging. Überhaupt beherrschte ihn ewige Vergiftungsangst und Krebsfurcht. An sich selbst eine Diagnose zu stellen, war er außerstande, daher sein Angewiesensein auf sogenannte Begleitärzte und die tägliche ‚Therapie' seines Leibarztes Morell. Umso schärfer und unerbittlicher stellte er der Welt draußen die Diagnose. Der deutsche Volkskörper ist, so hatte er herausgefunden, ‚versyphilitisiert', von Tuberkelbazillen zerfressen. Ja, das deutsche Kaiserreich ist selbst zu einem weltordnungswidrigen Zustand geworden und Hitler fragt bestürzt: ‚Wie konnte gerade das deutsche Volk zu einer solchen Erkrankung des politischen Instinkts kommen? Denn hier handelt es sich ja nicht nur um eine einzelne Erscheinung, sondern um Verfallsmomente, die in wahrhaft erschreckender Unzahl bald wie Irrlichter aufflackerten und den Volkskörper auf- und abstrichen oder als giftige Geschwüre bald da, bald dort die Nation anfraßen". (18) Hitlers konkreter physischer Körper, so lässt sich mit Treher schlussfolgern, ist also der Leib der Nation. Die Nation ist er selbst, die Zersetzung der Nation spürt er folglich an seinem Körper. Hitler weiter in *Mein Kampf*: „Es schien, als ob ein immerwährender Giftstrom bis in die äußersten Blutgefäße des einstigen Heldenleibes" – der soldatische Körper der Nation – „von einer geheimnisvollen Macht getrieben würde, um zu einer immer größeren Lähmung der gesunden Vernunft und des Selbsterhaltungstriebes zu führen." (19) Das, was also Hitler an sich selbst wahrnimmt, dass sein Körper von außen angegriffen und zersetzt wird, dass in ihm selber eine Todesmacht ist, die er um den Preis einer wie immer gewalttätigen Synthetisierung abwehren muss, das schafft diese unendlich überschnappende Agitation, die aus der schizophrenen Oszillation erwächst und die als persönliches Krankheitsbild zugleich unmittelbar die antinomischen Bestimmungen aufnimmt, unter welche die bürgerliche Gesellschaft ihre Zwangsmitglieder setzt.

An den Perversionen des systematischen Vervollkommnungswahns ist im Folgenden nirgends ein Mangel und er erstreckt sich auf das Abseitigste und Widerlichste: Der Staat agiert mit einer sadistischen Zwanghaftigkeit, um auch alle Zellen seines Körpers zu heilen.

Etwa dann, wenn es um die Frage geht: Was ist deutsch und: Dürfen Menschen jüdischer Abstammung in ihrem Namen irgendetwas führen, was nach deutsch klingt. Zitiert sei ein Erlass des Reichsinnenministeriums vom 6. Januar 1939: „In Fällen, in denen Familiennamen von Juden das Wort ‚deutsch' enthalten, wie: Deutscher, Deutschmann, [...], ist den Namensträgern in geeigneter Weise nahezulegen" – so spre-

chen Bürokraten, wenn sie morden wollen – „eine Änderung des Familiennamens zu beantragen, wenn ihnen die Führung des Namens nicht im Wege des Widerrufs einer früheren Namensänderung untersagt werden kann." Die deutsche Purifizierungsbewegung ist von einem sadistischen Perfektionswahn getrieben, der nichts außenvorlassen kann, weil erst dieser Systematisierungswahn das Heilsversprechen der Volksgemeinschaft an sich selbst, die Soldaten der Arbeit mit ihrer Sozialfunktion fugendicht zu verschmelzen und sich das Geheimnis gelingender Akkumulation endlich anzueignen, scheinbar verwirklichen kann.

All das ist dann später in den doch so gediegen und gepflegt daherkommenden staatstheoretischen Bestimmungen der Juristen natürlich nicht so unmittelbar wahnhaft nachzulesen. Es ist aber dennoch das Gleiche wie auch sonst, wenn etwa Carl Schmitt 1934 in seiner Schrift *Staat, Bewegung, Volk* (20) das Ganze fein juristisch definiert und sagt: „Die zweigliedrige Denkweise der liberalen Demokratie arbeitet mit antithetischen Zerreißungen [!] wie Staat gegen Volk und Volk gegen Staat, Regierung gegen Volk und Volk gegen Regierung. Im nationalsozialistischen Staat hat der staats- und volkstragende Führungskörper die Aufgabe, alle derartigen Antithesen zu verhindern und zu überwinden. Das Volk ist jetzt nicht mehr bloß eine Summe stimmberechtigter Nicht-Regierer." (21) Sondern substanziell Artgleicher. Und: „Die Stärke des nationalistischen Staates liegt darin, dass er von oben bis unten und in jedem Atom seiner Existenz vom Führerturm beherrscht und durchdrungen ist." (22) Es gilt nun, und das ist eine Konsequenz einer durch die Lektüre von Wolfgang Treher noch radikalisierten psychoanalytischen Betrachtungsweise, wie wir sie bei Adornos Schriften über Freud und die Struktur der faschistischen Massenpropaganda (23) vorliegen haben: Dass dieses in all seiner Wahnhaftigkeit die vollendete Wahrheit und Wirklichkeit des faschistischen Mordzusammenhangs ist. Hier kommt der Wahn zur Sprache seiner selbst, und hier sieht man, was es bedeutet, wenn die Ideologien des Liberalismus an sich selbst nicht mehr funktionieren können, wenn also die ominöse „unsichtbare Hand des Marktes", die irgendwie Angebot und Nachfrage zu unserem allgemeinen Wohlstand und Fortschritt versöhnt, wenn diese unsichtbare Hand des Marktes physisch und praktisch wird: Dann erscheint sie als der Hitlergruß, den der Führer den Massen entbietet. Dann ist die unsichtbare Hand unmittelbar physisch und praktisch geworden und zeigt, wo es lang geht.

In dieser Perspektive werden die Erkenntnisse des Psychiaters Wolfgang Treher in ihrer gesellschaftskritischen Radikalität deutlich. Die Kritische Theorie hat aus Angst, noch das letzte rationale Moment am Nazifaschismus theoretisch abzutun, den Begriff der „ideologischen Manipulation" verwendet, wo es doch nur ums Ausagieren geht. Gleichwohl gibt es aber in Adornos Aussagen Momente, die in ihrer psychiatrischen Überbietung gewissermaßen die ganze Wahrheit erst sichtbar machen. Da heißt es etwa: „Die Horde [...] ist kein Rückfall in die alte Barbarei, sondern der Triumph der repressiven Egalität, die Entfaltung der Gleichheit des Rechts zum Unrecht durch die Gleichen" (24). Es besteht zwischen der Gleichheit des Rechts, so wie sie uns als Subjekten des Vertrages zugebilligt wird, und dem Unrecht durch die Gleichen nur dieser kleine Kippmechanismus, der eine funktionierende Akkumulation in den totalen Zusammenbruch der Kapitalgesellschaft treibt, damit der Souverän zum Materialisieren gewissermaßen genötigt wird. Und da zeigt sich auch, dass der Rassismus der Nazis bei all seinen Aggressivität gegen die als Feinde Bestimmten und all dem tödlichen Ernst, mit dem er den Feinden gegenüber tritt, letztendlich seine fatale Utopie aus dem Versprechen der Selbstrassifizierung der Deutschen zieht. Das ist das Versprechen, das hier geäußert wird, das Adorno wie folgt formuliert: „Rasse heute ist die Selbstbehauptung des bürgerlichen Individuums, integriert im barbarischen Kollektiv." (25) Es ist also keine Ideologie, es ist die Manifestation des existenziellen Zusammenhangs der Vergesellschaftung in ihrer Negation und ihrer Wiederaufrichtung durch einen Diktator, der als Diktator mehr ist als einfach nur ein bestellter Agent und Machthaber. In diesem Zusammenhang muss man sich dann eben auch klar machen, dass der psychoanalytische Befund, den Adorno erhebt, gewissermaßen noch einmal psychiatrisch zu radikalisieren ist.

Der Psychoanalytiker Walter C. Langer hat 1943 ebenfalls ein Buch über Hitlers Person und Persönlichkeit geschrieben hat, es heißt: *Das Hitler-Psychogramm*. Langer unterwirft Hitler einer Ferndiagnose, um der psychologischen Kriegsführung der USA Materialien, Dokumente und Anweisungen, wie man doch noch vielleicht mit guten Argumenten irgendetwas verhindern könnte, zukommen zu lassen. In dieser Diagnose schreibt er: „Zwischen Hitler und dem deutschen Volk besteht eine beispiellose Ähnlichkeit im Denken, Fühlen und Handeln, als hätte Hitler die kritischen Funktionen eines jeden Einzelnen paralysiert und deren Rolle selbst übernommen. So ist er in einem geradezu körperlichen Sinne Teil eines jeden Einzelnen, dessen Denkvermögen er beherrscht. Hier liegt die Wurzel der unfassbaren Verbundenheit der Person Hitlers mit dem deutschen Volk. Diese Verbundenheit macht alle Appelle an Vernunft und Logik wirkungslos. Wer für Hitler kämpft, kämpft gewissermaßen um seine eigene psychische Identität." (26) Die Deutschen versammeln sich um ihre unmittelbare Allgemeinheit im Diktator genau so, wie sich die vielen, vielen sinnlich verschieden Waren in ihrer unmittelbaren Einheit – Geld – überhaupt nur als besondere konstituieren können. Das, was den Führer ausmacht, ist die unmittelbare Bedingung der Möglichkeit der Existenz eines jeden als „deutsch" identifiziertem Einzelnen. Und in dem Zusammenhang muss man sagen, ist Hitler tatsächlich niemals gestorben. Vielmehr ist Hitler als derjenige, der das, was Souveränität ist, in letzter Instanz verkörperte, gewissermaßen das, was den Deutschen bis heute ihre Utopie gelingender Staatlichkeit verbürgt. So könnte man also sagen: Hitler ist tot; zum Glück hat die Rote Armee es verhindert, dass irgendwo ein Mausoleum entstanden ist. Es gibt keinen Kyffhäuser als ein Monument wie dasjenige bei Mühlhausen in Thüringen, wo der Kaiser Barbarossa auf den Tag wartet, an dem er wieder mal Deutschland beglücken kann. Dieser Kyffhäuser Hitlers ist aber das deutsche Grundgesetz. Hier ist das Vermächtnis der Nazis in Artikel 14 enthalten, einen Artikel, den die Linken immer so gerne zitieren mögen: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Das ist das Vermächtnis, ganz im Sinne von Hitlers Testament, in dem er gewissermaßen sagt, dass auch wenn er einmal nicht mehr sein sollte, er sich doch ganz sicher sein wird, dass die Deutschen ihren Kampf fortführen gegen jene antideutsche Hetzclique von Juden, die die Völker wieder nur zu Aktienpaketen ihrer internationalen Spekulation machen wollen. Das ist das Erbe: die Utopie des deutschen Staates als fugendicht verschmolzene Gemeinschaft, die für den Augenblick jetzt schon gerüstet ist, an dem es abermals zum Totalzusammenbruch der ökonomischen Akkumulation kommen könnte. Das ist das, was diesen verdammten Volksgenossen das gute Gewissen gibt, Sätze zu sagen wie jene zur Griechenland-Krise: „Wir Deutschen, wir leben, um zu arbeiten. Und die, die arbeiten ja nur, um zu leben". Diese allgemeine Ideologie, die man von der Straße bis in den Wirtschaftsteil der *Frankfurter*

Allgemeinen Zeitung hören kann: Das ist das Erbe. In diesem Sinne ist das Grundgesetz Hitlers Kyffhäuser, wo er wartet und wo er weiß, dass er wieder gebraucht wird. Auf die Frage, was ist deutsch, schreibt Hitler 1919: „Wir müssen das gute Gewissen zur Grausamkeit wieder gewinnen.“ (27) Das ist die Erbschaft des allgemeinen Deutschen und die BRD, gerade als wiedervereinigte, tut alles, um dieser Erbschaft gerecht zu werden.

Vor diesem Hintergrund wird klar, was das wirklich Materialistische und Revolutionäre war an den Wenigen, die wirklich versucht haben, Hitler ans Leben zu gehen, an Johann Georg Elser und eben auch am Grafen Stauffenberg: dass sie einen praktischen Begriff von Hitler hatten. Sie hatten verstanden, dass das Begreifen Hitlers zugleich seine Liquidation hätte sein müssen, nicht das geschichtstheoretische, soziologische oder psychologische Herumreden über den Zusammenhang von Volk und Führer, sondern die unmittelbare physische Liquidation desjenigen, der an seinem Leib die Souveränität materiell verkörpert. Stauffenberg und Johann Georg Elser hatten die richtige Faschismustheorie, wenn denn so etwas möglich sein sollte. Auch wenn Treher seltsamerweise mit keinem Wort von Johann Georg Elser spricht – merkwürdigerweise ebensowenig wie Johann Georg Elser in irgendeiner Schrift Theodor W. Adornos auch nur vorkommt – zeigt Elser doch das einzig noch mögliche Theorie-Praxis-Verhältnis, das der kritische Materialismus im Angesicht der nazifaschistischen Bedrohung haben kann und mit dem auch Treher sein Buch schließt: „Hitler selbst war als Wesen aus einer anderen Welt im reinsten und klassischen Sinne schuldunfähig. Man kann einen tollwütigen Hund – und das war er in seinem chronifizierten Amoklauf – nicht zum Menschen machen. Menschen kann man verurteilen, eine Bestie kann man nur jagen und erlegen.“ (28)
Das Erbe hiervon anzunehmen heißt als Allererstes: den Kampf gegen die sowohl ideologisch gebotene wie paranoide Spaltung der Staatlichkeit in deutschen, guten, geschlossenen Staat auf der einen und jüdisches Staatengebilde, das bekämpft werden müsse, auf der anderen Seite aufzunehmen; also den Kampf gegen Antizionismus und gegen alle anderen Formen, in denen sich der Antisemitismus politisch camoufliert. Das ist das direkte Erbe aus einer sowohl ideologiekritischen wie auch psychoanalytisch, psychiatrisch belehrten Reflexion über den unmittelbar allgemeinen Deutschen Adolf Hitler.

Anmerkungen:

(1) Dimitroff, Georgi: Arbeiterklasse gegen Faschismus. Rede auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationalen. www.mlwerke.de/gd/gd_001.htm (06.03.2019).
(2) Vgl. Domarus, Max (1973): Hitler. Reden und Proklamationen 1932 – 1945. Band 1. Wiesbaden 1973: 188.
(3) Treher, Wolfgang (1990): Hitler, Steiner, Schreber: Gäste aus einer anderen Welt. Die seelischen Strukturen des schizophrenen Prophetenwahns. Emmendingen.
(4) Schreber, Daniel Paul (1903): Denkwürdigkeiten eines Nervenkranken. Leipzig.
(5) Fest, Joachim (1989): Hitler: Eine Biographie Berlin.
(6) Freud, Sigmund (1967): Massenpsychologie und Ich-Analyse. Die Zukunft einer Illusion. Frankfurt am Main.
(7) Treher (1990): S. 134.
(8) MEGA, Abt. II, Bd. 5: 37.
(9) Ebd.
(10) Schmitt, Carl (1934): Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches: Der Sieg des Bürgers über den Soldaten. Hamburg.
(11) Ebd.: S. 13.
(12) Ebd.: S. 14.
(13) Lagarde, Paul de (1933): Bekenntnis zu Deutschland. Jena: S. 76.
(14) Ebd.: S. 155.
(15) Vgl. dazu Bruhn, Joachim: Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation. Freiburg 2019, S. 89–124.
(16) Hitler, Adolf (1936): Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band. München: S. 356.
(17) Vgl. Weinberg, Gerhard L. (Hg.) (1961): Hitlers zweites Buch – Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Stuttgart: S. 220f.
(18) Hitler (1936): S. 169; zit.n. Treher (1990): S. 275.
(19) Ebd.
(20) Schmitt, Carl (1933): Staat, Bewegung, Volk: die Dreigliederung der politischen Einheit. Hamburg.
(21) Ebd.: S. 16.
(22) Ebd.: S. 33.
(23) Vgl. Adorno, Theodor W. (1972): Freudian Theory and the Pattern of Fascist Propaganda. In: Ders. Gesammelte Schriften. Band 8. Frankfurt am Main.
(24) Adorno, Theodor W. /Horkheimer, Max (1972): Dialektik der Aufklärung. In: Adorno, Theodor W.. Gesammelte Schriften. Band 3. Frankfurt am Main: 29.
(25) Ebd: S. 193.
(26) Langer, Walter C. (1972): Das Adolf Hitler-Psychogramm. Eine Analyse seiner Person und seines Verhaltens, verfaßt 1943 für die psychologische Kriegführung der USA, Wien. S. 225.
(27) Zit. n. Fest (1989): S. 477.
(28) Treher (1990): S. 293.

What did you learn in school today? (1)

Über die Pathologisierung von Schülerverhalten

Von Julika L.

„Ruhe jetzt! RUHE jetzt! Ruhe jetzt, sonst ist hier gleich FEIERABEND!" (auf dem Kinderspielplatz)

Ruhe ist die erste Kinderpflicht. Außerdem: *Du musst erst **fragen**! Mein und Dein. Nur weil Du etwas **willst**, heißt das noch nicht, dass Du es auch **bekommst**.* Solchen Lebensweisheiten merkt man schon den mehr oder weniger mühseligen Weg an, auf dem Erwachsene sie erworben haben – und Eltern geben sie nicht ohne Genugtuung an ihre Kinder weiter. Alice Miller erzählt in ihrem Buch *Das Drama des begabten Kindes* von der Begegnung mit einem jungen Elternpaar, das diese halb bewusst mit Lehrsätzen vermittelte, halb lustvoll in die Tat gesetzte Herrschaftsideologie ins Bild setzt:

„Auf einem Spaziergang ging vor mir ein junges Ehepaar, beide groß gewachsen, neben ihnen lief ein kleiner, ca. zweijähriger Junge und quengelte. [...] Die beiden hatten sich soeben am Kiosk ein Eis am Stiel gekauft und schleckten genüßlich daran. Der Kleine wollte auch einen solchen Stiel haben. Die Mutter sagte liebevoll: ‚Komm, Du darfst von meinem einmal abbeißen, das Ganze ist aber zu kalt für dich.' Das Kind wollte aber nicht abbeißen, es streckte die Hand nach dem Stiel aus, den die Mutter ihm aber wieder entzog. Es weinte verzweifelt, und jetzt wiederholte sich ganz die gleiche Situation mit dem Vater. ‚Da, Mäuschen', sagte der Vater liebevoll, ‚Du darfst bei mir abbeißen.' ‚Nein, Nein', rief das Kind, fing wieder an zu laufen, wollte sich ablenken, kam aber immer wieder zurück und schaute neidisch und traurig hoch hinauf, wo die beiden Großen zufrieden und solidarisch ihr Eis genossen. Immer wieder bot ihm eines der Eltern einen Biss an, immer wieder streckte das Kind sein Händchen nach dem Stiel aus, und dann zog sich die Erwachsene Hand mit dem Reichtum zurück. Und je mehr das Kind weinte, umso mehr amüsierten sich die Eltern. Sie mussten sehr lachen und hofften, mit ihrem Lachen auch das Kind erheitern zu können: ‚Guck mal, es ist doch gar nicht so wichtig, was machst du da für ein Theater' (2).

Selbst wenn den Eltern klar geworden wäre, dass das Kind keineswegs nur abbeißen, sondern eben selbst ein solches Eis haben wollte und sich die Frustration und Wut über die Verachtung seiner Wünsche und die Inszenierung der Eltern als großzügige Tyrannen im „Theater" Bahn brach, würden die meisten Psychologen ihrem Verhalten wohl recht geben: Mag sein, dass man auch empathischer gegenüber einem Kind auftreten und es nicht zusätzlich in seiner Bittsteller Rolle durch Lachen demütigen sollte; aber *dass* Entzug und Gewährung von Leckereien von den Eltern zu verantworten sind, steht im Allgemeinen außer Frage. Miller sieht dagegen in der Erfahrung der Angst des Kindes, seiner Kränkung und besonders der Manipulation und Regulation des Kindes selbst eine wichtige Lustquelle des Erziehers: „Die Angst des schwachen und hilflosen Kindes gibt dem Erwachsenen das Gefühl von Stärke" (3). Die Frage wäre also vorderhand nicht, wie Erziehung die Herrschaft über das Kind gestaltet, sondern inwiefern die vordergründig der Natur des Kindes geschuldete Regulierung eigentlich die scheinbar naturhafte Selbstdisziplin der Erwachsenen bestätigt. Die Erwachsenen nehmen an dem Kind eine rückwärtsgewandte Erziehung vor. Sie selbst finden sich erst so recht in die Position des Mündigen ein, sobald sie dem Kind seine unvernünftigen Bedürfnisse vorhalten. Sie erkennen ihre Macht erst recht, sobald sie über das schwächere Kind bestimmen. Kinder sind solange süß, solange sie hilflos sind und auf Hilfe angewiesen – das beliebte ‚Kindchen Schema' bilden nicht zufällig große Augen, die Eindrücke aufnehmen, aber nur einen kleinen Mund, um sich selbst auszudrücken. Sobald Kinder den Alltag stören, ist der Spaß vorbei. In einer Gesellschaft, in der es zum Konsens gehört, dass Kinder zunächst in ihrer individuellen Entwicklung gefördert und geschützt werden sollen, existieren gleichzeitig scharfe Sanktionen gegenüber denen, die sich aggressiv, tumb, destruktiv, gewaltbereit und/oder trotzig verhalten, und die heutige Tabuisierung (4) körperlicher Gewalt zur Züchtigung bedeutet keineswegs, dass damit die Palette der Maßregelung erschöpft ist.

Wie weit Eltern und Therapeuten gehen, um Kinder oder Jugendliche zur Gesellschaft zu „befähigen", zeigt der folgende Bericht über einen neunjährigen Jungen. Er stammt aus der Studie von Margarete Staufenberg, die verschiedene Therapien zu Behandlung der Krankheit ADHS (5) evaluiert hat. Bemerkenswert an dieser Krankheit ist, dass hier nicht der Patient, sondern die Folgen der Krankheit für die Umwelt (Schule und Elternhaus) im Zentrum der Pathologisierung stehen. Ein Leidensdruck des Kindes oder Jugendlichen selbst ist selten bis gar nicht vorhanden. Staufenberg berichtet über den Behandlungsverlauf von Jakob, der anfangs sieben Jahre alt war. Jakob hatte in früher Kindheit bereits traumatische Trennungen von der Mutter und sexuellen Missbrauch durch den Stiefvater erlebt. Die Eltern vermuteten wegen „Aggressivität und Impulsivität" ADHS, trotzdem wurde der Junge zunächst nicht mit Medikamenten, sondern in einer Psychotherapie behandelt. Weil sich sein Verhalten nach zwei Jahren aber nicht wesentlich gebessert habe und er zudem „Widerstände gegen seine Therapie" zeigte, „entschlossen sich die Eltern, dem Sohn Ritalin verschreiben zu lassen. Dies führte zu einer Verhaltensänderung, er wurde ruhiger, entwickelte aber *‚im Laufe der Jahre'* eine ‚Gefühlsversteinerung'. Deshalb erfolgte eine Umstellung auf Concerta. Mit diesem Medikament fühlte der Sohn sich besser, ‚stand aber neben der Realität'. *‚Von einer höheren Dosierung wurde aus Alters- und Gewichtsgründen Abstand genommen.'* Die gleiche Wirkung trat unter Strattera ein, *‚mit den weiteren Folgen, dass der Sohn überdimensional an Gewicht zulegte und sich die schulischen Leistungen drastisch ver-*

schlechterten,' so dass schließlich wieder auf Ritalin zurückgegriffen wurde. Sein Verhalten wurde jetzt wieder ruhiger und *‚gegen die Selbstmordgedanken bekommt er jetzt zusätzlich Fluoxetin*" (6).

Über diesen Bericht kann man erschrecken, aber er ist an sich kein Skandal. Eine solche medikamentöse Behandlung ist keineswegs unüblich. Sie kann sogar zu einer stärkeren Bindung zwischen Eltern und Kind führen, weil die Auflagen für die Einnahme der Medikamente in den täglichen Ablauf der Familie eingreifen. Eine Mutter erzählte einmal, dass sie und ihr Sohn morgens immer eine halbe Stunde früher aufstehen, weil er das Medikament eine halbe Stunde vor dem ersten Essen nehmen muss. Also verbringen die beiden jeden Tag (auch im Urlaub) eine halbe Stunde gemeinsam am Frühstückstisch, bevor alle anderen, Geschwister und Vater, aufstehen um zu frühstücken – eine Episode, geeignet, der Kellogs-Cornflakes Familienfrühstückswerbung Konkurrenz zu machen. Damit treibt die Medikation die Kinder wieder in die Arme ihrer Familie zurück, befestigt die familiären Strukturen und führt zu einer stärkeren sozialen Unsicherheit im Umgang mit Menschen außerhalb dieses Vertrauenskreises. Die Geborgenheit der Medikation und der Familie erfüllt den Zweck einer nachholenden Sozialisation im Schoß der Familie. Natürlich sind diese Medikamente schwerwiegende Eingriffe, schließlich sind es Psychopharmaka. Und sie haben auch alle Folgen von Psychopharmaka, besonders insofern es Kinder und Jugendliche betrifft, die sich schnell von den Medikamenten abhängig fühlen und ihr eigenes Verhalten furchtbar ängstlich beäugen, sobald sie die Medikamente nicht mehr nehmen. Recht haben sie, sich zu misstrauen. Denn wer glaubt, diese Eltern und Therapeuten seien unnötig grausam, täuscht sich: Die vermeintlich gewaltlose Gesellschaft existiert durch die Unterdrückung der Gewalt ihrer Mitglieder, durch deren freiwillige Unterordnung und durch die gegenseitige Disziplinierung im täglichen Einerlei. Die anfangs genannten Lehrsätze über *Mein-und-Dein, Tu-was-ich-dir-sage* und *Nimm-das-nicht-das-gehört-dir-nicht,* sind wesentlich durch die Familie einzuüben und fallen erst auf, wenn sie von Kindern nicht internalisiert wurden.

Wo keine vorgehaltene Waffe, keine Gewalt außer der staatlichen herrscht, wird die Herstellung von *Akzeptanz* und *Identifikation*, von Anpassung, von persönlicher Aneignung dieser Prinzipien allerhöchstes und zugleich schwankendes, prekäres Gut der Besitzlosen. Sie sind gehalten, im Schutz der Familie jene erzieherische Arbeit zu leisten, die Staat und Kapital eine gewaltfreie Herrschaft ermöglichen. Die Einschränkung auf die Besitzlosen, genauer: auf diejenigen, die weder über eigenes Kapital verfügen, noch mit der verantwortungsvollen Verwaltung und Vermehrung fremden Kapitals betraut sind, muss betont werden. Es ist zwar nicht unüblich, Kinder liberaler zu erziehen. Wenn sie lernen, Gesetze zu biegen oder als spießbürgerlich zu verachten, dann hat das aber seinen realen Kern in der Hoffnung auf die Sprösslinge, sich früh darin einzuüben, selbst Regeln aufzustellen, oder ihnen zu entgehen: als erfolgreiche Politiker oder Geschäftsleute, die ihr (oder das ihnen anvertraute) Kapital vor dem Fiskus bewahren, der es doch nur verschleudere anstatt zu investieren. In niederen Schichten wird dagegen für gewöhnlich nicht diskutiert, sondern gehorcht. Dort sind die Menschen gewöhnt, sich fremden Zwecken unterzuordnen und entsprechend wird es auch von den Kindern erwartet. Innovation in Form liberaler, freiheitlicher Pädagogik gibt es dagegen von Kapitaleignern, -verwaltern oder deren ideologischen Sachwaltern: Lehrern, Kreativen, etc. Kindererziehung ist damit zuvörderst Fahrschule gesellschaftlicher Praxis, die den Einzelnen erst in den Stand setzt, für die bürgerlichen Verkehrsformen tüchtig zu werden. Und weil Eltern ihre Kinder nicht der Arbeits-, Obdachlosigkeit, der Psychiatrie oder dem Gefängnis aussetzen, wohl auch nicht ihr Leben lang für deren misslungene Sozialisation einstehen wollen, bringen sie ihren Kindern alles bei, was sie wissen und üben müssen, um dem zu entgehen. Wie wesentlich diese familiäre Prägung ist, zeigt sich allerdings erst, wenn sie vermeintlich schiefläuft. Jeder, der einmal mit Kindern zu tun hatte, die „schwierig" sind – oder selbst eines war – kennt die Verblüffung, mit der danach „normale" Kinder auf einen wirken. Der Erzieher sagt etwa: „Setz dich hin, Ron." Und der Junge setzt sich.

ADHS

Wenn das nicht geschieht, urteilt der geschulte Pädagoge, hat das Kind leider ein Problem. Ganz im Gegenteil zum eigentlich fröhlichen Verständnis stellt sich dann, wie am Anfang dieses Textes, die Drohung vom vorzeitigen FEIERABEND ein. Und wie das eben so typisch ist für den ersehnten Feierabend: Die Folgen des Tages werden mit Alkohol oder Tabletten gedämpft. Eine Entwicklung, der Pädagogik nicht unähnlich. Mit Alkohol am Schnuller würde sich zwar kein Elternteil mehr erwischen lassen wollen, aber bei gleichzeitigem Gewaltverzicht kann die Forderung nach freiwilliger Selbstkontrolle schon mal selbst unmäßig erscheinen. Ob das Verhalten des Kindes aber wirklich unmäßig ist, darf dabei natürlich eigentlich nicht dem Temperament des betreuenden Pädagogen geschuldet sein. Ist das Kind einfach kreativ, wenn es sein Buch/Tisch/den Tischnachbarn bemalt? Oder ist das schon eine latent destruktive Neigung in komorbider Verbindung mit einem gestörten Verhältnis zu Autoritäten und ihren Instrumentarien? Oder beides? Wer soll sich da auskennen? Na klar, die: „Fachleute bezeichnen das Verhalten hyperaktiver Kinder als ‚desorganisierte, mangelhaft regulierte und überschießende motorische Aktivität'. Im Alltag heißt das: die Kinder sind extrem unruhig, können nicht lange sitzen oder sich ruhig beschäftigen. Sie zappeln auf dem Stuhl herum, laufen während des Unterrichts durch die Klasse und machen Faxen. Ihre Rastlosigkeit zeigt sich besonders in Situationen, in denen relative Ruhe verlangt wird und die ein hohes Maß an Selbstkontrolle erfordern. Oft scheinen die Kinder einen unstillbaren Rededrang zu haben und wirken, ‚wie aufgezogen', wobei die Umwelt – also auch Eltern und Lehrer – dagegen nichts tun kann" (7).

Sie können nichts dagegen tun

Hier lügt Schleider natürlich. Man kann etwas tun, und in den meisten Fällen wird auch etwas getan. Ritalin und ähnliche Medikamente, die Kinder in solchen Fällen (wie dem oben erwähnten) bekommen, wenn während des Unterrichts und darüber hinaus „Faxen" gemacht, ungefragt monologisiert, oder in der Gegend herumgerannt wird, sind nicht „nichts". Ein sehr merkwürdiger Umstand, den die gesamte Forschung um ADHS begleitet, ist diese Vorspiegelung von Ohnmacht gegenüber dem Kind. Faktisch sind die Methoden der Eltern bei Fehlverhalten: Freiheitsentzug durch Hausarrest, Liebesentzug (das Kind keines Blickes würdigen), Gewaltandrohung und mindestens in kleineren Dosen – etwa 40% aller befragten Eltern geben das freiwillig an – auch Handgreiflichkeiten (8), für Kinder also existentielle Eingriffe, die deren Leben maßgeblich bestimmen. Auch die starken Medikamente, die Kindern mit diagnostizierten Verhaltensauffälligkeiten verschrieben werden, sind bewusstseinsverändernd. Die Maßnahmen, die Autoritäten Kindern bei

Fehlverhalten antun, ohne dass sie deswegen, wie es der Fall ist, den Eindruck gewinnen würden, dass sie Macht über ihr Kind ausüben, sind jedoch auch deswegen in ihrer Selbstwahrnehmung so hilflos, weil das gesamte Umfeld von Kindern eigentlich gewöhnt ist, dass sich die „Dinge von alleine regeln", Genauer gesagt: hilflos macht die Erzieher, dass in einer (aus ihrer Sicht) völlig normalen Welt jemand aus unerfindlichen Gründen durchdreht. Wobei die Gründe so unerfindlich nicht sind. Schließlich sind es, laut einer Studie des Bundesgesundheitsblattes von 2007, vor allem Kinder aus den unteren Schichten und migrantischen Milieus (in der Studie offenbar mit völkischem Seziermesser säuberlich getrennt), die unter ADHS leiden: „ADHS wurde häufiger bei Teilnehmern mit niedrigem sozioökonomischem Status diagnostiziert als bei Teilnehmern mit hohem Status. Von Migranten wird seltener über eine ADHS-Diagnose berichtetet, sie sind jedoch häufiger unter den Verdachtsfällen" (9). Dabei wäre es für sie immer noch besser, eine Diagnose und eine Behandlung zu bekommen, als einfach schulisch aussortiert zu werden. Das passiert nämlich, wenn *nur der Verdacht*, aber keine Diagnose existiert. Vielleicht sind die „Noxen" (10) dieser Kinder auch ihre angeborenen Migrationshintergründe, und das ist denn doch schwer therapierbar. In diesem Missverhältnis zeigt sich die Härte der Sozialisation: Wer sich nicht sozialisieren lässt, ist entweder krank oder er ist eben einfach nicht gesellschaftsfähig.

Merkmale der ADHS

Aufmerksamkeitsdefizit/hyperaktivitätsgestörten Kindern, so Schleider, fehle es an Mäßigung, die als unspezifische, ungerichtete, stets und unabhängig von der Situation zu leistende Kontrolle über Tätigkeit, Empfindung, Impuls und Handlung jedoch von Kindern wie selbstverständlich erwartet wird. Worin eigentlich der Streitpunkt der Kinder lag (s. Eingangszitat), die sich angingen, war für die Mutter nebensächlich (11). Ob die Kinder überhaupt mithilfe ihres Geschreis an die Mutter appellieren wollten, was es ja erst zu einer zielgerichteten „Störung" gemacht hätte, oder ob nicht die Mutter sich in ihrer Verantwortung über die Kinder von deren Lärm als Ordnungshüterin angesprochen gefühlt hat, was die Reizung und das Ohnmachtsgefühl erklären würde, ist hier die Gretchenfrage. Wobei Gretchen, nachdem Faust sie als uneheliche alleinerziehende Mutter zurücklässt, aus Verzweiflung zur Kindsmörderin wird und am Ende geköpft wird. Bevor es mit der eingangs zitierten Mutter soweit kommt, gibt es jedoch von der Psychologie eine erfrischend klare Antwort, wer von beiden Parteien irre ist: Das Unvermögen, sich zu konzentrieren, seine Impulse zu kontrollieren und sich „sozial angemessen", also angepasst an die gesellschaftliche Ordnung des Umfelds zu verhalten, zählen zu den sogenannten „Kernsymptomen" von ADHS. Bevor die Frage aufkommt: Damit sind natürlich die Kinder gemeint. Außerdem muss sich die Mutter, die ihren Befehl sogar dreimal wiederholen musste, mutmaßlich noch mit einem vierten Konfliktfeld herumschlagen, das „oppositionelle Störung" genannt wird und ebenfalls zu den Begleiterscheinungen einer ADHS gehören kann – es bildet allerdings auch eine selbstständige Störung. Kinder mit einer oppositionellen Störung „leisten oft Widerstand gegenüber Autoritäten und deren Anforderungen" (12). Weil ADHS nicht ursächlich, sondern symptomatisch erfasst wird, gehören solche „komorbide" Auffälligkeiten (die Liste möglicher, im Krankheitsbild paralleler Störungen ist lang: Tic-Störung, Angst-Störung, Leistungsstörung, etc. (13)) regelmäßig zur Diagnose von ADHS. ADHS bezeichnet eine Gruppierung von Auffälligkeiten. Ob diese in ihrer Summe als ADHS diagnostiziert werden, hängt allerdings weniger vom vielzitierten Maß und ihrer Kontinuität in verschiedenen Situationen, sondern vielmehr von ihrer Abgrenzung zu Krankheiten ab, die ihrer Ursache nach deutlicher hervortreten. Denn die Merkmale der Krankheit finden sich auch bei anderen Störungen: „in extrem desorganisierten Familien, in denen die Kinder vernachlässigt werden, bei fehlender konsequenter Erziehung, bei Verwahrlosung oder durch Beziehungsstörungen können ebenfalls die für ADHS typischen Symptome auftreten" (14) Das erklärt die ungleich höhere Attraktivität der Diagnose ADHS für Eltern: Ist das Kind nämlich nicht krank, ist wohl seine Erziehung schiefgelaufen. Bevor sie sich selbst denunzieren, ersparen sich Eltern lieber die Kränkung und erklären ihr Kind für irrsinnig.

Mir ist einmal ein Kind begegnet, Max, der partout nicht bereit war, den Aufforderungen des Lehrers „Folge zu leisten" (was wie Militärjargon klingt, tatsächlich aber normale Pädagogendiktion ist). Meist stand er einfach während des Unterrichts auf und ärgerte andere Kinder, die ruhig arbeiteten. Im Beisein anderer beschimpfte er seinen Vater als „Waschlappen", machte sich über ihn lustig und kommandierte ihn herum. Es war nicht möglich, ihn dazu zu bewegen, seine Aufgaben zu machen. Man konnte sich stundenlang neben ihn setzen – vergebens. Max' Eltern waren Akademiker und er selbst ziemlich intelligent. Das rettete ihn davor, mit einer anderen Diagnose als ADHS belangt zu werden. Seine Eltern waren mit zwei Kindern zwar deutlich überfordert, aber durchaus vermögend, der Vater wirkte pubertär, war aber Ingenieur, die Mutter war zwar depressiv, aber ebenfalls Ingenieurin. Da fehlten für die Psychologen einfach die Ursachen einer klinischen Störung: keine desorganisierte oder verwahrloste Familie, keine Beziehungsproblematik, kein Missbrauch, keine Gewalterfahrung. Das ist äußerst typisch, sowohl für die Fälle von ADHS wie auch für die oben zitierte Ursachenforschung: Es scheint eigentlich keinen Grund dafür zu geben, dass die betroffenen Kinder keine Ruhe geben. Max lehnte es mit erstaunlicher Entschlossenheit und Willensstärke schlichtweg ab, seine Aufgaben zu erledigen. Er ignorierte die Lehrer. Er saß die Schule stoisch aus oder rannte weg.

Für die meisten Kinder, die so oder so ähnlich handeln, bildet ihr Verhalten für sie selbst kein Problem, sondern Zerstreuung, Abwehr, Spiel, lustvolle Provokation. Max genoß es, seinen Vater dumm da stehen zu lassen, und der freute sich insgeheim, so einen tapferen Sohn zu haben. Max litt natürlich gleichzeitig darunter, immer hart und stark sein zu müssen. Aber der Rest seiner Umgebung: Schule und Betreuungsgruppen, nach deren Regeln er sich hätte richten sollen, spielten für ihn schlicht keine Rolle. Auch die Kinder auf dem Spielplatz haben höchstwahrscheinlich ihre Mutter gar nicht in ihre Aufmerksamkeit einbezogen, sondern waren vertieft in ihre Auseinandersetzung, aufmerksam nur ihrem Gegenüber – und *genau das* stellt für Mutter und Pädagogen eben das tatsächliche Problem dar. Aufmerksamkeit ist letztlich kein selbständiger, kein inhaltlicher Begriff, sondern eine Forderung: stets aufzumerken auf *das Vorgegebene*. Die Forderung nach Aufmerksamkeit *an sich*, unabhängig vom spezifischen Gegenstand der Aufmerksamkeit, ist gleichermaßen paradox wie warenförmig. Während Aufmerksamkeit darin besteht, dass das Bewusstsein sich *im* spezifischen Gegenstand vertieft, gilt der Forderung nach Aufmerksamkeit *an sich* der spezifische Gegenstand als beliebig austauschbar. Davon allerdings will auch Christoph Türcke nichts wissen, der in seinem um konstruktive Anschlussfähig-

keit bemühten Buch *Hyperaktiv! Kritik der Aufmerksamkeitsdefizitkultur* vom „ausgestreckten Zeigefinger“ als „Urbild der Aufmerksamkeit“ schwärmt (S. 50) und es sichtlich vermeidet, jedweden Inhalt, auf den sich Aufmerksamkeit richten soll, zu benennen. Es müsste allerdings, im Gegensatz zu seinen allgemeinen Überlegungen zu diesem Thema, begründet werden, *warum überhaupt* ein Defizit vorliegen soll, wenn ein Kind speziell Eltern und Schule ignoriert, also aus seiner Aufmerksamkeit ausspart oder „hyperaktiv“ vor ihnen wie getrieben davonläuft. Das tut es auch nicht – jedenfalls nicht für das Kind.

Die Reaktion der Pädagogik

Dass Eltern und Schule mit dem Verhalten der Kinder/der Schüler Probleme haben, ist dagegen offensichtlich. Ohne Eingliederung in den Gesellschaftsapparat sind die Eltern in längerer (oft auch finanzieller) Verantwortung gegenüber ihrem Kind und für die Schule sind die Schüler Störungen, die anderen Schülern im schlimmsten Fall ins Gedächtnis rufen, dass es nur wenig bedarf, um das fragile Gerüst des stillen Einverständnisses, auf dem heutiger Unterricht beruht, zu Fall zu bringen. Wiewohl aus der antiautoritären Erziehung entstanden, beruht das Konzept zeitgenössischer Pädagogik, das auf körperliche Züchtigung verzichtet, auf dem zutiefst autoritären und brutalen Gedanken, das Kind bewege sich im Schulsystem wie ein Fisch im Wasser. Seine natürliche Umgebung werde in Hingabe zu ihr erst recht begriffen. Aufgabe der Schule und des Elternhauses sei daher schlicht die Förderung der Anlagen des Kindes, in natürlicher Akzeptanz der Institutionen und menschlichem Begleitfeuerwerk seine eigenen Anlagen dahingegen zu Tage zu bringen, dass das Kind sie erkennen, benennen, ertüchtigen, disziplinieren, beherrschen, bereichern und fachlich kompetent einsetzen kann. Dagegen sich zu verhalten muss folgerichtig als pathologische Selbstdestruktion des Kindes durch das Kind verstanden werden. In einigen Schulen gehen Lehrer soweit, vom regelverletzenden Schüler nicht äußerliche Disziplin, sondern innere Einsicht und Reflexion zu verlangen. In einem „Trainingsraum“ (15) wird dem renitenten Schüler ein „Selbstreflexionsbogen“ vorgelegt, er handelt sich ein „Gespräch“ mit Lehrer oder Eltern ein und „erhält“, wenn den „Ursachen“ nicht abschließend „auf den Grund gegangen“ werden kann und sich der Vorgang wiederholt, schließlich ein „Beratungsgespräch“, das irgendwann auch mit dem Schulleiter geführt wird. Die Leiterin der zitierten Schule, Johanna Frank, deutet dieses Vorgehen als Einbeziehung des Schülers und Förderung seiner Selbstbestimmung: „Sie [die Schüler] wissen: es gibt bestimmte Klassenregeln, und wenn sie sich an die nicht halten können, haben sie sich für den Trainingsraum entschieden.“

Sie haben sich also für den Trainingsraum entschieden. Wie, als wäre es die freie Wahl des Kindes, zum Schüler zu werden, als wäre es nicht, selbst wenn es keine Schulpflicht gäbe, die Not, ohne Schulbildung, ohne Zeugnis keine Lohnarbeit oder nur schlecht bezahlte, körperlich schädigende Arbeit verrichten zu müssen, nicht oder nur schwerfällig von der Familie unabhängig zu werden, welche die „Entscheidung“ der Schüler zur Farce macht. Als wäre ein „Gespräch“ mit Vorgesetzten überhaupt möglich. Gleichberechtigung und Freiheit zu heucheln, ersetzt den Rohrstock früherer Pauker und entlastet gleichzeitig von der Verantwortung, selbst die Autorität zu verkörpern. Es ist die Autorität des Sacharguments, die Autorität der Verhältnisse die angeführt wird: *Denn die Verhältnisse, die sind nicht so* (16) – dass sie eine offene Abwehr zulassen würden. Die Abkehr von offener Gewalt, die im Übrigen vor allem eine Sache der Schulen, durchaus nicht klassenübergreifend der Elternhäuser ist, verdeckt die perfide Manipulation. Es sei genuin Sache des Schülers, „seine“ Sache, er agiere in eigener Sache, in eigenem Interesse, wenn er die Schulregeln befolge und sich ihnen unterordne. Allerdings ist die Forschung über ADHS in dieser Sache sehr viel ehrlicher als die Schule, die auf das Einverständnis der Schüler angewiesen ist und die Herstellung dieses Einverständnisses propagandistisch verkauft. Für die behandelnden Ärzte ist klar, dass es sich bei der Behandlung von ADHS nicht in erster Linie um ein Problem des Patienten handelt, sondern darum, die Folgen seines Verhaltens für seine Umwelt abzumildern: „Vor allem ist immer wieder darauf hinzuweisen, dass es durch [sic!] die medikamentöse Behandlung prioritär nicht um eine Verminderung der Kernsymptome des Störungsbildes geht, sondern um die Vermeidung der psychosozialen Folgen, welche die Kernsymptome nach sich ziehen. Eine wirksame Medikation führt außerdem oft vor allem im Kindesalter zu einer Steigerung der intrinsischen Leistungsmotivation“ (17). Die „psychosozialen Folgen“: Das meint, dem Kind wird solange mit entsetztem Gesichtsausdruck deutlich gemacht, daß es eine Belastung für die „soziale“ Gemeinschaft ist, bis es selbst daran glaubt („psycho“). Schulischer Rahmen und Kindergruppe werden nicht in Frage gestellt, sondern gerade *deren Erhalt* dient die Medikation. Was die Erziehungswissenschaftler hier gar nicht mehr offen ansprechen, weil es allzu selbstverständlich scheint: Die medikamentöse Behandlung des Kindes dient dazu, es zu einem Menschen zu machen, „den die Gesellschaft verlangt“ (18). Das ist ein leistungsmotivierter Mensch. Ein leerer Begriff, der nicht zufällig ohne jeden Inhalt daherkommt. Ohne jeden Inhalt ist ja auch das, wozu das Kind motiviert werden soll. Äußerste Unabhängigkeit vom zu bearbeitenden Gegenstand ist erklärtes Erziehungsziel und könnte genausogut „Fleiß“ genannt werden. Aus der eigenen Erfahrung kann man den Forschern nur zustimmen: Solcherart medikamentierte Kinder erledigen praktisch alles, was ihnen vorgesetzt wird ohne Fragen zu stellen. Ganz der Papa! Der hat mit dem, was er den ganzen Tag tut, ja letztlich auch nicht viel zu tun, noch setzt er selbst den Zweck seiner Arbeit. Schön, wenn sich die Generationen so näher kommen.

Selektion und Integration

Während Reden, wie die solcher Erziehungswissenschaftler, totalitär sind, zeigen die Reaktionen der Schüler, dass es bis zur Verinnerlichung noch ein weiter Weg ist. Immer mehr Schülern werden Störungen diagnostiziert, die von Lern- und Leistungsstörungen bis zu sozialen Störungen reichen. ADHS gehört dazu. Allerdings ist es ein Kurzschluss, diese Schüler würden mit der Diagnose einfach abgestempelt und ausgesondert – es handelt sich vielmehr um eine Integration in ein Schulsystem, das sie sonst einfach nach der neunten Klasse der Haupt- oder Sonderschule ausgespuckt hätte. Pathologisierung enthält immer auch das Bemühen um Behandlung, selbst wenn „grundsätzlich von einer erhöhten biologischen Vulnerabilität, d.h. Anfälligkeit, eine ADHS zu entwickeln, auszugehen [ist], in welche sowohl genetische als auch neurobiologische Faktoren (z.B. weitere von einer ADHS betroffene Familienmitglieder, Frühgeburtlichkeit, Noxen während der Schwangerschaft) einfließen“ (19).

Der hässliche Zwilling der ADHS ist die gemeine „Soziale Störung“, die neben ADHS zu den häufigsten Diagnosen im Kindes- und Jugendalter zählt, deren Ursachen aber meist recht klar, nämlich genau in den von Schleider genannten, zu erkennen sind. Delinquentes Handeln,

Aufsässigkeit, Gewalt, Entwicklungsstörung, Stehlen und Zündeln gehören dazu. Als soziale Störung ist dieses Krankheitsmodell aber sehr unattraktiv für alle Beteiligten, weil es weniger behandlungs- als vielmehr straffähig ist. Man geht dabei vom freiwilligen Handeln aus. ADHS dagegen, darin ist sich die Forschung inzwischen recht einig, ist „im Sinne eines biopsychosozialen Störungsmodells" von Geburt an festgelegt, qua Ausschluss anderer Ursachen muss die Reaktion des Patienten *unnatürlich* sein. Andreas Gruschka kritisiert diesen Schluss in seiner *Negativen Pädagogik*: „Wir tun uns schwer, eine genetische Determination trotz wohlgeratener Eltern zu unterstellen. Wo sie ggf. doch erwogen wird, wird sie schnell wieder ins Diffuse zurückgedrängt: Mangelnde Schulleistungen sind dann noch am leichtesten auf die Anlagen als der Natur des Kindes zu beziehen, während unangepasstes und aggressives Verhalten stark auf vermeintlich fehlerhafte Erziehung verweist" (20). Schließlich gewöhnen sich meisten Kinder zwar „natürlicherweise" Gehorsam nach dem Prinzip des Liebesentzugs ihrer Eltern an und essen den Spinat, weil „die Mutter dann nett lächelt", wie Erich Fromm das so unverfänglich formuliert hat. Aber manche Kinder essen den Spinat eben nicht.

Bemerkenswert ist, dass im Gegensatz zum totalitären Vokabular die Geschichte der Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung in den 70er Jahren beginnt, in denen gewalttätige und autoritäre pädagogische Methoden bis heute schrittweise abgebaut wurden. Exemplarisch für die zeitgenössische Kritik am Schulsystem kann das *Plädoyer für die Abschaffung der Schule* stehen, in dem Ivan Illich schrieb:

„Mit dem Glauben an die Schule ist es vorbei. [...] Den Schülern wird beigebracht, Unterricht für Lernen zu halten, das Durchlaufen der Klassen für Bildung, ein Diplom für wissenschaftliche Befähigung" (21). Politische Kritik an Hierarchisierung und Leistungsforderung, Disziplinierung und Selektion der Bevölkerung bedingten in den 70er Jahren die Überzeugung, dass Gruppe und Gemeinschaft der Schüler gegen den Lehrer gestärkt werden sollten – und dann auch tatsächlich wurden, wie die Schulstreiks dieser Zeit zeigen. Die Rolle des Lehrers wurde vom Vorsteher der Gemeinschaft zum Begleiter degradiert (22). Das stellte aber auch größere Anforderungen an die Klassengemeinschaft: Wo die Motivation und das Einverständnis, die selbstorganisierte Arbeit erfordert, zur Selbstverständlichkeit werden, fällt derjenige stärker auf, der nicht mittut. Und weil nicht dem Lehrer, sondern dem Lehrstoff Folge zu leisten ist, kann eine Weigerung sich weniger als persönlichen Angriff darstellen, sondern muss als Widerstand gegen den schulischen Rahmen geahndet werden. Dazu kommt, dass ein vormals renitenter Schüler nicht nur den Unterricht, sondern die ganze Gruppenarbeit gefährdet. Er zieht also nicht nur den Widerwillen des Lehrers, sondern im besonderen Maße den Ärger seiner Mitschüler auf sich. Denn geändert hat sich seither nicht, was Peter Schneider in derselben Ausgabe des Kursbuches sagt, dass die Schule derjenige Ort im Kapitalismus ist, der für die „Erzeugung von Haltung" (23) zuständig ist. Mit autoritärem Führer vorne oder eben durch die autoritäre Verschweißung zur „Klassengemeinschaft", in die der Einzelne sich einzufügen hat. Gemeinsam über selbst auferlegte Regeln zu entscheiden, sich selbst den Lernstoff aussuchen zu können und Inhalte über originelle Methoden zu erlernen, ändert nichts am vorgegebenen Ziel: über Lehrplan und soziale Disziplinierung den Einzelnen in den *Stand* eines Staatsbürgers und Arbeiters zu setzen. Im Gegenteil. Wenn Illich die Isolation des Lernens in der Schule beklagt und für eine „Entschulung" plädiert, so nur, weil er vermeintlich vernünftigere Praxen der Aneignung kennt, nämlich die Verbindung von produktiver Arbeit und Unterricht: „Dass der Arbeit in der modernen Gesellschaft keine sinnvolle Erziehungs- oder Bildungsfunktion mehr zukommt, gehört zu den schlimmsten Erscheinungsformen der Entfremdung in dieser Gesellschaft" (24). Dass einem beim Lesen doch spontan so einige schlimmere Erscheinungsformen einfallen würden, darf nicht dazu verleiten, über den Entfremdungsbegriff hinweg zu lesen.

Die Funktion der Schule

Mit dem Vorwurf der Entfremdung sind zwar die Schüler kaum, aber das Verhältnis der Schule zur Produktionsweise der BRD in den 70er Jahren recht gut getroffen. Während die klassischen Industriebranchen in den 70er Jahren abgebaut wurden (während in den 50er und 60er Jahren noch zusätzliche ausländische Arbeiter angeworben werden mussten), zeigten sich die fortschrittlichen technologischen Bereiche auf dem Vormarsch. Doch die schulische Selektion hinkte der Forderung nach gut ausgebildeten Fachkräften hinterher – Hauptschüler hatten so gut wie keine Chance auf dem Arbeitsmarkt, weil die Arbeitslosigkeit in den typischen Feldern der Fabrikarbeit, der Kohle- und Stahlproduktion u.ä. immens war. Während vorher scharfe Auslese den Arbeitsmarkt mit jungen, ungebildeten Kräften versorgt hatte, kehrte sich diese Strategie nun in ihr Gegenteil um. Die schulische Ausbildung der Hauptschüler war letztlich wertlos (das hatte vorher auch kaum eine Rolle gespielt), der Druck, einen besseren Abschluss zu erlangen, demgegenüber sehr hoch. Schulische Ausbildung wurde daher auch in den unteren Schichten langsam aufgewertet. Gleichzeitig arbeiteten viele der Eltern dieser Schüler noch in eben diesen schwindenden, schlechtbezahlten Berufen. Mit wenig Geld und beengten Wohnverhältnissen stand das Interesse der Eltern, ihre Kinder nach einer möglichst kurzen Schullaufbahn in die Arbeit (und damit aus der elterlichen Verantwortung) zu entlassen, dem Bedarf nach längerer schulischer Ausbildung der Jugendlichen entgegen. In dem 1977 im Berliner Jugendtheater GRIPS aufgeführten Stück *Das hältste ja im Kopf nicht aus* kündigt sich der Wandel, die Kinder und Jugendlichen länger in der Verantwortung der Familie und Schule zu belassen, an. Im Lied „Alle Kowalewskis" singt die Familie gemeinsam, nachdem Vater und Mutter von der Lehrerin aufgefordert wurden, gegen die Missstände in der Schule und der Ausbeutung der Schüler in unbezahlten Betriebspraktika gemeinsam mit anderen Eltern und Schülern Stellung zu beziehen:

„Der Vater lebt im Tran
Die Mutter, die brüllt rum
Der Bruder stinkt sich selber an.
Oh Mann

Wie können uns alle nicht mehr sehn
Das ist ja wohl auch zu verstehn
Doch in der Schule ha'm wir gemerkt
Es kann auch anders gehn
Der Bruder braucht noch 'nen kräftigen
Tritt
Und morgen machen auch die Alten mit:

Alle Kowalewskis
Und nicht nur ich und du
Alle Kowalewskis
Und ihr gehört dazu."

Inmitten allgegenwärtiger Arbeitslosigkeit war die Schule sichtlich um Legitimität ihrer Institution bemüht – auch, wenn ihr nur noch *eine* wesentliche Funktion zukam, wie der Direktor im selben Stück aufgebracht bezeugt: „Die Arbeitslosigkeit

hat auch ihr Gutes! Da sondert sich die Spreu vom Weizen! Da werden nicht mehr jedem hergelaufenen Rotzlöffel die Geldscheine in den Hintern gesteckt!" Denn obwohl vor allem die Hauptschule keine ausreichende Qualifikation für die Jugendlichen bot, hielt die Schule doch mit ihrer Notenvergabe weiterhin alle Trümpfe in der Hand. Nur, wer das beste Zeugnis vorweisen konnte, hatte eine Chance auf eine Lehrstelle. Die Autorität der Schule stieg also, während ihre inhaltliche Legitimität immer weiter sank. Gruschka benennt den pädagogischen Widerhall der wechselnden Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitskräften sehr treffend: „Die Jugend wird hier zu einer flexiblen Manövriermasse im gesellschaftlichen (Re-)Produktionsprozess. Benötigt man für ihn besser ausgebildete Jugendliche, so erinnert man sich an die bestehenden Reserven. Besteht ein Überangebot, so stellt man fest, das Begabungspotential sei ausgeschöpft. Unbegabte würden bereits wie Begabte behandelt" (25). So lässt sich gut verstehen, warum gerade in den 70er Jahren langsam der Damm brach, autoritäre Erziehungsmethoden über Bord zu werfen, und die Jugend in höhere akademische Welten aufsteigen zu lassen. In den 60er Jahren war der Besuch des Gymnasiums nur etwa 15% der Schüler vorbehalten. Heute gehen die meisten Schüler auf das Gymnasium – in einem dreigliedrigen Schulsystem mehr als ein Drittel. Der Grund dafür liegt nicht in der Begabung, sondern im Bedarf und der nachholenden pädagogischen Behauptung, es käme nur auf die fachgerechte Förderung der Anlagen an, die an sich gleichverteilt seien. Wobei das in Deutschland nach wie vor eine plumpe Lüge ist. In kaum einem anderen Land liegen soziale Herkunft und eigener Bildungsgang so nahe beieinander, wie hier. Oder die Lüge ist gar keine und auch nicht plump: Wenn jeder nach seinen Möglichkeiten gefördert wird, bleibt er auch dabei.

Heutiges: den Schülern wird auf den Leib gerückt

Während sich die mathematisch-naturwissenschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Fächer tendenziell auf die Ausbildung der wettbewerbstauglichen Fähigkeiten und Fertigkeiten des Schülers konzentrieren, fällt den geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern von jeher die Aufgabe der Identifikation und Integration in die Gemeinschaft der Staatsbürger zu. Im Bestreben, inzwischen nicht nur chancengerecht, sondern auch bedürfnisorientiert zu unterrichten, stößt man auf abgründige Ansätze. „Wie kann Geschichte inklusiv unterrichtet werden?" (26), fragt etwa die aktuelle Ausgabe der GEW-Lehrerzeitung und kommt schnell auf den Punkt, der „Manövriermasse" (Gruschka) „aller Schularten und Altersstufen" auf den Pelz zu rücken: „Den Schwerpunkt setzen wir bei (sic!) der Idee der Offenlegung von im Leib sedimentierter Geschichte, was eine neue Grundlage schafft, (Geschichts-) Unterricht zu denken und durchzuführen." Wie in der ADHS-Diagnose die Aufmerksamkeit *an sich* zur unhinterfragten Voraussetzung gesunder Schüler fetischisiert wird, so hier die historische Identität als im Leib sedimentierte Geschichte. Die einzige Wahrheit, die dem zugrundeliegt ist, dass der Leib in der Geschichte des Staates nur als toter Körper zu denken ist. Ein allgemeines Erkenntnisinteresse des Staates daran ist nichts anderes, als „eine Einbildung, eine abstrakte Idee, eine Lüge: der Staat gleicht einem riesigen Schlachthaus oder einem Friedhof, wo im Schatten und unter dem Vorwande dieser Idee der allgemeinen Interessenvertretung durch den Staat, alle wahren Bestrebungen, alle lebendigen Kräfte eines Landes sich als willige Opfer hinschlachten lassen" (27). In diesem Sinne kann im Leib Geschichte nur verwesen, nicht sedimentieren. Davon haben aber die Autoren auch eine gewisse Ahnung, denn das Unterrichtsbeispiel setzt beim Antisemitismus an. Hier kommt die Leiblichkeit besonders zum Tragen, denn schließlich ist dieser „einerseits geprägt durch den Lebensraum, den wir durch Bewegung erschließen", andererseits – nein, ein andererseits kommt nicht mehr vor. Dafür können wir den Raum kennenlernen, der „angefüllt [ist] mit Gegenständen und Szenarien, die kulturell geprägt sind, und in denen GeSCHICHTe in ihrer VielSCHICHTigkeit überall präsent ist und sich in uns einschreibt" (28). Wesentlich in diesem Gerede ist das Ziel der „SCHICHT"-ung, nämlich die Bildung einer leckeren mehrstöckigen Torte der „place-identity", die alle Voraussetzungen von „race und class und ability und gender" für die heißersehnte Erfahrung von „Inklusion" mit sich bringt. Am wenigsten Teil der Gesellschaft scheinen dabei die Juden zu sein. Aber nicht wegen dem Holocaust oder wegen einer als „Exklusion" missverstandenen Vernichtungsdrohung – wo denken Sie hin? Die „patrilineare Jüdin" (29) dient als das beste Beispiel für „innere Zerrissenheit und Identitätssuche", finden die Autoren. Denn die fiktive Romanfigur „Lola" fühlt sich als Jüdin, ist aber eigentlich keine, weil nur ihr Vater Jude ist. Das war für sie auch nicht weiter von Belang, bis sie antisemitisch beschimpft wurde – für die Verfasser eine „Begegnung mit Anderen" (30). Thema des Unterrichtsbeispiels ist im Weiteren nicht die antisemitische Verfolgung, der Vater- oder Mutterlinien egal sind (Göring: „Wer Jude ist, bestimme ich!"), sondern Lola ist aus einem anderen Grund für die Identitätssuche der Deutschen von Interesse: „Lola klagt gegen Täter und Täterin, doch sie verliert, mit dem Argument, sie sei nach der Halacha (den Talmud ergänzende, jüdische Gesetzgebung) keine Jüdin, da ihre Mutter keine Jüdin sei, sondern nur ihr Vater ein Jude. Der Vorfall [i.e. das Urteil] versetzt sie in eine Art Schockzustand. Eine tiefere Auseinandersetzung mit ihrer Identität beginnt." (31) Das heißt, es ist eigentlich auch nicht der antisemitische Angriff, der die „Schockstarre" verursacht, sondern der Zweifel an ihrer subjektiven Empfindung, Jüdin zu sein, durch den Talmud. Irgendwie also ihr Jüdischsein selbst, das ihre zerrissene Identität verursacht. Wenigstens daran, haben sich die Autoren wahrscheinlich gedacht, sind die Deutschen nicht schuld, sondern die Juden selbst. Im Talmud, könnte man nach der Lektüre schlußfolgern, wird eben jedes Wort und Familienmitglied auf die Goldwaage gelegt. Bei diesen Helden wird kein Ressentiment zurückgelassen. Trotzdem schade um die schöne Identität!

Bedauernd müssen die Autoren feststellen, dass der nun offenbar organisch im Unterricht „entstehende" Dialog „wer denn eigentlich Jude ist und wer nicht" sich als „Frage nach Inklusion und Exklusion [...] in Bezug auf das Judentum vielleicht nur wenigen Schüler/innen" stellt. Aber das ist ja schließlich auch die historische Aufgabe der Deutschen, die Judenfrage als allgemeines Problem zu formulieren: „Verallgemeinert stellt sie sich aber allen: Wer gehört warum (nicht) zur Gesellschaft?" (32). Darin müssen Schüler geschult werden, sonst begreifen sie ja nicht, dass zur Gesellschaft mehr gehört als sie als Einzelne. Und was zu fordern ist, um die Gemeinschaft herzustellen, Selektion will schließlich gelernt sein. Aber was hält sie zusammen, in einer „‚globalisierten' Welt, in der [solche Fragen] immer mehr an Bedeutung gewinnen" (33)? Im Unterrichtsbeispiel kommen die Schüler schließlich zusammen und stellen die Ergebnisse ihrer arbeitsteiligen Gruppenarbeit als ein stimmiges Ganzes der Klasse

dar: „Die Schüler/innen ‚füllen' nach und nach Lolas Silhouette mit Geschichte(n) ‚an'" (34). So fungiert das Ausfüllen der vormals leeren Silhouette Lolas als Versöhnungsakt (35) – am Juden können sie dann lernen, wie die individuelle Perspektive zum Ganzen des Leibes werden kann. Zum verfügbaren jüdischen Leib, versteht sich. Und es seien gerade solche Geschichten, da sind sich die Autoren sicher, mit denen die Schüler ihr „Zur-Welt-Sein" erfahrbar machen können, die „gerade in einer ‚globalisierten' Welt immer mehr an Bedeutung" gewinnen.

Anmerkungen:

(1) In dem gleichnamigen Song von Pete Seeger fragt ein Vater seinen Sohn im Refrain: „What did you learn in school today, dear little boy of mine?" Und der Sohn antwortet: „I learned that our government must be strong/../ the police is our friend /.../war is not so bad/..." So einfach wird zwar in der Schule selten Staatsgläubigkeit vermittelt, aber die zunehmende Identifikation, die dem Jungen in der Schule mit den Instanzen von Staat und Staatsgewalt vermittelt werden, wird bei Seeger schematisch, aber ziemlich zutreffend benannt.
(2) Alice Miller: Das Drama des begabten Kindes und die Suche nach dem wahren Selbst. Raubdruck, S. 109.
(3) Miller, S. 112.
(4) Dabei ist der „Klaps" oder auch die Ohrfeige, Treten, etc. natürlich überhaupt nicht verschwunden und auch nur in der öffentlichen Debatte tabuisiert. Nur würden wohl die wenigsten Therapeuten und Pädagogen zu einer heilsamen Tracht Prügel raten, um ein Kind „in die Spur zu bekommen", sondern andere Mittel mit demselben Zweck empfehlen.
(5) Aufmerksamkeitsdefizit/Hyperaktivitätssyndrom.
(6) Adelheid Margarete Staufenberg: Zur Psychoanalyse von ADHS. Manual und Katamnese. 2011, S. 240. Die mit <...> gekennzeichneten Einfügungen sind erläuternde Kommentare der Eltern.
(7) Katrin Schleider: ADHS. Wissen, was stimmt. 2009, S. 12.
(8) Statistik aus: *Studie zu Gewalt an Kindern*, Süddeutsche: 22. Mai 2012. Online unter: https://www.sueddeutsche.de/leben/studie-zu-gewalt-an-kindern-viele-eltern-schlagen-immer-noch-zu-1.1306909.
(9) Information aus einer Studie von H. Hölling, P. Kamtsiuris, M. Lange et al: *Der Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KiGGS)*: Studienmanagement und Durchführung der Feldarbeit, Bundesgesundheitsblatt 5-6/2007, zitiert von der Homepage des Selbsthilfeverbands *ADHS Deutschland*: https://www.adhs-deutschland.de/Home/ADHS/ADHS-ADS/Haeufigkeit.aspx.
(10) Noxen (Tabak, Alkohol, Drogen) während der Schwangerschaft werden als eine mögliche Ursache von ADHS gehandelt. Später mehr dazu.
(11) Glücklicherweise, kann man sagen. Manche Eltern gehen in der Sozialfähigkeit ihres selbst gezogenen Sprosses soweit, ihn zu einem Barometer ihrer eigenen gesellschaftlichen Leitfähigkeit zu erklären: „Wer mit unserem Kind nicht leben und sich uns nicht wahrhaftig nähern kann, den brauchen wir nicht als Freund. Da trennt sich die Spreu vom Weizen." (Mähler/Schmela, Albtraum ADHS, S. 72).
(12) Schleider: ADHS. Wissen, was stimmt. 2009, S. 24.
(13) Siehe etwa die Liste bei Schleider: S. 22.
(14) Schleider, S. 24.
(15) Alle folgenden Zitate aus dem Artikel: *Blumengießen und Insektenzucht. Die Lessing-Realschule im Herzen der Stadt hat einen familiären Charakter.* Amtsblatt Freiburg, 26.10.2018, S. 9.
(16) „Doch leider sind auf diesem Sterne eben / die Mittel kärglich, und die Menschen roh. / Wer möchte nicht in Fried und Eintracht leben? / Doch die Verhältnisse, die sind nicht so." lässt Brecht in seiner Dreigroschenoper den Geschäftsmann Peachum im Duett seiner Tochter entgegnen, die darin ihre Liebe zu Mackie Messer zu verteidigen versucht.
(17) Frölich, Döpfner, Banaschewski: ADHS in Schule und Unterricht. 2014, S. 75.
(18) Gruschka, S. 252.
(19) Frölich, Döpfner, Banaschewski: ADHS in Schule und Unterricht. 2014, S. 31.
(20) Gruschka, Negative Pädagogik. Einführung in die Pädagogik mit kritischer Theorie. 1988, S. 72.
(21) Illich: Plädoyer für die Abschaffung der Schule. Kursbuch 24 (1971), S. 1.
(22) Mit dieser Feststellung sah es in der Realität sicher anders aus. Nur in sehr ambitionierten politischen Projekten, alternativen Schulen (etwa in der Odenwaldschule) oder durch einzelne linke Lehrer dürfte tatsächlich der Versuch unternommen worden sein, den Lehrer aus der beherrschenden Position zu entlassen. Trotzdem sind diese Versuche Vorbild für heutige Unterrichtsmodelle, in dem die Schüler selbstständig an den ihnen *selbstverständlich vorgelegten* Plänen arbeiten und der Lehrer für regelmäßige Besprechungen über den Lernstand und als Ansprechpartner in fachlichen Fragen dient. Gerade in den weiterführenden Schulen ist dieses Modell sehr vielversprechend, weil es Personalkosten spart und durch homogenes Lehrmaterial Transparenz und Kontrolle ermöglicht. Letztlich kann man davon ausgehen, dass der heutige Unterricht, in dem vermeintlich unsinnigerweise jeder Lehrer eines bestimmten Faches seine eigenen Materialien vorbereitet, irgendwann ausgedient hat. Denn darin hat Illich ohne Zweifel recht: Schule ist nicht der Ort der Bildung des Einzelnen, sondern dient der Ausbildung des arbeitenden Staatsbürgers. Und wo *ein* Wille ist, ist auch *ein* Weg.
(23) Schneider: Bericht über eine Berliner Volksschule. Kursbuch 24 (1971), S. 61.
(24) Illich, S. 15.
(25) Gruschka, S. 67f.
(26) Dieses und die folgenden Zitate aus: Wenzel und Zouhar: Inklusiver Geschichtsunterricht. Überall klebt Geschichte, in: Unterrichtspraxis. Beilage zu *bildung und wissenschaft* der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, Heft 3 (12.04.2019), S.1-8.
(27) Michael Bakunin: Die Pariser Kommune und die Idee des Staates (1909). Online unter: https://www.anarchismus.at/anarchistische-klassiker/michail-bakunin/6717-bakunin-die-pariser-kommune-und-die-idee-des-staates.
(28) Wenzel/Zouhar, S. 3.
(29) Ebd.: S. 7.
(30) Ebd.: S. 7.
(31) Ebd.: S. 6.
(32) Ebd.: S. 6.
(33) Ebd.: S. 7.
(34) Ebd.: S. 7.
(35) An dieser Stelle ist auch die Überlegung in der Fußnote 22, „dass der heutige Unterricht, in dem vermeintlich unsinnigerweise jeder Lehrer eines bestimmten Faches seine eigenen Materialien vorbereitet, irgendwann ausgedient hat." zu revidieren. Dieses Urteil ist typisch für den Blick auf die Stärkung des einzelnen Schülers (90er Jahre Didaktik) und der Gemeinschaft der Klasse (80er), aber für die oben beschriebene Intimität des Unterrichts braucht es eine gemeinsame Figur, eine „Identifikationsfigur" des Lehrers, mit dem die Schüler konform gehen können und der sie als Ganze zusammenhält. Sonst würden sie diese Nähe, mit der das Unterrichtsmaterial an sie herangetragen wird, gar nicht zulassen. Ein solcher Unterricht verlangt Vertrauen und beinahe familienähnliche Beziehung zum Lehrer. Diese Didaktik ist autoritärer und gewaltsamer als die der 70er und 80er Jahre, denn sich diesem Unterricht zu entziehen, wiegt ungleich schwerer und muss als Bruch eines Vertrauensverhältnisses aufgefasst werden, als Verweigerung der Identitätsstiftung.

Vernichtungszahnrädchen

Von Leo Elser

Wenn in Zeiten, in denen über zu verständnisvolle oder lasche Richter, überforderte Staatsanwälte, die viele Verbrechen schon aus Überarbeitung nicht mehr zur Anklage brächten und überhaupt, eine angebliche „Kuscheljustiz" geklagt wird; wenn in solchen Zeiten, die *Zeitung für Deutschland* einen Kommentar über einen anstehenden Gerichtsprozess mit dem Apell *In Demut richten* betitelt (FAZ, 20.11.18, alle folgenden Zitate stammen aus diesem Kommentar), wenn über den zum Tatzeitpunkt gerade volljährig gewordenen Täter und seine Mittäter rhetorisch gefragt wird: „Hatten sie nicht auch gelitten, die besten Jahre ihres Lebens an diesen furchtbaren Orten zubringen zu müssen? Und waren sie nicht selbst Opfer der Umstände ihrer Zeit, in die sie nun einmal hineingeboren waren?", dann geht es ganz sicher nicht um straffällig gewordene Flüchtlinge oder Angehörige der Unterschicht, deren Verbrechen angeblich überall zu viel Verständnis entgegenbracht wird, sondern dann geht es um einen der seltenen Fälle, in denen „nun gebrechliche Greise vor den Richter gezerrt werden", genauer „ein Greis, fast nur noch die Hülle eines langes Lebens", der mit „18 Jahren in seiner Heimat Siebenbürgen von der SS eingezogen wurde" und schließlich im Konzentrationslager Stutthof „in der Wachmannschaft Dienst tat". Ein „Dienst" wohlgemerkt, der Beihilfe zum Mord in insgesamt rund 65.000 Fällen leistete.

Wenn es um NS-Täter geht, ist plötzlich vom harten Durchgreifen des Rechtsstaats, von falsch verstandener Milde und Toleranz keine Rede mehr. „Über Jahrzehnte hatte es geheißen, das Tun der einfachen Wachleute sei nicht strafbar, wenn ihnen keine eigenen Mordtaten nachzuweisen waren. Die Justiz ließ damals Milde walten, und sie hatte durchaus Gründe. War nicht das Unrecht dieser Männer verschwindend gering gegenüber dem der wirklichen Schlächter von Auschwitz?" – so gesehen hätte man seit 1945 außer den „wirklichen Schlächtern von Auschwitz", von denen doch auch nur die wenigsten vor Gericht kamen, überhaupt keine Verbrecher mehr anklagen dürfen. Was sind schon Ladendiebe, Betrüger, ja selbst Räuber oder Erpresser gegenüber den Schlächtern von Auschwitz? (Stattdessen wurden von 1950 bis 1965 45.000 Männer wegen homosexueller Handlungen von der eben vor allem für NS-Täter „Milde" waltenden bundesrepublikanischen Justiz verurteilt). Zweifellos ist Alexander Haneke, dem Verfasser des Kommentars zuzustimmen, wenn er feststellt: „Vor Jahrzehnten, als es eigentlich Zeit für diese Prozesse gewesen wäre, hat die Justiz sie nicht geführt, vielleicht auch, weil sie zu weit geführt hätten, nämlich in die Mitte der Gesellschaft"; Gottbewahre, das würde nämlich wirklich zu weit führen, wenn die Justiz auch noch anfinge, Verbrecher aus der Mitte der Gesellschaft strafrechtlich zu verfolgen. „Hunderttausende hätten vor Gericht gestellt werden können. Friede ist so schwer zu finden." Heißt: Ist der Massenmord nur groß genug, die Zahl der Mörder und Komplizen hoch genug, dürstet es den gewiss rechtsstaatsaffinen FAZler nicht mehr nach Strafe, sondern Frieden. Blöd gelaufen für das organisierte Verbrechen von heute, dass sie nicht Hunderttausende, ja gar ein ganzes Volk rekrutieren können, sondern nur ein paar Dutzend und die kommen noch nicht mal aus der „Mitte der Gesellschaft".

Dann holt Haneke doch noch zur Justizkritik aus: „Heute tun die Prozesse niemandem mehr weh außer jenen Greisen, die noch da sind, als wären sie aus ihrer Zeit gefallen" – und so war es dann doch nicht gemeint, als die FAZ noch das konsequente Durchgreifen des Rechtsstaats forderte. Ob die FAZ wohl auch in einem Prozess zu einem Jahrzehnte zurückliegenden Mordfall über einen angeklagten alten Mann schreiben würde: der Prozess tut niemandem mehr weh, außer jenem Greis?

Doch wofür wird den Greisen das nun alles zugemutet? Haneke: „Die Justiz kann sich ohne große Schmerzen rehabilitieren. […] Es kostet nichts mehr." Keineswegs also, weil sie Verbrechen begangen haben, für deren strafrechtliche Verfolgung sich nun endlich Staatsanwälte interessieren, sondern weil sich die Justiz schmerzfrei rehabilitieren wolle, freilich auf Kosten armer, alter, aus der Zeit gefallener Greise, die also nicht Täter, sondern Opfer der scheinheiligen Justiz-Rehabilitierung werden. Perfider kann man gar nicht die jahrzehntelange Nichtverfolgung von NS-Tätern aufgreifen.

Doch dann findet Haneke dennoch sein ‚aber': es sei „dennoch […] richtig, diese Prozesse zu führen", schließlich sei es „die Aufgabe der Justiz, Recht zu sprechen", und „jeder, der eine Mordtat willentlich fördert, begeht Beihilfe". Ja, Recht muss gesprochen werden, so will es das Gesetz. Es habe sich um ein „Menschheitsverbrechen" gehandelt, aber doch offenbar nur abstrakt-allgemein; die konkreten Täter sind ihm noch nicht einmal gewöhnliche Verbrecher, sondern nur zum „Zahnrädchen" verniedlichte Teile einer Maschine: „Die Mordmaschinerie funktionierte nur deshalb, weil all die kleinen Zahnrädchen ihren Dienst taten" – und wer könnte der Verniedlichungsform eines Zahnrads ernsthaft Böses nachsagen? Über welchen gewöhnlichen Verbrecher ließe sich nicht sagen, dass er wohl unter anderen Umständen gar nicht zum Verbrecher geworden wäre? Schließen sich doch etwa die jugendlichen Töchter von Angehörigen der Oberschicht nur selten kriminellen Straßengangs an, die ihren Lebensunterhalt mit Dealen und Raubüberfällen bestreiten. Doch über solche Kriminelle liest man in der FAZ wohl selten, was Haneke für die NS-Mörder postuliert: „Es waren zum großen Teil ‚normale' Menschen, viele junge dabei, die in einer anderen Zeit vielleicht nie etwas Böses getan hätten". Schließlich dürfen auch die höheren Mächte nicht fehlen, die über die

jungen Vernichtungszahnrädchen hereingebrochen sind: „Das Schicksal hat sie in die Vernichtungslager gebracht". Und während für jeden ordinären Verbrecher ganz selbstverständlich angenommen wird, dass er nicht allein aus Mangel an irgendeiner Tugend, die manche haben mögen, die meisten jedoch leider nicht, zum Täter wurde, setzt Haneke seinen Satz über die vom Schicksal in die Vernichtungslager deportierten, pardon, „gebrachten" Täter mit den Worten fort: „wo ihnen der Mut fehlte, nein zu sagen. Es wäre fraglos großer Mut erforderlich gewesen. *So* wurden sie zu Tätern" (herv. v. Verf.). Im Gegensatz zu den Ergebnissen jahrzehntelanger Täterforschung, dass es zwar an allem möglichen ‚gemangelt' haben mag (Mitleid, Humanität, Gewissen, Unrechts- oder gar Schuldbewußtsein), mit Sicherheit aber nicht an überaus bereitwilligen, überzeugten und sadistischen Tätern, deren Härte im Erdulden der Leiden anderer sich nicht nur die SS rühmte, steht für Haneke fest, den Tätern habe es eben an schier übermenschlicher Tugend gemangelt (*privatio boni* nennt die gegenkritische Tradition in der Theodizee seit Leibniz diese Figur, die potentiell alles rechtfertigt: nur Gott sei vollkommen und alles Böse und jedes Übel nur ein notwendiger Mangel der Schöpfung gegenüber ihrem Schöpfer, womit die beste aller möglichen Welten erwiesen sei). Dennoch, auch in der besten aller möglichen Welten, der Bundesrepublik Deutschland, „muss gerichtet werden, nicht über die Menschen, aber über ihre Taten".

Ob den Deutschen die nationalsozialistischen Täter, aller Vergangenheitsbewältigung zum Trotz, als Verbrecher gelten, kann man daran ermessen, ob etwa ein Kommentar über pädophile Kindermörder mit dem Appell an die Richter enden würde, sie sollten in Demut urteilen, da es nicht ihr Begehren war, das herausgefordert wurde oder einer über Straßenkriminalität jemals von Richtern Demut einfordern würde, da es nicht ihre Sozialisation war, in einem von Arbeits- und Perspektivlosigkeit geprägten Sozialwohnungsviertel aufzuwachsen. Ganz selbstverständlich beendet Haneke seinen Kommentar mit dem Appell an die Richter, sie mögen zwar urteilen – allerdings: „Es sollte in größter Demut geschehen, da es nicht der eigene Mut war, der herausgefordert wurde".

Smogalarm

Von Ilse Bindseil

Ilse Bindseil veröffentlicht seit Ende der sechziger Jahre im gesellschaftstheoretischen Bereich von Philosophie, Politik, Psychoanalyse, dazu im Bereich der schönen Literatur. Ihre Bücher sind verlegt u.a. im Ca ira Verlag. Aus dem Band "Nach Venedig der Liebe wegen" (1988) stammt die Erzählung "Smogalarm", verlegt durch den R. Matzker Verlag, vertrieben von Ca ira. Seit Ende der neunziger Jahre ist Ilse Bindseil Redakteurin von "Ästhetik & Kommunikation", viele ihrer Schriften veröffentlicht sie online unter www.ilsebindseil.de/bib.html

Das Nordhoch strahlte über der Stadt. Die Schatten waren kurz und kräftig, und es stank kaum noch.

Die Saubermänner trugen leuchtendgelbe Anzüge. Sie kehrten die Abfälle zu großen Haufen zusammen. Aber sie verbrannten sie nicht. Stattdessen legten sie Plastikbahnen darüber. Sie wollten mit dem Gestank nicht schon wieder anfangen.

Jean Arlès schlenderte über die Kreuzung. Er hatte erst gestern seine Frau umgebracht und bastelte an seiner Verteidigung.

Er hatte die Qual der Wahl.

Im Grunde war es ganz einfach. Er brauchte nur zu beteuern, daß er es nicht mehr ausgehalten hatte.

Wissen Sie, ich hielt es einfach nicht mehr aus. Sie hat ununterbrochen geredet. Gejammert und genörgelt in einem fort. Raus konnte ich nicht. Da hieß es: entweder sie oder ich. Im Grunde war es mir egal, ob ich oder sie. Ich wollte nur meine Ruhe, und da habe ich den einfachsten Weg gewählt. Ich habe zugeschlagen oder vielmehr zugedrückt, und dann war Ruhe.

Ungeduldig verdoppelte Jean Arlès seinen Schritt. Er redete schon wie seine Frau: ununterbrochen. Konnte er nicht einen Moment still sein? Mußte er immer bessere Erklärungen erfinden? Mußte er vom Erklären ins Erzählen kommen? Folgte immer notwendig eins aus dem andern? Und hatte er sie nun erschlagen oder erwürgt?

Er schüttelte sich und rannte über die Straße. Die Leute sahen ihm nach. Er wußte, was sie dachten, und ärgerte sich.

Sie denken, nach diesem Winter spielt jeder verrückt, dachte er. Ich bin aber nicht wie alle.

Er konnte seine Verteidigung auch ganz anders aufbauen. Er konnte sagen - und das entsprach entschieden mehr seinen Bedürfnissen:

Ich wollte etwas Besonderes tun, eine Tat, nicht bloß eine Ausführung.

Mein Gott, unterbrach ihn der Untersuchungsrichter, als er ihm seinen Gedanken auseinandersetzte, haben Sie eine Ahnung, wieviele Leute in diesem Winter ihre Frau umgebracht haben? Du meine Güte, wo leben Sie bloß? Haben Sie denn keine Zeitung gelesen?

Jean Arlès schüttelte verlegen den Kopf. Er hatte keine Zeitungen gelesen.

Sehen Sie, sagte der Richter, früher war ich für Verkehrsdelikte zuständig. Erst Mitte des letzten Winters bin ich in den Zivilbereich versetzt worden. Seitdem habe ich ausschließlich mit einer Sache zu tun gehabt: Unfälle in der Familie.

Denken Sie nicht, daß Sie mit Ihrem Mord Furore machen können, sagte er und musterte seinen Kandidaten verächtlich. Es ist nämlich gar kein Mord. Die ersten Fälle wurden bereits vor meiner Zeit entschieden. Höchstrichterlich wurde entschieden, daß unnatürliche Todesfälle, sofern sie sich während des Ausnahmezustands ereigneten, als natürliche Unfälle zu behandeln wären. Ich bin das Zivile aber gar nicht gewohnt: Regelung der Hinterlassenschaft und so weiter. Als Verkehrsrichter habe ich mit Strafsachen zu tun. Ich muß die Wahrheit herausfinden. Die Sachlage ist an sich schon kompliziert genug. Jeder lügt. Dazu kommt, daß hinter jedem eine Versicherung steht, und manche Lüge gibt erst einen Sinn, wenn man sie auf die Versicherung bezieht.

Wissen Sie, sagte er vertraulich, bei Verkehrsdelikten kann man die Wahrheit häufig gar nicht herausfinden. Man muß sich einfach entscheiden.

Mein Fall ist ganz einfach, sagte Jean Arlès hochmütig.

Das sagte ich bereits, sagte der Richter und schloß die Akte.

Schneller, als er es erwartet hätte, fand Jean Arlès sich auf der Straße wieder.
Er stellte fest, daß er die letzten Monate verschlafen hatte, und beschloß, sich umzusehen.
Der Himmel war dunkelblau, und ein paar tollkühne Cafetiers schoben ihre Tische auf den Bürgersteig. Jean setzte sich in die vorderste Reihe, streckte behaglich die Beine aus und sah den Vorübergehenden ins Gesicht. Er hätte gern gewußt, ob man erkennen konnte, wer von ihnen gewalttätig war. Bei ihm selbst - davon war er überzeugt - sah man es nicht.
Ein Bekannter kam vorbei und hielt sich eine Minute bei ihm auf.
Na, sagte er freundlich, haben Sie auch Ihre Frau umgebracht?
Und Sie? fragte Jean verwirrt.
Ich? sagte er fröhlich. Ich habe doch gar keine Frau.
Er lachte und verabschiedete sich.
Erst später, als er schon einen gewissen Überblick hatte, begriff Jean, daß er hereingelegt worden war. Natürlich sah man ihm seine Untat nicht an. Aber die statistische Mordrate war in diesem Winter so in die Höhe geschnellt, daß man sich den Scherz erlauben und noch dazu hoffen durfte, in etlichen Fällen ins Schwarze zu treffen.
Noch hatte er keine Ahnung, wie es stand. Dabei hatte er ebenfalls seine Frau umgebracht und glaubte sich im Übrigen weiter als jeder andere. Unruhig sprang er auf und setzte seinen Spaziergang fort.
Vor den Schaufenstern einer Zeitungsfiliale machte er halt und überflog das Gedruckte. In großer Aufmachung war die Rede des Senatspräsidenten wiedergegeben. Jean hatte so lange keine Zeitung gelesen, daß ihm der Name nichts sagte. Von mutigem Neubeginn war die Rede, vom Zusammenfassen aller bürgerlichen Kräfte.
Weiter unten kam ein Absatz, der ihn stutzig machte.
Wir haben in den letzten Monaten die Erfahrung gemacht, hieß es da, daß der Wert des Menschen auf Vereinbarung beruht. Er ist keine feste Größe, nichts, worauf wir uns verlassen können. Kommen wir etwa stillschweigend darin überein, daß der Mensch nichts wert ist, dann ist er nichts wert.
Wer hätte denken können, hieß es weiter, daß eine friedliche Gemeinschaft sich so vergißt? Wer konnte ahnen, daß ruhige Bürger in kürzester Zeit und in einem Ausmaß gewalttätig werden würden, das selbst uns, die letzte Frontkämpfergeneration erschreckt? Wir, liebe Mitbürger, die wir Sie in Notzeiten leiten sollten, haben selbst einen schwerwiegenden Fehler begangen. Wir haben gedacht, wir müßten vor allem für Ruhe sorgen. Wir haben Demonstrationen verboten, und wo es zu spontanen Versammlungen kam, haben wir sie aufgelöst. Wir haben Sie, liebe Mitbürger, in Ihre Häuser verbannt. Konnten wir ahnen, daß es unter dem Deckmantel der äußersten Ruhe zu den entsetzlichsten Gewalttaten kommen würde?
Jean fühlte sich von einer unbeschreiblichen Müdigkeit befallen. Seine Augen irrten auf der spiegelnden Schaufensterscheibe ab. Sie konnten die Zeilen nicht mehr festhalten.
Den allerletzten Absatz las er wieder.
Hoffen wir, liebe Mitbürger, daß wir nicht noch einmal vergessen, daß der Mensch das Maß alles Menschlichen ist. Das nächste Mal könnte das letzte sein.
Er soll sich nur nicht so haben! ereiferte sich jemand, der die Rede ebenfalls gelesen hatte, und tippte mit dem Finger empört gegen die Scheibe.
Früher, sagte er, sind die Leute an Pest und Cholera gestorben wie die Fliegen, und man hat trotzdem nicht vergessen, wozu der Mensch fähig ist. Und wissen Sie auch, warum? Weil die Richtigen übriggeblieben sind. Die mit der Kanalisation. Die mit den gutgewaschenen Früchten.
Das stimmte. Jean vergaß, was er sagen wollte.
Ich, sagte er schließlich hochmütig und trommelte gegen die Scheibe, ich habe meine Frau umgebracht, weil sie meiner Selbstverwirklichung im Wege stand.
Ach, tatsächlich? Der andere musterte ihn mit scheinheiliger Neugier. Und was glauben Sie, warum die andern ihre Frau umgebracht haben?
Jean zuckte mit den Achseln.
Wie soll ich das wissen, sagte er.
Nun, es könnte ja sein, daß Ihnen die Gleichheit der Mittel bei zugegebenermaßen höchst verschiedenen Zwecken aufgefallen wäre. Es könnte ja sein, daß Sie das ärgert.
Jean trommelte heftiger gegen die Scheibe.
Ja, sagte er, es ärgert mich auch.
Wissen Sie eigentlich, warum vor allem Frauen umgebracht worden sind?
Jean sah ihn verblüfft an.
Nein. Wieso? Ist das denn wichtig?
Da haben Sie Ihre Frau sozusagen aus Gedankengründen umgebracht, aber aufs Denken sind Sie nicht besonders erpicht! Sie müssen sich doch wundern, daß es vor allem Frauen getroffen hat. Bedenken Sie, so etwas hat es noch nie gegeben!
Jean hörte urplötzlich zu trommeln auf.

Man kann eben nur Frauen umbringen, sagte er naiv.
Der andere lachte.
Nein, nein, rief Jean eifrig, so meine ich das nicht! Aber bedenken Sie, es gibt keine vernünftigere Relation als die zwischen Mord und Frau! Wie soll ich Ihnen das klarmachen? Sie müßten das selbst probieren. Mir ist der Zusammenhang so selbstverständlich, daß ich Mühe habe, ihn in Worte zu fassen. Außerdem habe ich noch nie darüber nachgedacht.
Es ist doch so, fuhr er fort, wenn Sie eine Frau ermorden, dann tun Sie das mit einem ungeheuren Willen zur Veränderung. Es ist, als schnitten Sie sich ins eigene Fleisch. Es hat Sinn, und es tut Ihnen weh. Ich kenne zur Zeit nichts, was dergleichen aufzuweisen hätte, ausgenommen der Mord an einer Frau. Schlagen Sie einen x-beliebigen tot, einen Passanten, einen Kollegen, Ihren besten Freund! Die Sinnlosigkeit der Tat fällt auf Sie selbst zurück. Indem Sie einem andern das Recht zu leben bestreiten, bestreiten Sie es sich selbst. Indem Sie einen andern erschlagen, erschlagen Sie sich selbst. Aber, merkwürdig, wenn Sie eine Frau umbringen, dann wollen Sie leben!
Er schwieg, selbst verblüfft über seinen Redestrom. Er hatte sich noch nie zusammenhängende Gedanken über das Problem gemacht. Er hatte sich noch nie dazu geäußert. Er hätte nie geglaubt, daß man es überhaupt in Worte fassen, daß man es einem anderen mitteilen konnte. Daß es ein anderer verstehen konnte. Aber so war es.
Abrupt wandte er sich ab. Er hatte so viel geredet. Jetzt wollte er sich umsehen.
Auf der Straße herrschte Betrieb. Jean sah sich nach hübschen Frauen um. Sie hatten etwas Flatteriges in den kurzen Kleidern. Und sie waren alle jung.
An der Fußgängerampel warteten neben ihm zwei junge Mädchen, die sich untergehakt hatten. Sie lachten bei seinem Anblick, flüsterten sich gegenseitig etwas ins Ohr und kicherten. Eine stieß die andere näher zu ihm heran.
Entschuldigen Sie, meine Damen, sagte er höflich, kann ich etwas für Sie tun?
Sie wurden rot, und als die Ampel auf Grün umsprang, rannten sie über die Straße. Drüben warteten sie aber auf ihn und zogen ihn ungeduldig beiseite. Zu dritt steckten sie die Köpfe zusammen.
Entschuldigen Sie, wisperte die Neugierigere von beiden, haben Sie vielleicht Ihre Frau umgebracht?
Ja, sagte Jean verwundert, aber woher wissen Sie das?
Sie wurden feuerrot.
Ist in Ihrer Familie vielleicht auch so etwas vorgekommen? fragte er interessiert.
Sie schüttelten erschrocken die Köpfe.
Das ist es ja, wisperten sie, eigentlich wissen wir gar nichts davon.
Sagen Sie, sie rückten noch ein bißchen näher, warum haben Sie Ihre Frau umgebracht?
Er lächelte.
Damit ich mich in Ruhe mit so netten Damen wie Ihnen unterhalten kann.
Entsetzt fuhren sie zurück, faßten sich instinktiv bei den Händen und rannten davon.
Jean strahlte. Denen hatte er die Heiratslust ausgetrieben. Pfeifend schlenderte er weiter.
Auf der Straße wimmelte es von jungen Mädchen. In ihren bunten Kleidern beherrschten sie das Bild. Ihre männlichen Altersgenossen wirkten kindlicher denn je. Sie spielten mit den Straßenjungen Fußball, tobten auf den breiten Bürgersteigen herum und gönnten den Mädchen kaum einen Blick. Zwanzigjährige hatten ihre Rollschuhe ausgekramt und fuhren den Leuten zwischen die Beine. Offenbar waren sie während des Ausnahmezustands jünger oder kindischer geworden. Jedenfalls dachten sie nicht an Liebe.
Jean mochte seine Altersgenossen nicht. Er war böse auf die, die sich etabliert hatten, die Spießer, und er war böse auf die, die sich nicht etabliert hatten und deren ungewöhnliche Lebensweise ihn unter Druck setzte. Er hatte sich stets jeder Konkurrenz entzogen, indem er noch einsamer, noch ungeregelter lebte als die andern. Zuletzt hatte er seine Frau umgebracht und mußte zu seinem Schrecken feststellen, daß ihn ausgerechnet diese Tat in den Kreis seiner Altersgenossen zurückführte. Sie beherrschten das Feld. Es war das Feld, auf dem er sich hatte auszeichnen wollen.
Finster sah er den Jugendlichen auf ihren Rollschuhen nach. Sie kümmerten sich nicht darum, daß die jungen Mädchen von einem Schwarm gesetzter Herren in seinem Alter verfolgt wurden. Man schnappte ihnen mit den schmutzigsten Mitteln die Freundinnen weg, mit Geld, Anzug und Krawatte, Eheangebot, und sie waren noch nicht einmal eifersüchtig. Schnell, mit hastigen Schritten ging er nach Hause, überquerte den engen Hof und stieg die vier Treppen bis zu seiner Wohnung hinauf.
Ein muffiger Geruch hing in den Räumen. Beim Weggehen hatte er die Fenster zu öffnen vergessen. Seit Stunden lag die Sonne an und verwandelte den kalten Dunst des Winters in einen warmen Gestank.

Sie hatten wochenlang nicht gelüftet und so wenig wie möglich geheizt. Nur alle paar Tage waren sie für höchstens eine Stunde ausgegangen und hatten Kohlen und Lebensmittel besorgt. Es gab Leute, die fingen schon beim Anblick der Stapel glänzender schwarzer Briketts in den eiskalten Kohlenhandlungen an zu weinen. Andere bekamen Asthmaanfälle, wenn der Händler den Kohlenstaub zusammenfegte. Zum Schluß hatten sie fast gar nicht mehr geheizt, und der Gestank war unerträglich geworden. Es war ein kalter Geruch, nach abgesunkener Temperatur und dicken Partikeln. Morgens, wenn Jean in den ausgegangenen Öfen herumstocherte, nahm er unerträgliche Ausmaße an. Auch wenn er stets sehr vorsichtig hantierte, kam es vor, daß eine Dreckwolke ins Zimmer quoll. Bei einer dieser Gelegenheiten hatte seine Frau das Fenster aufgerissen. Sie wollte lieber durch den allgemeinen Dreck umkommen, hatte sie erklärt, als sich mit den eigenen Öfen vergiften. Er hatte nur gelacht. Er wußte, was kam. Zwar geriet seine Frau leicht in Aufregung, aber sie konnte öffentliche Kritik nicht vertragen. Und wie die Nachbarn aus dem Vorderhaus hinter ihren Gardinen drohten, schlug sie das Fenster wieder zu und weinte dann den ganzen Tag, weil keiner sie verstand. Inzwischen ging Jean in seinem Arbeitszimmer auf und ab und hatte Großes im Sinn.

Es war ihm zur fixen Idee geworden, diese unerhörte Einsamkeit, diese Isolation, diese extremen Lebensbedingungen müßten der Humus für etwas Außerordentliches sein. Endlich hatte er Zeit, sich zu sammeln. Stundenlang stand er am Fenster, und sein Blick strich über die Fensterreihen von gegenüber, wo sich manchmal ein undeutliches Gesicht hinter der Gardine zeigte. Wenn er genau hinsah, sah er in der Scheibe sein eigenes Gesicht flüchtig gespiegelt, die Augen unerträglich groß, die Umrisse von bedeutender Verschwommenheit. Er hatte es im Herumwandern, Stehenbleiben und Hinaussehen zur Meisterschaft gebracht. Nie ließ er sich ablenken oder zu der kleinsten Handlung hinreißen. Da saß seine Frau hundertmal am Küchentisch und heulte, weil dies oder das nicht funktionierte. Er wanderte auf und ab und ließ sie heulen. Oder er stand am Fenster und sah hinaus. Nie hätte er etwas repariert oder in Ordnung gebracht. Er fand keine Patentlösungen, und er dachte nicht daran, aus allem das Beste zu machen. Er verschmähte jeden Trost und jede Befriedigung. Wenn seine Augen tränten, wenn seine Nase lief, daß er den Rotz hochziehen mußte, und der trockene Husten ihn schüttelte, dann spürte er nur um so deutlicher die kristallklare Stille in seinem Innern, und er sagte sich: Das ist meine Chance. Und er gab ungeheuer gut acht.

Seine Frau jammerte viel, aber sie beklagte sich nicht. Abgesehen davon, daß sie mit ihrem Mann nicht mithalten konnte, war sie glücklich wie nie. Zwar gab es alle Augenblicke etwas zu heulen, und nichts lag ihm ferner, als sie etwa zu trösten. Außerdem dachte er gar nicht daran, sich dem fortschreitenden Verfall ihres Haushalts entgegenzustemmen, ganz im Gegensatz zu den Mitbewohnern, deren Klopfen und verzweifeltes Hämmern durch alle Wände drang. Aber er war da. Er hatte seine schweifenden Spaziergänge natürlich eingestellt, die er seiner Frau nicht anzusagen und über die er ihr keine Rechenschaft abzulegen pflegte, so daß sie nie wußte, warum er nicht nach Hause kam: ob er zusammengeschlagen worden war oder sich etwas angetan hatte, nichts schien ihr unmöglich. Und so sehr er im Kleinen versagte, so sehr bewährte er sich im Großen. Daß ihm die Krise nichts anhaben konnte, machte sie froh. Wenn es ihn nicht kümmert, dachte sie, kann es auch nicht so tragisch sein. Es kam ihr vor, als könnte ihr nichts passieren. Manchmal, jeweils so gegen Ende der nervösen Krisen, legte sie Jean die Hand auf den Arm und erklärte, noch immer von krampfigen Schluchzern unterbrochen, wie leid es ihr täte und daß sie seinen Mut nicht hätte und er müsse ihr noch einmal verzeihen. Dann sah er sie mit einem Blick an, aus dem sie ihr künftiges Schicksal hätte lesen können, wäre sie nicht so vernagelt gewesen und hätte nicht so kindisch an seine Größe geglaubt.

Es ging nicht gut aus. Jean haßte die eheliche Vertrautheit. Mit einer nervösen, rotnasigen, verheulten Frau hätte er leben können. Mit seinem Trieb konnte er es nicht. Dabei gab es nichts Unpersönlicheres als den Akt. Aber die Zuwendung davor und danach, die Anlehnung und Ansprache, dieses «Allein bin ich nichts, zu zweit sind wir alles», war ihm zuwider. Er hätte schreien mögen vor lauter Empörung, er, der nur allein alles war! Freilich, gegenüber seinem Trieb war er nichts. Die Phase der Selbstbefriedigung lag, unzugänglich geworden, hinter ihm. Er brauchte eine Frau, und er hätte nie geglaubt, daß dieses «Brauchen» so an der Substanz zehrte, daß es so viel Selbstverleugnung verlangte. Aus jeder Umarmung ging Jean tiefer gedemütigt, haßerfüllter hervor. Er zog die Konsequenz und enthielt sich. Das klappte schlecht, komplizierte das Verhältnis zu seiner Frau, die er sonst in den Zwischenzeiten einfach vergaß, und außerdem dachte er an nichts anderes mehr. Da war es das erste Mal soweit, daß er sie hätte umbringen mögen. Aber auch hier enthielt er sich. Lieber kehrte er zu den ehelichen Gepflogenheiten zurück. Zähneknirschend unterwarf er sich und wartete unterdessen auf seine Bestimmung. Erst in dem Augenblick schlug er zu, als die Aufhebung der Ausgangssperre sich ankündigte. Da geriet er in Panik, und seine Tat, dieses hundertmal in Gedanken und mit kältestem Blut ausgeführte Verbrechen, zeigte alle Merkmale einer verminderten Zurechnungsfähigkeit, einer halbbewußt oder unbewußt, in panischer Blindheit ausgeführten Aktion.

Lachen, Kindergeschrei, Unterhaltungsfetzen drangen von unten, wo das öffentliche Leben sich um die Mülltonnen herum abspielte, herauf. Jean trat ans Fenster. Da er von der Höhe seines Ausgucks nicht hinuntersehen konnte, sah er nach oben. Der Himmel strahlte in tiefem Dunkelblau. Wolken-

fetzen hasteten an der Sonne vorbei, zeigten, daß der Wind aus Nordwest blies, ein schöner Wind, der die Luft reinigte. Bald würde es warm werden, und die Leute würden die Tage im Freien verbringen. Sie würden die halbe Nacht in den Straßencafés sitzen, reden, lachen, Meinungen austauschen, die sie gar nicht hatten, nur um der Nacht ihre Reverenz zu erweisen. Die Lästigkeiten des Winters wären vergessen. Die politischen Schwierigkeiten wären vergessen. An den Notstand würde keiner mehr denken. Bis der nächste Winter einen neuen Notstand brachte, waren die Schrecken des letzten vergessen. Solange es warm und hell und windig blieb, dachte man an nichts Schlimmes. Gedächtnis zu haben war in diesen Zeiten nicht opportun. Allenfalls ein phasisches Gedächtnis war noch angebracht, der Gerechtigkeit wegen. Man würde sich gewöhnen, die Zustände der Sommer und die Zustände der Winter untereinander zu vergleichen, die Regierungen der Notverordnungszeiten jeweils und jeweils die Regierungen der sommerlichen Prosperität. Keinesfalls würde man sich die kurzen Sommer durch die Aussicht auf die langen Winter verderben lassen. Und ebensowenig würde man sich die langen Winter verderben lassen. Im Gegenteil, jeder stürzte sich in die Finsternis und tat, wozu es ihn trieb. Zwar war es nicht eben schön, eingesperrt zu sein, aber es hatte seine eigenen Spielregeln. Wenn es verboten war hinauszugehen, dann war drinnen eben alles erlaubt. Wenn man beisammenbleiben mußte, obwohl man sich nicht ertragen konnte, nun gut, dann ertrug man sich eben nicht länger. Vergessen war der Sommer, fern jeder taktische Gedanke, den Winter zu überstehen, damit man den Sommer noch erleben konnte. Wenn man ihn dann erlebte, war er wie ein Wunder. Tatsächlich behaupteten die Meteorologen, daß die Sommer immer schöner wurden.
Jean war nachdenklich geworden. Zwar hatte er noch immer nichts begriffen. Er hatte keine Ahnung, was eigentlich vorgefallen war. Aber er spürte, daß er dabei war, sich zu isolieren. Es gab niemanden, der sich nicht den Freuden des beginnenden Frühlings hingegeben hätte, diesem leuchtenden Wunder aus Dunkelblau. Nur er, Jean, war noch ganz mit dem Winter beschäftigt. Er hatte seine Frau umgebracht und überlegte noch immer, warum. Über dem Nachdenken hatte er die praktischen Dinge vernachlässigt. Die Leiche seiner Frau lag nebenan. Bislang hatte die Polizei sich kaum für den Fall interessiert. Wenn er aber zögerte, brachte man ihn vielleicht wegen Mord vor Gericht. Wann hörte die Wintertat auf und fing der Sommermord an? Im Sommer blieb kein Verbrechen ungesühnt. Im Sommer wurde auch niemand umgebracht, es sei denn aus niedrigen Motiven.
Die Versuchung war groß, sich wegen niedriger Motive vor Gericht zerren zu lassen. Jean hätte zu gern gewußt, ob das die große Tat war, auf die er sich den Winter über vorbereitet hatte. Ihm schwante bereits, daß sie es nicht war. Beklemmung erfaßte ihn, als er merkte, daß er nichts von dem, was er wollte, erreicht hatte. Er hätte hinuntergehen und die Mädchen in den hellen Kleidern mit seinen finsteren Gedanken erschrecken sollen. Das war sein Format. Das machte ihm Spaß, und es lag ihm.
Unmerklich stellte sich sein Gleichgewicht wieder her. Es schien ihm, als stünde ihm immer noch alles bevor. Wenn der Mord keine bedeutsamen Folgen gezeitigt hatte, dann war er auch nicht die entscheidende Tat gewesen. Dann hatte er sich geirrt, und es kam jetzt alles darauf an, die unangenehmen Konsequenzen, die ihm daraus erwachsen konnten, zu beschränken. Für einen Irrtum ging er jedenfalls nicht ins Gefängnis.
Im Grunde neigte Jean der Sommerversion zu. Wenn man ihn fragte: er fand, daß es Mord war. Da gab es nichts zu deuteln. Und wie alle Morde war auch dieser hier sinnlos und überflüssig. Besser, er hängte die Sache nicht an die große Glocke. Er fing an, sich Gedanken zu machen, wie er die Leiche verscharren konnte.

ISBN 978-3-86259-804-5
https://kritischetheorie.wordpress.com/